

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement 6. Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mk. pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belastungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Bedingungen
 Beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 16. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die wirtschaftliche Notlage.

Die kapitalistische Produktion ganz Europas liegt schwer danieder. So unterschiedlich in den einzelnen kapitalistischen Industriestaaten auch das Maß des Niederganges ist, wir sehen doch überall die gleichen Hauptzüge und die gleiche Folge: eine allgemeine Arbeitslosigkeit, die von Monat zu Monat mehr anschwillt.

Genau die drohende Anzeichen: die industrielle und spekulative Ueberproduktion in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die endlose Fortdauer des südafrikanischen Krieges, die andauernde Absatzstörung auf dem europäischen Warenmarkt, die Lage des heimischen Geldmarktes, die reaktionäre Abperrungspolitik Deutschlands und die durch sie bewirkte Unsicherheit der Zukunft der Exportindustrie — dies alles deutet darauf hin, daß die nächste Zukunft dem europäischen Wirtschaftsleben noch schlimmere Schläge versetzen wird als bisher. Die kapitalistische Gesellschaft empfindet auch selbst, daß sie sich vor schweren Erschütterungen befindet und daß die Zeit der Krise noch lange andauern, noch verheerende Wirkungen haben wird. Der Beschluß des Vereins für Socialpolitik, über die wirtschaftliche Krise eine umfassende Enquete vorzunehmen, weist darauf mit aller Deutlichkeit hin. Nachgerade beginnt den Kapitalismus seine bisherige Taktik, den Niedergang zu beschwigen, selbst am meisten zu schädigen.

Die schlimme Tatsache, daß Niedergang und Arbeitslosigkeit in allen kapitalistischen Staaten Europas vorhanden sind, ist zugleich der Beweis dafür, daß diese Krise einen allgemeinen Charakter trägt und das ganze kapitalistische Produktionsgebäude ergreift, entsprechend der Ausdehnung und dem ineinandergreifen der kapitalistischen Industrien der einzelnen Länder. Das riesige Wachstum des Warenaustausches der kapitalistischen Staaten untereinander, die Produktion für den Weltmarkt, muß die Wirkungen von Absatzstörungen nicht bloß an sich fürchtbarer machen, sondern auch verallgemeinern. Um so weniger ist die kapitalistische Gesellschaft im stande, mit ein paar rasch ergriffenen Palliativmitteln gegen die Arbeitslosigkeit die Wirkungen der Krise zu bannen. Sie kann sie mildern, die Krise aber, die ihren Ursprung in der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus hat, läßt sich nicht bannen. Sie schreitet ihre verheerende Bahn und verfehlt dem wirtschaftlichen Leben fürchtbare Schläge.

England ist durch den Rückgang seines Außenhandels — der Rückgang der Ausfuhr dürfte im vorigen Jahre über 12 Millionen Pfund Sterling erreicht haben — schwer betroffen worden. Darunter hat die Ausfuhr von Eisen und Stahl besonders gelitten. In der Maschinen-Industrie und im Schiffsbau hat der Niedergang eine beträchtliche Arbeitslosigkeit hervorgerufen und in den Straßen Londons ziehen die Arbeitslosen in Massen umher. Frankreich, dessen Presse bei den ersten Zusammenbrüchen in Deutschland hochmütig auf die ungesunde Ueberproduktion des deutschen Wirtschaftslebens hinwies und vor französischen Kapitalanlagen in Deutschland warnte, wird jetzt selbst von der Krise erschüttert und die Arbeitslosigkeit hat auch in den französischen Großstädten bereits einen hohen Stand erreicht. In Rußland herrscht die schwerste wirtschaftliche Not. Dort waren mit Beginn der Prosperitätsperiode die tollsten industriellen Schwindelgründungen wie Pilze aus der Erde geschossen. Die Ueberproduktion rief die Stocung hervor und der Zusammenbruch zahlreicher Etablissements, das Stillwerden von Hochöfen schuf in den Industriegebieten Rußlands Hungersnot und Arbeitslosigkeit. Nicht viel besser sieht es in den andern Industrieländern aus. Es ist überall die Eisen- und Maschinen-Industrie, welche von der Krise am schwersten betroffen und deren Kapitalisten vielfach die Arbeitermassen aufs Pflaster geworfen haben. In der Schweiz, in Belgien, in Norwegen, in Oesterreich-Ungarn, überall das selbe Bild des Niederganges, des steigenden Arbeiterelends. Und überall sieht die Bourgeoisie, die von der Sorge um den eignen Geldbeutel ergriffen ist, fast thatenlos zu. Nur in der Schweiz haben einzelne Stadtbehörden die Unterstützung Arbeitsloser und hinreichende Notstandsarbeiten veranlaßt. Auch die österr. Regierung, die in allen Industriezentren die Scharen der Arbeitslosen mit Besorgnis wachsen sieht, plant umfassende Arbeiten: Bahnbauten, Kanalbauten. In der Hauptstadt Ungarns, in Budapest, ist es im Dezember bereits zu Zusammenstößen zwischen der tausendköpfigen Masse der Arbeitslosen und der Polizei gekommen. Vorläufig hat die Regierung einen 40 Millionen-Auftrag für Eisenbahnwagen und Brücken an die leidende Industrie vergeben.

Vielleicht mit der einen Ausnahme Rußlands hat bis jetzt die industrielle Krise am schwersten Deutschland betroffen. Der deutsche Gründungschwindel hat dem russischen durchaus nicht nachgestanden, und auch hinter den russischen Gründungen stand viel deutsches Kapital. Bei uns war der Uebergang von Hochkonjunktur zur Krise unvermittelter als in all den angeführten Ländern; darum auch waren die Wirkungen auf die Arbeiterklasse so fürchtbar. Wie in der Arbeitsmarkt-Korrespondenz festgestellt wurde, waren bei uns bereits im Oktober 1901 auf jede offene Stelle zwei Bewerber vorhanden;

bis Schluß 1901 ist die halbe Million Arbeitsloser in Deutschland sicherlich erreicht worden.

Dabei aber geschieht in Deutschland weniger als anderwärts zur Bekämpfung der Not. Wer die Tagespresse auf Maßnahmen wider die Arbeitslosigkeit durchblättert, findet hier und da Ankündigungen einzelner Gemeinden, die dem bei ihnen besonders hoch gestiegenen Elend durch ein paar Vortreffungen, durch die beschleunigte Ausführung längst projektierten Bauten begegnen wollen. Aber es fehlt völlig an durchgreifenden Maßnahmen. In dieser Zeit sieht man so recht, wie wenig die mit Bauten und Trompeten gepriesene kapitalistische Socialpolitik Deutschlands in der Praxis gebessert hat. Der alte manchesterliche Grundsatz: Sehe jeder wie er's treibe, wo er bleibe, ist eben noch immer das Herrschende, und während die Scharen der Arbeitslosen bedrohlich anwachsen, hört man auch nicht eine Stimme aus dem kapitalistischen Lager, die durchgreifende, durch die Reichsregierung vorgenommene, über das ganze Reich sich erstreckende Schritte beschwört. Herr v. Tzielen, der preussische „Minister der öffentlichen Arbeiten“, hat die Arbeitslosen auf die im preussischen Etat geforderten Mittel für Bahnbauten verwiesen. Er „hofft“, daß diese „über die gegenwärtige schwierige Geschäftslage hinweghelfen“. Nun unterschätzen wir gewiß am wenigsten die Wirksamkeit dieser Aufträge für den Arbeitsmarkt. Sie werden aber nicht viel helfen, weil eben jetzt schon die Eisen- und Stahlindustrie mit diesen Aufträgen rechnen, um nur ihre augenblickliche Erwerbszahl voll beschäftigen zu können. Wo bleibt da die Wirkung der Maßnahme auf die Arbeitslosen?

Währenddem gestaltet sich die Lage immer schwieriger. Die in den Börsenblättern erscheinenden Dividenden-Schätzungen der industriellen Unternehmungen über das verlaufene Geschäftsjahr weisen eine Menge noch vor zwei Jahren höchstnotierter Papiere auf, die wiederum keine Dividenden bringen, und diejenigen Werke, welche Dividenden ausschütten, kündigen diese um 2 bis 5 Proz. niedriger an als im Jahre zuvor. Im letzten Reichsbank-Ausweis fiel die Höhe des Wechsel-Portefeuilles auf. Es wurde die Erklärung gegeben, daß sich darin Wechsel auf sächsische Industrielle befinden, denen mit Rücksicht auf die eingetretenen Verhältnisse die Einlösung ihrer Accepte hinausgeschoben worden ist. Das heißt: die sächsische Industrieprolongationen im Hinblick auf eine baldige Besserung der Lage hinausgeschoben worden. Die Besserung aber ist ausgeblieben; können die Wechsel nicht rechtzeitig eingelöst werden, so bricht die sächsische Krise von neuem aus und die Firmen vertragen doch, die 1901 rühmten: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Neue Massen Arbeitsloser drängen dann an den Arbeitsmarkt.

Dabei blüht der europäische Kapitalismus mit wachsender Sorge auf Amerika. Dort drüben herrscht noch die regste Tätigkeit in den Betrieben der Eisenindustrie und täglich wissen die Blätter von neuerteilten Aufträgen der Eisenbahngesellschaften an die Eisen- und Stahlwerke zu melden. Nicht man aber genauer hin, so sieht man, daß die kapitalistischen Hintermänner der Eisenbahnen und der Eisen- und Stahlwerke ein und dieselben Personen sind. Sie erteilen sich selbst Aufträge! Und gerade diese fieberhafte Geschäftstätigkeit erregt das Mißtrauen der europäischen Kapitalistenwelt. Es erweckt den Anschein, als handle es sich drüben um ungeheure kapitalistische Schwindelmänner, als forcierten die großen Spekulanten die Erstellung von Aufträgen, um die Kleinen in Sicherheit zu wiegen, sie zum Kaufe saurer Papiere zu veranlassen. Haben dann die Großen den bedeutenderen Teil ihres Kapitals aus den gefährdeten Werken herausgezogen, so ziehen sie ihre Hand zurück und dem Aufschwung folgt, genau wie in Europa, ein plötzlicher Zusammenbruch der Schwindelherlichkeit. Und ein amerikanischer Krach muß von fürchtbaren Wirkungen auf Europa sein.

Unter solchen Umständen gewinnt die socialdemokratische Notstandsinterpellation im Reichstage erhöhte Bedeutung. Das Reich muß aus seiner thatenlosen Haltung herausreten und Fürsorge treffen für die Massen, die in steigendem Maße unter dieser Wirtschaftskrise leiden.

Zolltarif-Kommission.

Die Beratung setzt ein beim Antrag Debel folgende Bestimmung als § 1b einzuschalten:

„So lange bei der Einfuhr von Getreide in das deutsche Zollgebiet Zölle erhoben werden, sind die Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche verpflichtet, für jeden Hektar ihres Besitzes das Jahresfache des auf den Doppelcentner Weizen gelegten Zolles an das Deutsche Reich zu zahlen.“

Die Begründung glebt in eineinviertelständiger Rede Stadthagen. Unser Antrag will die Vorteile, die durch den Getreidezoll den Großgrundbesitzern erwachsen, dem Reich zu gute kommen lassen. Um den Betrag des Zolles erhöhe sich der Preis des Getreides. Dadurch werden die armen Leute geschädigt, während die Reichen Nutzen ziehen. Und diese Reichen behaupten, die Landwirtschaft sei notleidend und bedürfe des Schutzes. Not-

leidend mögen die Kleinbauern sein, aber nicht die Besitzer von mehr als 100 Hektar Land. Diese letzteren bedürfen daher des Schutzes durchaus nicht. Die durch den Zoll ihnen gewährten Vorteile sollen sie darum an das Reich zurückgeben. Wenn ein Großgrundbesitzer sagen würde, da ich den Zollvorteil auf das von mir gebaute Getreide wieder herausgeben soll, so baue ich lieber kein Getreide, dann würde das durch ein Gesetz verhindert werden können, das den Grundbesitzern vorschreibt, einen bestimmten Teil ihres Landes mit Getreide zu bepflanzen. Dieses Gesetz könnte auch die Bestimmung enthalten, wonach der sich Weigende nötigenfalls expropriert würde. Das würde schon wirken. Wir wollen durch unsern Antrag nur den Reichen die ihnen zu Unrecht zugewendeten Vorteile wieder nehmen. Wenn Sie annehmen, den kleinen Landwirten werde durch die Getreidezölle geholfen, so haben Sie doch keine Ursache, auch den Reichen diese Vorteile gehen zu lassen. Ich nehme an, daß der Hektar Land 10 Doppelcentner Getreide ergibt; bei meiner Berechnung des Nutzens der Getreidezölle und der geforderten Rückvergütung bin ich sehr vorsichtig vorgegangen und habe nur mit statistischen Durchschnittsziffern gearbeitet. Meiner geht ziffermäßig auf die Ernte-Ergebnisse ein und meint, er habe eigentlich noch zu Gunsten der Großgrundbesitzer gerechnet. Wir verlangen eben nichts Unmögliches. Die vorgeschlagene Höhe der Rückvergütung ist durchaus annehmbar. Falls diese gewonnenen Summen nicht zu allgemeinen Reichszwecken verwendet werden sollten, können wir sie ja zu Gunsten der kleinen Landwirte verwenden. Es können landwirtschaftliche Schulen für die kleinen Besitzer, es können Verkehrsvereinigungen daraus geschaffen werden.

Vorsitzender v. Kardorff erwidert den Redner, nicht etwaige Verkehrsvereinigungen einer dritten Erörterung zu unterziehen.

Stadthagen: Ich wollte ja auch nur sagen, daß den kleinen Landwirten verschiedene Vorteile zugewendet werden können, wenn wir von den Reichen nur das zurücknehmen, was ihnen durch den Zoll unnötigerweise gegeben wird. Dieses Prinzip meines Antrages wird von den kleinen Landwirten verstanden werden und sollte im Interesse unfres nationalen Wohlstandes zur Durchführung gelangen. Wollen Sie die gerechtfertigten Vorwürfe, daß man den Armen nehmen und den Reichen geben wolle, entwassnen, dann müssen Sie unseren Antrag annehmen, der nur die Allerreichsten nicht noch reicher werden lassen will.

Dr. Heim (C): Der Antrag hat den Fehler, daß er auf die Verschiedenartigkeit des Kulturbodens keine Rücksicht nimmt; auch bezüglich der Pächter läßt er uns im Unklaren. Vom Standpunkt der Kultur wäre es bedauerlich, wenn es keinen Großgrundbesitz gäbe, denn was der Großgrundbesitzer zur Hebung landwirtschaftlicher Kultur aufwenden kann, kann der Kleingrundbesitzer nicht aufwenden. Ebenso gut konnte Stadthagen verlangen, daß jeder Gewerbetreibende, welcher mehr als drei Arbeiter beschäftigt, das Heftnache des Zolles, der auf seine Produkte gelegt ist, an das Reich zurück zu zahlen hat. — Redner polemisiert zum Schluß gegen die langen Ausführungen Stadthagens: Ich besitze nicht die Frechheit zu so langen und so unzutreffenden Ausführungen, sonst würde es mir ja auch nicht schwer fallen, aber solche Dinge eine Stunde lang zu reden.

Singer weist die Ausfälle des Dr. Heim zurück. Die Frechheit, über die eigenen Anträge eine Stunde zu reden, soll Herrn Heim von uns nicht bestritten werden. Daß unser Antrag sehr ernst zu nehmen ist, hat Heim in seinen sachlichen Sätzen selbst bewiesen. Seine Einwendungen widerlegen freilich unseren Antrag nicht, wir wollen ja nur unbeschädigte Gewinne zurücknehmen. Wir sind nicht auf den Faden des Protowuchers, wenn wir nur den Großgrundbesitzern wieder nehmen, was ihnen geschenkt wird, denn im Prinzip sind wir ja gegen die Zölle, und unser Antrag ist nur ein Rotantrag, der, wenn der Tarif Gesetz wird, den Schaden allerdings nur zum Teil wieder gut macht, der durch das Gesetz entsteht.

Stadthagen: Was Heim gegen meine Begründung sachlich einwendete, konnte er nur aussprechen, weil er mir nicht zugehört hatte. Redner weist die persönlichen Angriffe Heims zurück und ironisiert sie. Heims Fälschungen, einen blödsinnigen Antrag zu stellen, der einen Diebstahl an Zeit und Vermaß bedeutet, will ich nicht bestritten. Durch seine Erregung hat er jedenfalls verraten, daß er die Interessen der Großgrundbesitzer hier verteidigt.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag Debel 1b gegen die 4 Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt.

Die Beratung wendet sich dem nächsten socialdemokratischen Antrag zu, als § 1c einzuschalten:

„Wer zur Entrichtung eines Eingangszolles nicht oder nicht in dem geforderten Betrage verpflichtet zu sein vermeint, ist befugt, seinen Anspruch gerichtlich geltend zu machen. Die Klage ist bei Verlust des Klageredits binnen sechs Monaten nach erfolgter Zahlung des Zolldetrags anzustellen. Zuständig sind, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, die Landgerichte des Bezirkes, in welchen die Waren eingeführt sind. Die entgegenstehende Bestimmung in § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1880 wird aufgehoben.“

Singer giebt die eingehende Begründung. Bereits bei früherer Gelegenheit ist die Frage aufgeworfen worden, wie die Differenzen zwischen den Zollpflichtigen und den Zollstellen ausgeglichen werden könnten. Unser Antrag hängt nicht mit parteipolitischen Dingen zusammen, er will nur den Weg angeben, wie Streitigkeiten, die aus den Zollverhältnissen entstehen, erledigt werden können. Dem

Grundgedanken des Antrages müssen Sie zustimmen, über die Form würden wir uns schon verständigen.

Sped (C.): Ich gebe zu, daß die Frage nicht das parteipolitische Gebiet berührt. Ihre Regelung ist auch ein Bedürfnis, aber sie darf nicht bei dieser Materie geregelt werden, sondern gehört zum Kapitel: Revision des Vereinszollgesetzes. Warten wir also, bis der Zolltarif in Kraft tritt, dann wird es noch Zeit sein, gegenwärtig aber ist der Antrag abzulehnen.

Brömel (fr. B.): bedauert die ablehnende Haltung des Centrums, das im Plenum seit langer Zeit die durch den Antrag verführten Zustände geißelt. Schon in der Session 1885/86 wurde die Regierung ersucht, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Resolution ab. Dasselbe Schicksal erlebte ein Antrag in der Session 1888/89, der von Bennigsen und Miquel mit unterzeichnet war. In der Session 1890/91 wurde ein ähnlicher Antrag von mir angenommen, aber 1892/93 erklärte der Bundesrat, er werde dem Beschluß keine Folge geben. 1896 kam die Sache wieder im Reichstag zur Sprache und das Centrum goß die ganze Schale seines Jornes über den Bundesrat aus. Auch die nationalliberalen Abgg. von Gumb und Hammacher verurteilten die Haltung der Reichsregierung. Rammehr muß die Gelegenheit ergriffen werden, um die Frage zu regeln. Das ist die Pflicht der Zollkommission. Es scheint mir aber, daß man nur den Zolltarif geru ins Trockene bringen möchte, sich um so brennende Rechtsfragen aber nicht kümmert.

Schlageter v. Thielmann: Die Regierung hält heute noch an ihrem Standpunkt fest und ersucht, den Antrag Bebel abzulehnen. Persönlich bin ich der Ansicht, daß ein Zolltarifamt geschaffen werden müßte. Zu dem socialdemokratischen Antrag 1d bemerke ich gleich jetzt, daß die Regierung seit 1890 Zolltarifstellen geschaffen hat, die sich bewährt haben, denn Zollmonita sind seit 1890 nicht mehr im Reichstag verhandelt worden.

Vorsitzender v. Kardorff: Ich mache darauf aufmerksam, daß die Annahme dieses Antrages eine Verfassungsänderung bedingen würde.

Dr. Benner (nl.): erklärt, seine Partei halte an dem früher von ihr in dieser Frage eingenommenen Standpunkt fest, aber sie teile die Ansicht des Abg. Sped, daß die Sache nicht bei dieser Gelegenheit geregelt werden könne.

Gothein (fr. B.): ersucht, den Antrag Bebel einstweilen anzunehmen, damit der seit 16 Jahren bestehende unheilvolle Zustand beseitigt und auf den Bundesrat folgen eine PreSSION ausgeübt werde.

Singer: Die Regierung bleibt bei ihrem ablehnenden Standpunkt, also wird auch beim Vereinszollgesetz nichts zu erreichen sein. Um so mehr haben wir Veranlassung, sie jetzt zu drängen. Sie wird schon zustimmen müssen: ich verweise auf die Vorgänge beim Staatsgesetz; da mußte sie sich auch wider Willen fügen. Die gegen den Antrag vorgetragenen Gründe sind nicht erst zu nehmen. Mit Sped hängt man keine Mäuse. (Heiterkeit.)

Unterstaatssekretär im Schatzamt v. Fischer: Die Regierung ist grundsätzlich gegen den Antrag. Es handelt sich um rein technische Fragen, die jedenfalls die verschiedensten gerichtlichen Urteile hervorgerufen würden, so daß Verwirrung bei den Zollbehörden eintreten müßte. Die Auskunftsstellen haben sich bewährt: seit 1898 sind auch keine Zollbeschränkungen mehr an den Reichstag gekommen.

Gamp (Rp.): Singer gegenüber will ich konstatieren, daß man hinsichtlich der Unhaltbarkeit der früheren Zustände in allen Parteien einig war, aber in Bezug auf die Regelung gingen die Vorschläge auseinander. Eine Centralstelle ist wünschenswert. Vielleicht erklärt Minister Köller, ob er in dieser Frage auf dem Standpunkt steht, den er mit uns gemeinsam als Abgeordneter eingenommen hat.

Nach weiteren Bemerkungen von Brömel und Gothein schließt die Debatte. Bei der Abstimmung wird der Antrag Bebel 1c mit 20 Stimmen gegen die 8 Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Sped (C.) fragt an, ob die Regierung bereit sei, das in einem Antrage der Centrumsmitglieder der Kommission gewünschte statistische Material über die von Gemeinden erhobenen Abgaben auf Lebensmittel und Getränke vorzulegen.

Zwei Regierungscommissare verweisen auf das statistische Jahrbuch über die Gemeinden, worauf Sped den Centrumsantrag zurückziehen will.

Singer hält dieses Verfahren für unzulässig und meint, wenn die Herren vom Centrum sich privatim über solche Dinge mit der Regierung verständigen wollten, so sei das ihre Sache; aber wenn sie der Kommission erst Anträge vorlegten, die sie dann nach einer privaten Besprechung glauben zurückziehen zu können, so gehe das nicht an. Diese Anträge gehören nun der Kommission und können nur hier formell zurückgezogen werden. Die Auskunft der Regierung auf die Sped'sche Anfrage besage übrigens gar nichts.

Heim (C.) ist mit der Zurückziehung des Antrages nicht einverstanden. Danach gehört der Antrag auch ferner zu den Vorlagen der Kommission.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Januar.

Die ungeduldige Socialdemokratie.

Ein Anwalt der uneingeschränkten Arbeiterausbeutung führte am Dienstag im Reichstag groteske Klagen über den allzu raschen Fortgang des deutschen Socialpolitik und erregte sich gegen die socialdemokratische Ungeduld, die nach neuen Fortschritten verlange.

Durch ein Beispiel sei, besonders auch in Rücksicht auf die bevorstehende Arbeitslosen-Interpellation der socialdemokratischen Reichstagsfraktion, erinnert, wie schnell die deutsche Socialpolitik marschirt.

Schon vor 17 Jahren, am 13. Januar 1885, wurde in der Petitionskommission des Reichstages die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises eingehend besprochen. Hierbei gab der bekannte Herr v. B o e d t k e, damals erst Beheimrat im Reichsamt des Innern, folgende Erklärung ab:

„Entsprechend ihren Bestrebungen zur Sicherung der materiellen Lage der Arbeiter siehe die Reichsregierung dem Gedanken einer besseren Gestaltung der Arbeitsnachweisung, deren Bedeutung für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber anzuerkennen sei, sympathisch gegenüber. Die Reichsregierung verfolge daher mit wohlwollendem Interesse die in dieser Richtung gegenwärtig stattfindende Bewegung. Positive Schritte auf diesem Gebiete seien aber von Reichs wegen noch nicht in Angriff genommen, weil die Meinungen noch zu weit auseinander gingen. . . . Einer besonderen Anregung, der Sache näher zu treten, bedürfte aber die Reichsregierung nicht, weil sie ihre Aufmerksamkeit derselben bereits zuwendet. Es stehe zu erwarten, daß es seiner Zeit gelingen werde, auch auf diesem Gebiete eine befriedigende Lösung zu finden, wobei namentlich die Erfahrungen zu verwerten sein würden, welche von anderer Seite, insbesondere auch in einzelnen Bundesstaaten bei gleichartigen Bestrebungen gemacht werden konnten.“

Auch der preussische Handelsminister ließ durch seinen damaligen Geheimrat, den jetzigen Reichstags-Abgeordneten und eifrigen Vorkämpfer für den Brotwucher, Herrn G a m p, erklären,

er teile die Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Art der Arbeitsnachweisung . . . weder den Bedürfnissen der Arbeitnehmer

noch denen der Arbeitgeber entspreche, und habe in Würdigung der großen volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Bedeutung der Organisation einer alle Berufsweige umfassenden Arbeitsnachweisung bereits Schritte gethan, um eine derartige Organisation in die Wege zu leiten.“

Daß trotzdem nach Verlauf von 17 Jahren diese „Schritte“ der preussischen Regierung noch immer nicht zu einer „derartigen Organisation“ „geleitet“ haben, wird begreiflich, wenn man hört, welche „Schritte“ der preussische Handelsminister gethan hat. Er hatte nämlich, wie Herr Gamp weiter in jener Sitzung der Petitionskommission mitteilte, „zunächst“ ein Gutachten eingeholt und zwar vom — Centralverband deutscher Industrieller, also von den Leuten, die den Arbeitsnachweis als ein Mittel zur Anebelung der Arbeiter in ihrer Hand haben wollen und daher naturgemäß entschieden gegen einen unparteiisch verwalteten Arbeitsnachweis sind. Wie das vom Centralverband abgegebene Gutachten lautete, ist zwar nicht bekannt geworden, man kann es sich aber denken, wenn man sich erinnert, wie die Schärsmacher eine Anzahl Jahre später auf der Leipziger Konferenz vom 5. September 1898 vor aller Welt gegen alle Bestrebungen auf Einführung eines unparteiisch geleiteten Arbeitsnachweises eiferten und ausdrücklich erklärten, sie müßten die Herren auch in den Arbeitsnachweisen sein, um die Arbeiter ganz unter ihren Zwang zu bringen.

Jedenfalls hat der „Centralverband“ seinen Zweck mit dem von ihm erstatteten Gutachten erreicht. Weder Preußen noch das Reich hat das vor 17 Jahren abgegebene Versprechen erfüllt. Inzwischen ist die Angelegenheit wiederholt im Reichstage zur Sprache gekommen, die Regierungen jedoch hielten sich hierbei höchst vorsichtig im Hintergrund.

Dies ist die Leistung der Regierungen in der „ungefährlichen“ von all den Fragen, die in einem Zusammenhang mit der Fürsorge für die arbeitslosen Arbeiter stehen. Hiernach wird man begreifen, welchen Eifer die Regierungen gar erst in den „gefährlicheren“ Fragen entwickelt haben.

Deshalb wendet sich die socialdemokratische Arbeitslosen-Interpellation nicht nur gegen die kapitalistische Ausbeutungswirtschaft im allgemeinen, sondern zugleich auch gegen die schweren socialpolitischen Unterlassungssünden der maßgebenden bürgerlichen Parteien und der Regierungen. —

Die Kriegsinvaliden.

Der Reichstag beschäftigte sich heute wieder einmal mit dem Bumm, der nicht sterben kann, mit der mangelhaften Fürsorge für die Kriegsteilnehmer. Der Vorstoß ging diesmal von einem Mitglied der Rechten aus; Herr Dr. Arendt erkundigte sich beim Reichskanzler, weshalb Veteranen die gesetzliche Beihilfe von 120 M. angeblich wegen mangelnder finanzieller Mittel verweigert werde, und verlangte die schleunige und endgültige Beseitigung dieses Mißstandes. Der Begründung, die der Redner seiner Interpellation gab, merkte man das Vergnügen an, dem Schatzsekretär, der keine besonderen Freunde auf der Rechten hat, etwas am Zeuge zu fassen. Uebrigens ist die Interpellation sachlich durchaus begründet, es ist unbegreiflich, weshalb die Regierung trotz alles Drängens des Reichstags in der Unterstützung der Invaliden so knauser. Ein Teil der Schuld, und nicht der kleinste, fällt allerdings, wie Stadthagen hervorhob, auf die Mehrheitsparteien. Sie lehnten 1895 einen socialdemokratischen Antrag ab, der den Kriegsinvaliden ein klagbares Recht auf ausreichende Unterstützung sichern und den Begriff der Erwerbsunfähigkeit so festlegen wollte, daß die unteren Verwaltungsbehörden nicht mehr zum Schaden der Invaliden Entscheidungen treffen können. Damals haben die Mehrheitsparteien schöne Worte den Thaten vorgezogen, wie sie bekanntlich auch unsren Antrag, die Unterstützung auf 160 Mark zu erhöhen, abgelehnt haben.

In seiner Antwort auf Herrn Arendt machte Zehr, v. Thielmann mit größter Mühe darauf aufmerksam, daß das größte Wohlwollen seine Grenze in den verfügbaren Mitteln habe, und damit sieht es schlimm aus. Der Herr der deutschen Reichsfinanzen erklärte, daß das Steuerfeld gänzlich abgegrast sei, wenn man von einer höheren Belastung des Biers und des Tabaks und von der Erweiterung der Stempelabgaben absehen wolle. Ebenso kühl erklärte er, daß die Veteranen, die sich gar nicht mehr helfen könnten, auf die Armenpflege angewiesen seien. Er war offen genug, anzuerkennen, daß die 120 M., die jetzt gezahlt werden, zu gering wären, um einen Veteranen davor zu bewahren, der öffentlichen Wohlthätigkeit zur Last zu fallen.

Die Redner aus dem Hause gingen streng mit diesen Grundsätzen zu Gericht, wobei es natürlich an dem Quentchen Deutscher nicht fehlte. Fast alle reden dem großen Mittel das Wort, unbekümmert um das Verhalten der Regierung, die erforderlichen Ausgaben für die Veteranen in den Etat einzusetzen und es der Regierung zu überlassen, für die Aufbringung der nötigen Mittel zu sorgen. Nur mit einem guten Rat wollte man ihr zu Hilfe kommen.

Herr Dr. Arendt schon hatte den alten Vadenhüter der Wehrsteuer hervorgeholt und frisch aufgepuyt. Ihm machten es die Herren Graf Oriola, Schönau-Carolath und Sped vom Centrum nach. Herr v. Thielmann verhielt sich sehr skeptisch zu diesem Vorschlage und Genosse Stadthagen wies ihn entschieden zurück. Statt dessen schlug er eine Ordenssteuer vor. Mit besonderem Nachdruck machte er die Veteranen darauf aufmerksam, daß sie den schönen Versprechungen der Reichstagsmehrheit nicht zu viel Vertrauen schenken sollten.

So verlief die Debatte. Donnerstag stehen zwei weitere Interpellationen zur Verhandlung. Nach Erledigung der Oriolaschen Interpellation über die Reform der Militärpensions-Gesetzgebung kommt die socialdemokratische Interpellation über die Arbeitsnot an die Reihe. —

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Nach eine ganze Sitzung hindurch hat das Abgeordnetenhaus sich am Mittwoch mit den polnischen Interpellationen beschäftigt, ohne daß etwas Neues dabei zu Tage getreten wäre. Interesse bringen weder die Abgeordneten noch das Publikum dem Gegenstande mehr entgegen, wie das schwach besetzte Haus und die leeren Tribünen zur Genüge bezeugen.

Ganz besonders thaten sich diesmal im Kampfe gegen die Polen die Abgg. S c h m i e d i n g (nall.) und G o e r d e l e r (fr.) hervor. Herr S c h m i e d i n g, ein westfälischer Kohlenbaron, ist von Angst und Sorge wegen des Unsicgreifens der polnischen Bewegung im Ruhrrevier erfüllt. Und dabei muß er selbst zugeben, daß die Industriellen des Westens die polnischen Arbeiter hingelockt haben, weil sie an ihnen billigere Arbeitskräfte zu finden hofften. So lange die Schlotbarone

die Arbeiter brauchten, war von einer polnischen Gefahr im Westen nichts zu spüren; jetzt, wo die Konjunktur ungünstiger wird, möchten sie die Arbeiter wieder abschleichen und malen dazu plötzlich die polnische Gefahr an die Wand. Herr G o e r d e l e r reichet die bestehenden Gesetze nicht aus, um die Polen zu bekämpfen; er will, daß in Versammlungen und vor Gericht nur deutsch gesprochen wird, und da über Verordnungen, die den Gebrauch der polnischen Sprache in Versammlungen verbieten, wie er sich geschmackvoll ausdrückte, stets das Damoklesschwert des Ober-Verwaltungsgerichts hängt, so verlangt er eine Aenderung des Vereinsgesetzes in dem Sinne, daß in öffentlichen Versammlungen nur noch deutsch gesprochen werden darf.

Auch der Justizminister S c h ö n s t e d t, der sich bisher trotz der schweren Angriffe der polnischen Redner auf die preussische Justiz in Reserve gehalten hatte, griff in die Debatte ein, um die Richter, die über die Preussener Vorgänge zu Gericht geseßen, mit Lobpreisungen zu überhäufen und zugleich den gesamten preussischen Richterstand gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß er sich niemals in den Dienst der Politik oder einer Partei gestellt habe. Herr Schönstedt scheint über gewisse politische Prozesse nur schlecht informiert zu sein.

Die übrigen Reden des letzten Tages der Polendebatte, einschließlich der des Kultusministers Studt, sind kaum der Erwähnung wert.

Am Donnerstag beginnt die erste Lesung des Etats. —

Deutsches Reich.

Aus der nervösen Kommission.

Der sachliche Verhandlungsbericht kann die Stimmung, die die Mehrheit der Zolltarif-Kommission beherrscht, nicht recht wieder spiegeln. Er muß durch die Hervorhebung kleinerer Züge ergänzt werden, die besser als offizielles Reden und Schweigen die wachsende Nervosität der Freunde des Zolltarifs verraten. Noch ist man nicht über § 1 des Tarifgesetzes hinausgekommen und schon ist die dritte Sitzung vorüber.

Zu den nervösesten Mitgliedern der Kommission gehört Herr Gamp. Die fünfviertelstündige Rede des Abg. Stadthagen bei Beginn der Sitzung am Mittwoch dauerte ihm viel zu lang. Der Redner war gerade dabei, die über 100 Hektar großen Güter aufzuzählen, die in seinem Wahlkreise liegen. Herr Gamp trommelte mit den Fingern auf der Tischplatte und tief seinem Nachbar ziemlich laut zu, eigentlich sei es doch gescheiter, jetzt eine Partie L'hombre zu spielen. Stadthagen aber fing den Ruf auf und meinte: Ich höre hier den Zwischenruf L'hombre. Will Herr Gamp etwaa behaupten, daß die von mir genannten Güter im Schatten liegen? L'hombre heißt doch Schatten. Nun, ich kann ihn beruhigen, die Güter liegen auf der Sonnenseite und liefern reichen Ertrag.

Man rief dem Redner lachend zu, das Kartenspiel L'hombre sei gemeint und Stadthagen konnte weitere fünf Minuten dieser Erklärung nachgehen und mit der Aufforderung schließen, der Etat solle nicht den etwa durch Kartenspiel nothleidend gewordenen Großgrundbesitzern mit Protzöllern zu Hilfe kommen.

Herr Gamp verbiß sich weitere Zwischenrufe, aber seine Ungebuld konnte er nicht meistern. Doch beschränkte er sich von nun an auf den pantomimischen Ausdruck der Verzweiflung. Als der Abg. Brömel längere Ausführungen über die Nothwendigkeit machte, gerichtliche Entscheidungen in Zollstreitigkeiten zu ermöglichen, hielt es Herrn Gamp nicht mehr auf seinem Plage. Er begann das Zimmer in Länge und Breite abzuschreiten, als wolle er alle Rage genau feststellen.

Uebrigens ist er nicht der einzige Ungebuldige. Mehrere seiner Parteifreunde sollen bereits die Absicht geäußert haben, ihr Mandat als Kommissionsmitglieder niederzulegen und die Vorlage aus Plenum zurückzugeben, falls die Verhandlungen in der Kommission weiter so langsam fortschreiten sollten. Die Absicht dürfte schwer ausführbar sein. Außer einem Kommissions-Beschluß müßte ein Plenarbeschluß gefaßt werden, wozu natürlich ein beschlußfähiges Haus notwendig wäre. Und sollte man im Plenum wirklich rascher vorwärts kommen? Wir meinen, die Ungebuldigen hätten vielleicht besser daran, sich Geduld aus der — Kanalkommission zu holen. —

Kanal und Zoll. Die „Kanal-Zeitung“ versucht in folgender Weise die Thatfachen zu verdrehen, um die böse Erinnerung an die konservative Obstruktion in der Kanalkommission zu erlösen:

„In der Kanalkommission hatte die Gründlichkeit der Beratungen den ausgesprochenen Zweck, ein annehmbares Resultat zu erzielen. Dort handelte es sich nicht darum, daß eine grundsätzlich oppositionelle Minderheit die Absicht gehabt hätte, einen positiven Beschluß der Mehrheit zu vereiteln; sondern die Mitglieder der Mehrheit zeigten sich bemüht, über ihre Bedenken hinwegzukommen und einen Weg zur Verständigung zu suchen. Während es in der Kanalkommission darauf ankam, mittels gründlicher Erörterung ein positives Ergebnis zu erzielen, ist es das Bestreben der Tarifgegner, durch ihre sogenannte „Gründlichkeit“ einen negativen Ausgang der Verhandlungen zu erzwingen, wie dies ja übrigens die „National-Zeitung“ selbst zugestehet.“

Das ist Hammersteinsche Wahrheitsliebe. Thatsächlich verhält es sich gerade umgekehrt. In der Kanalkommission wollte die Minderheit unter keinen Umständen ermöglichen, daß der Kanal gebaut würde. Darum wurden die Herren so ungeschöndlich „gründlich“. Das war also eine rein negative Obstruktion. In der Zollkommission will aber die Socialdemokratie — das kann niemand leugnen — eine vernünftige Zollpolitik und günstige Handelsverträge zu Stande bringen. Wir wollen positive schaffen, diesem Zwecke dienen alle unsre Anträge. Und wenn die Herren von der Kanalobstruktion es jetzt plötzlich so eilig haben, so wollen sie ihrer Habsucht nicht nur die gebotene Gründlichkeit, sondern auch die Handelsverträge opfern. Der vorliegende Zolltarif bedeutet ja nichts wie eine Obstruktion gegen Handelsverträge, eine Obstruktion, die von uns pflichtgemäß bekämpft werden muß. —

Ein Urteil im Geiste des Zuchthausgesetzes

fällte am Montag die erste Strafkammer des Berliner Landgerichts I, und zwar aus Anlaß des folgenden Thatbestandes:

Im August vorigen Jahres traten die beim Zimmermeister W e r n i g beschäftigten Zimmerer an ihren neu eingestellten Kameraden K e h e mit der Frage heran, ob er organisiert sei. K e h e verneinte diese Frage und weigerte sich auch ganz entschieden, der Organisation beizutreten. Nun ließen die Zimmerer — es waren deren 15, die sämtlich organisiert sind — durch ihren Kameraden K u h m e r dem Arbeitgeber mitteilen, daß sie mit dem Untergewaltigten nicht zusammenarbeiten, sondern es eventuell vorziehen würden, die Arbeit niederzulegen. Um dieser Eventualität vorzubeugen, entließ der Arbeitgeber den Zimmerer K e h e. Dieser reichte ein Schreiben, worin er den vorstehenden Sachverhalt schilderte, beim Justizminister (I) ein, und von dieser Stelle ist wahrcheinlich die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten gegen K u h m e r veranlaßt worden.

Während sonst in Fällen, wo Arbeiter auf ihre Kollegen einen Druck ausübten, um sie zum Eintritt in die Organisation zu veranlassen, es entweder mit dem § 153 der Gewerbe-Ordnung oder dem § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigung) versucht wurde, fehlte in diesem Falle die Veranlassung zu einer Verurteilung auf Grund der angegebenen Paragraphen. § 153 der Gewerbe-Ordnung ist bekanntlich nur anwendbar, wenn es sich um eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, also um eine im Gange befindliche Lohnbewegung handelt, und der § 240 des Strafgesetzbuchs kommt nicht herangezogen werden, weil bei der zu bestrafenden Handlung weder Gewalt noch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen angewendet worden war. So kam dem der Staatsanwalt auf die Idee, die That unter dem Gesichtspunkt des § 253 des Strafgesetzbuchs als versuchte Erpressung zu betrachten. Der Staatsanwalt deduciert nämlich: Der Angeklagte wollte den Rehe veranlassen, dem Verband der Zimmerer beizutreten, um dem Verbands durch die von Rehe zu leistenden Beiträge einen Vermögensvorteil zu verschaffen, auf den der Verband keinen Rechtsanspruch hat. Der Verleitet sollte veranlaßt werden durch die Drohung, man werde im andern Fall nicht mit Rehe zusammen arbeiten resp. für seine Entlassung sorgen.

Auf diese Weise hat der Staatsanwalt den Thatbestand der versuchten Erpressung sehr kunstvoll konstruiert, und der Gerichtshof hat sich diese Konstruktion zu eigen gemacht und den Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Es ist meines Wissens das erste Mal, daß auf Fälle, wie der hier vorliegende, der Erpressungsparagraph von einem Gericht angewandt worden ist. Die Auslegung, welche der Paragraph hier erfahren hat, erscheint völlig unhaltbar, sie kann nur als ein Versuch gelten, die Tendenzen des Zuchtstrafgesetzes durch die Rechtsprechung zu verwirklichen.

Ein widerrechtlicher Vermögensvorteil kann es nicht sein, wenn jemand zur Mitgliedschaft einer Organisation angehalten wird. Wäre das der Fall, so hätte sich der Staat selbst schuldig der Erpressung gemacht, indem er Zwangsmaßnahmen schuf. Es ist jedes Staatsbürgers Recht, auf den Eintritt in gesetzlich zulässige Organisationen mit gesetzlich erlaubten Mitteln hinzuwirken. Die Gewerkschaft ist eine gesetzlich erlaubte Organisation, Ueberredung ist ein gesetzliches Mittel, und der Streik ist nicht minder gestattet.

Würde dieses Urteil Rechtskraft erhalten, so würde jedes Spindlat-Expresing verüben, wenn es ansehende Interessenten durch die üblichen Zwangsmittel zum Beitritt zu veranlassen sucht, ja auch, wenn es die Spindlatmitglieder durch hohe Konventionstrafen zwingt, dem Verbands treu zu bleiben. Die Berliner Apotheker hätten sich im Kampfe gegen die Krankenkassen durch ihren Organisationsrigorismus der schwersten Erpressung schuldig gemacht. Die größten Expresing aber wären die Ringnisch-Bancken und die Landwirts-Bündler; schrieb doch neulich Herr Ring in der „Deutschen Tageszeitung“ gegen die Landwirte, die an Zuckerrüben, welche nicht dem Spindlat angehören, liefern oder sonst die gemeinschaftlichen Preisverabredungen der Landwirte, wie im Milchriege, nicht beachten, also:

„Ich halte es ferner für durchaus geboten, zunächst aufklärend die großen und kleinen Bauern zu warnen, dann aber rücksichtslos die Namen derjenigen zu veröffentlichen, die schänden Eigenmuthes halber ihren schwer ringenden Kollegen in den Rücken fallen.“

Würd der Herr Justizminister, wenn solch ein mit „Erpressung“ bedrohter Landwirt sich an ihn wendet, nun auch den Staatsanwalt antweisen, Klage zu erheben, und wird sich ein Gericht finden, das Herrn Ring dann wegen Erpressung verurteilt?

Das ist ja besonders interessant, daß gerade der preussische Justizminister der Urheber eines Strafverfahrens ist, das sich gegen eine durchaus erlaubte, gesetzlich einwandfreie Handlung richtet, und das dazu dient, den harten Organisationskampf der Arbeiter noch mehr zu erschweren.

Nach dieser Fall beweist die dringende Notwendigkeit, im Reichstag endlich ein Koalitions-Schutzgesetz zu schaffen, das allen willkürlichen Auslegungen der Rechtsprechung auf diesem Gebiet ein für allemal einen Riegel vorschiebt.

Zur übrigen werden, falls das Urteil von dem Reichsgericht aufrecht erhalten werden sollte, die Arbeiter künftig in Fällen, wo sie einen Streik im Interesse ihrer Organisation für nötig halten, eben streiken, ohne einen Grund anzugeben. Dann kann auch der kühnste Staatsanwalt das Strafgesetzbuch nicht heranziehen, den Unternehmern aber dürfte dieser Zustand der absoluten Unsicherheit an wenigsten vorteilhaft sein. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Nichtmitgliedschaft eines Arbeiters an sich schon eine Arbeitsniederlegung bedingt, wie wir denn auch den Fall, der zur Verurteilung geführt hat, an sich nicht billigen können, sofern nicht besondere, aus dem Bericht nicht zu erkennende Umstände ihn rechtfertigen. Aber kriminell, gesetzlich straffällig wird das Verhalten unter keinen Umständen.

Die verjudete Partei. Die parteiamtliche „Konservative Korrespondenz“ widmet einem „wichtigen konservativen Gedanktag“ die folgende Auslassung:

„Am 10. Januar sind es hundert Jahre, daß der bekannte Rechtsphilosoph und Staatsrechtslehrer Friedr. Julius Stahl geboren wurde. Was Stahl in den schweren Stürmen des Jahres 1848 für unser Vaterland und die Monarchie gethan, ist unvergessen. Die konservative Partei aber hat besondere Veranlassung, das Andenken des hochbedeutenden Mannes zu ehren; denn er war der eigentliche Begründer der konservativen Partei, die er als einflussreiches Mitglied des Herrenhauses im Jahre 1849 als „Konservativ-Stahl“ ins parlamentarische Leben rief. Noch heute sind die Weisheiten der von ihrem Begründer aufgestellten Grundzüge für die konservative Partei maßgebend; darum wird in ihr der Name Stahl zu allen Zeiten in Ehren gehalten und seiner namentlich an der hundertsten Gedenkfeier seines Geburtstages mit Dankbarkeit und mit dem Gelübde, seine Lehren auch ferner hochzuhalten, gedacht werden.“

Das Organ hat in dieser Gedächtnisrede merkwürdigerweise eine Kleinigkeit vergessen, daß nämlich dieser eigentliche Begründer der konservativen Partei, deren heutiges Programm den Antisemitismus aufgenommen hat, ein Jude war. Allerdings war Stahl in seiner Art ein origineller Denker und er würde an den heutigen Golddemagogen, die sich konservativ nennen, wenig Freude haben.

Zunehmend ist es amüsant, daß die antisemitisch-konservative Partei eine „jüdische Gründung“ ist und sich mit Stolz und Dankbarkeit ihres Gründers erinnert.

Die Stillschickung im Meer. Vor dem Düsseldorfer Militär-Kriegsgericht wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt wegen eines schweren Sachvergehens, dessen sich ein wachhabender Unteroffizier und 11 Mannschaften in Gemeinschaft schuldig gemacht haben. Während schon neulich sämtliche Mannschaften, ebenfalls unter Ausschluß der Öffentlichkeit, zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, ist nun gegen den Unteroffizier Wilhelm Stille auf 6 1/2 Monate Gefängnis sowie Degradation erkannt worden. Er hatte sich mit seinen Untergebenen gemeinsam auf Wache an einer Frauensperson in unzüchtlicher Weise vergangen und dem revidierenden Leutnant eine falsche Meldung gemacht.

Brügel statt Brot.

Ueber das Vorgehen der Frankfurter Polizei gegen die Arbeiter am 13. Januar, das, wie bereits gemeldet, auch von der „Frankf. Ztg.“ in der schärfsten Weise mißbilligt worden ist, entnehmen wir unserm Frankfurter Bruderorgan noch folgende Einzelheiten:

„Wieder hatten sich gegen 3 Uhr Hunderte von Arbeitern und Rekrutierten auf dem Hofmarkt eingefunden, um das Extrablatt des „General-Anzeiger“ über die Stellensuche entgegen zu nehmen. Beim es der Polizei darum zu thun wäre, die Demonstrationen auf friedliche Weise zu unterdrücken oder zu vereiteln, so wäre es ein Leichtes, die Leute gleich in kleinen Trupps auf dem Hofmarkt zu zerstreuen, oder das Extrablatt-Verteilen ganz zu verbieten, damit wäre jede Gelegenheit zu größeren Menschenansammlungen genommen und die Demonstrationen würden ganz von selbst unterbleiben. Aber es scheint fast, als wenn man gestern ein Zusammenstoßen geübt hätte, um ein Exempel zu statuieren. Nach Ausgabe des Blattes zogen etwa 1000 Personen in Begleitung zahlreicher Polizeimannschaften, am Salzhaus vorbei in die Weisbadlergasse hinein und durch diese weiter bis zur Schungasse. Ansfänglich vollzog sich alles ohne Zwischenfall in Ordnung. Auf dem Zierischen Platz aber kam es zu einem tumultuarien Austritt. Augenzeugen der dortigen Vorgänge berichten uns, daß die Polizei den Zusammenstoß förmlich durch ihr ungeschicktes Benehmen provoziert hat. Die Schungasse — die uniformierten den blanken Säbel in der Faust, die Geheimschulleute mit Däuzenmessern bewaffnet — drangen auf die in ängstlicher Flucht sich zurückziehenden Menschen, von denen auch nicht einer den Versuch machte, sich irgendwie zur Wehr zu setzen. Wer nicht rechtzeitig flüchtete, lief Gefahr, rücksichtslos niedergetreten zu werden. Man bemerkte auf dem Zierischen Platz eine Anzahl Kranen, die Patete trugen und ganz zufällig in den Schwarm hineingeraten waren. Sie und viele andre, Kinder und andre Straßenpassanten, wurden rücksichtslos vorwärts gedrängt, und wer nicht rechtzeitig in ein Haus oder eine Nebengasse flüchtete, bestam die Säbelleute oder den Däuzenmesser eines Schutzmannes zu spüren. Glücklich konnte sich der Schächer, der nur die Faust eines Schutzmannes zu spüren bekam. Wer ihnen in den Weg kam, wurde geprügelt, unbekümmert darum, ob er ein Demonstrant, oder ein gewöhnlicher Straßenpassant war, der nur durch einen Zufall in das Straßengewühl gekommen war. In der Löngestraße wurde ein junger Mensch von ein paar Schupplenten dermaßen mit der Klinge bearbeitet, daß er leblos vom Platze getragen wurde. Ein Arzt erzählte uns unter Androhung des Entsetzens, wie er gesehen, wie Säbelleute harmlose Straßenpassanten, die nicht schnell genug gingen, rücksichtslos mit der Säbelleute bearbeiteten, und daß sich die Leute auch ruhig diese Mißhandlungen gefallen ließen. Erst gegen 5 Uhr trat wieder etwas Ruhe ein. Nur das Messerangebot von Schupplenten gab dem Straßensbild ein besonderes Aussehen.“

Auf falschen Geleisen.

Es wird uns aus Sachsen geschrieben: „Es herrscht eine sehr gedrückte Stimmung im Lande. Die Krise wirkt immer einschneidender in alle Verhältnisse und allgemein werden weitere Kreise inne, daß die sächsische Regierungspolitik auf falschen Geleisen läuft. Der Dreiklassen-Vertrag ist erst recht nicht im Stande, zu helfen, die Hoffnungen auf ihn werden in einem Teil der ordnungsparteilichen Presse bereits tief herabgeschraubt. Wozu hebt sie hervor, daß derselbe von besonderer Bedeutung werden wird, durch seine Arbeiten an der Herstellung des Gleichgewichts im Etat, an dem Enteignungs-Gesetz, der Staatssteuer-Reform, der Regelung des Gemeindefinanzwesens und der Behandlung der Frage der Gewährung von Wohnungsgeldern an die sächsischen Staatsbeamten, aber aus seiner bisherigen Haltung kann sich selbst diese Presse nichts Gedeihliches versprechen. Dieses unglückliche Ereignis einer verfahrenen exzentratischen Politik trägt nicht bloß das Zeichen der Unfähigkeit an seiner dreifachen Seite — dessen Tätigkeit obendrein in eine Periode finanzieller Staatszerstückelung fällt — es wird nun sogar von seinen Protektoren mit Mißbilligung, ja Mißtrauen betrachtet. Offenbar fehlt diesem Landtag — abgesehen von den wenigen Nachern — die Kenntnis von der wirklichen Lage des Landes, sonst müßte er gleich im vorhin eine andere Stellung zu den vorliegenden wichtigen Gelegenheitsfällen eingenommen haben. Die neue Novelle zum Einkommensteuer-Gesetz ist gegenüber der Deficit-Mißere völlig unzureichend und im übrigen ein trauriges steuerrechtliches Stückwerk. Aber der Finanzminister selbst konnte vom Landtag nicht mehr verlangen. Trotzdem will ein bedeutender Teil der Dreiklassenmänner nichts von der Einführung einer Vermögenssteuer wissen, obgleich eben die Mittel aus der neuen Einkommensteuer nicht entfernt reichen, das Gleichgewicht im Etat herbeizuführen.“

Die ordnungsparteiliche Presse muß selbst gestehen, daß bei einzelnen Mitgliedern über die neuen Steuern sehr verschiedene Meinungen herrsche und daß in der Wohnungsgeldangelegenheit die Meinungen ebenfalls sehr weit auseinandergehen, so daß heute noch niemand absehen könne, was von denselben Gesetz werde. Und bezüglich der Regelung des Gemeindefinanzwesens wagt der Landtag, keine selbständige Meinung zu haben; nach den zerfahrenen ergebnislosen Debatten über die Deutschrift der Regierung zur Steuerreform wartet er nur gemächlich, bis die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen wird. Initiative, die zu einer gründlichen Reform nötig ist, besitzt dieses parlamentarische Klassenprodukt nicht.

Unter solchen Umständen ist die Verorganisierung seiner Erzeuger gerecht, daß dieser Landtag bei der Bevölkerung auf starke Mißachtung stoßen wird, denn das Pöbel ist in allen Fragen voranzusehen. Um so mehr muß seine Bedeutung für das Land eine schwer verhängnisvolle werden. Darüber werden die Steuerzettel, die nach dem neuen Gesetz ausgerechnet werden, einige Arbeit in den mittleren und unteren Kreisen schaffen, denn mit dem Mittelstand und den Arbeitern ist man gerade nicht glimpflich verfahren bei der Bemessung von Steuern. Ein übriges wird aber die sozialdemokratische Agitation — auch bei der Reichstagswahl am 10. Wahlkreise (Döbeln-Waldheim) — zur Aufklärung über die überaus klägliche Beschaffenheit der Dreiklassen-Wirtschaft beitragen. Der jetzige Landtag ist das drastische Zeugnis für den politischen Niedergang der herrschenden Kreise Sachsens.“

Die sozialistische Vorklar-Interpellation im badischen Landtag. Aus Karlsruhe wird uns vom 14. Januar geschrieben: Die von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages eingebrachte Interpellation über die Stellungnahme der badischen Bundesverordneten zur Vorklar-Vorlage hat folgenden Wortlaut:

„Die Interpellanten ersuchen die Regierung um Auskunft, in welcher Weise ihre Vertreter im Bundesrat die Interessen der Bevölkerung Baden's wahrgenommen haben, bezw. was die Regierung zu thun gedenkt, um die in dem Vorklar-Gesetzentwurf und dem neuen Vorklar liegenden wirtschaftlichen Gefahren abzuwenden?“

Heute kam dieselbe in Verbindung mit der allgemeinen Finanzdebatte zur Verhandlung, nachdem gestern bereits der Abgeordnete Müller (Dem.) eine ähnliche von seiner Partei eingebrachte Anfrage an die Regierung begründet hatte. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion war Hr. Dreesbach-Mannheim.

Daruf verlas Finanzminister Dr. Buchenberger eine kollektiv-Erklärung der badischen Regierung und polemisierte in sehr scharfer, aber matter, die Schwäche der Situation recht leuchtendender Art gegen die Redner aus dem Hause, dabei wies er jedoch scharf jede Gemeinsamkeit mit den Wünschen des Bundes der Landwirte zurück. Baden trete für eine Fortsetzung der Handelsverträge für heute und jederzeit nachdrücklich ein und hofft von der ungestörten Verhandlung des Vorklar im Reichstag einen günstigen Einfluß für Deutschland und die badische Heimat. In der persönlichen Polemik

führte Dr. Buchenberger aus, der begehrte Wunsch nach billigem Brot habe kein Recht, als politischer Anspruch zu gelten. Dagegen liege die Erhöhung der Rentabilität der Güter der Privaten im Interesse der Nationalwirtschaft, die bei uns nicht auf englischen Wegen wandeln dürfe. Eine solche Schutzpolitik könne doch darum nicht verwerflich sein, weil sie auch den Großgrundbesitzern zu gute komme. Es sei zwar zuzugeben, daß wir Schwarzwaldbauern, Klebkeule, Tabak- und Hopfenpflanzer, ebenso die bäuerlichen Tagelöhnerbetriebe keinen Vorteil von den Getreidezöllen habe. Bei einer unteren Preisgrenze von 5 Hektaren könnten aber in Baden 40 000 Bannern mit 55 Prozent der gesamten Acker- und Wiesenfläche in Betracht, somit die große kompakte bäuerliche Masse. Die mäßigen Getreidezölle des Tarifes könne die badische Regierung gerade noch vertreten und sie hofft auf seine Amalgamierung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wolf gewählt. Aus Trautau wird vom 15. d. gemeldet: Bei der heutigen Reichsrats-Wahl erhielt der wieder gewählte frühere Abgeordnete Wolf 1695 Stimmen, während auf den deutsch-fortschrittlichen Kandidaten Dr. Bachmann 1301 Stimmen entfielen. Im ganzen wurden 3219 Stimmen abgegeben, so daß Wolf 85 Stimmen über die absolute Mehrheit erhielt.

Schweiz.

Ein schweizerisches Gericht über das Duell. (Fig. Ver.) Das Zürcher Obergericht hatte sich im Jahre 1900 mit einem Duell zu beschäftigen, wobei es nach seinem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht folgenden Entscheid fällte: Studentische Schlägermensuren sollen auch dann unter die Strafbestimmung des § 92 Str.-G.-B., wenn sie auf vorheriger friedlicher Vereinbarung beruhen. Dem aus dem Umstände, daß das Strafgesetz auch den herausgeforderten Duellanten, der die Herausforderung nicht provoziert hat, mit Strafe belegt, ist zu schließen, daß die Herausforderung kein wesentliches Merkmal des mit Strafe bedrohten Vergehens bilde. Damit steht der Wortlaut des § 92 in Uebereinstimmung. Durch denselben wird in erster Linie der Zweikampf (das Duell) als solches als strafbares Vergehen bezeichnet und wenn dann der Herausforderer oder der Herausgeforderte noch besonders genannt werden, so geschieht es mehr nur in dem Sinne, um ausdrücklich zu betonen, daß beide Parteien, die an dem Zweikampf teilgenommen haben, gestraft werden sollen. Zudem läßt sich wohl denken, daß auch bei der sog. Fremdschlägermensuren eine Herausforderung vorlomme. Gerade die Qualifikation des Zweikampfes als eines besonderen Vergehens rechtfertigt es, auch das infolge einer freundschaftlichen Vereinbarung unternommene Duell zur Bestrafung zu ziehen. Auch dieses Duell ist ein Zweikampf und weist schon diese Benennung darauf hin, daß das Duell mit dem Frieden in Widerspruch steht. Und wirklich vertritt es sich selbst mit dem durch die öffentliche Ordnung, die Geise und die Verordnungen schützgefestigten Frieden der menschlichen Gesellschaft, wenn einzelne Glieder derselben sich verständigen, mit einander einen Kampf zu führen, durch welchen sie sich körperliche Verletzungen vielleicht mit nachfolgender Arbeitsunfähigkeit zufügen können.

Frankreich.

Verleugungen des Vereinsgesetzes. Die Staatsanwälte in Paris, Lyon, Bordeaux, Marseille und anderen Städten haben strafrechtliche Untersuchungen gegen mehrere Mitglieder des Jesuitenordens wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeordnet. Mehrere Jesuiten, darunter der bekannte Vater Dulac, sind beschuldigt, eine Vereinigung gebildet zu haben, die dem neuen Vereinsgesetz nicht entspricht.

Italien.

Die Crispi-Papiere. Die sozialistische „Propaganda“ in Neapel verzeichnet ein Gerücht, wonach aus dem Hause, in dem Crispi starb, während des Todeskampfes des Kranken zwei Bagatellen unbekannter Gegenstände weggeführt wurden. Man munkelt von kompromittierenden Papieren, die auf diese Weise beseitigt seien.

Beitragung des Angiastalles. Jüngst ist der Gemeinderat von Cimiti (Provinz Palermo) wegen massiver Beziehungen aufgelöst worden; die Geschäfte werden vorläufig einem Kommissar übertragen.

Eisenbahnangelegenheiten als Eisenbahnaktionäre. In einer Versammlung der mit dem Ausfall drohenden Eisenbahnangelegenheiten in Genua wurde der Vorschlag des sozialistischen Deputierten Chiesa, den Fonds der Pensionskasse in Eisenbahnaktien anzulegen, um dem Personal Einfluß auf die Verwaltung zu verschaffen, sehr beifällig aufgenommen.

England.

England und die Judenkonferenz. London, 15. Januar. Nach einer Devische der „Daily Mail“ hat am Montag ein Kabinettsrat stattgefunden, in dem beschlossen wurde, daß welches Ergebnis die Judenkonferenz auch haben werde, Schritte ergriffen werden sollten, um den Untergang des westindischen Zuderbanes zu verhindern. Das Blatt erfährt ferner, die Vertreter Englands auf der Konferenz hätten Anweisung erhalten, mitzuteilen, daß, wenn die Prämien nicht aufgehoben würden, Großbritannien Kompensationszölle erheben würde.

Kronungspomp und Hungernot. Wie die „Daily Mail“ aus Allahabad erfährt, soll die Krönung König Eduards am 1. Januar 1903 in Delhi durch glänzende Prunkfeste gefeiert werden, die alles bei ähnlichen Gelegenheiten bisher Gebotene weit überreffen sollen; man erwartet, daß der Prinz von Wales als Vertreter des Königs den Feierlichkeiten beiwohnen werde. Es wird beabsichtigt, alle Rekrutierten des indischen Reichs zum Erscheinen zu veranlassen und eine große, aus Europäern und Eingeborenen bestehende Truppenmacht aufzubieten. Wie der Berichtslatter der „Daily Mail“ weiter mitzuteilen weiß, soll an den Emir von Afghanistan eine besondere Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten ergehen.

Es ist ein skandalöser Hunger, in einem Lande, in dem jährlich Hunderttausende Hungers sterben, auf Kosten des ausgeplünderten verhungerten Volkes ausschweifenden Sultanats-Organen veranstalten zu wollen. Eduard VII sollte zu seiner Krönungsfeier der hungernden Kolonie lieber ein paar Millionen aus seiner Privatkassette spenden!

Rußland.

Die Russifizierung Finnlands. Der russische Minister des Innern hat ein Schreiben an den Generalgouverneur in Helsinki gerichtet, worin der Befehl gegeben wird, daß das finnische Telegraphenbureau seine Tätigkeit vom 1. Februar einstellen soll. Das finnische Telegraphenbureau ist den russischen Gewaltthätern offenbar unbenommen geworden dadurch, daß es schnell und korrekt über die gegen Finnland verübten Gewaltthätern berichtete. Jedenfalls will man in Zukunft alle finnländischen Telegramme in Petersburg einer Censur unterwerfen.

Aus St. Petersburg wird gemeldet, daß der finnländische Generalgouverneur den Chef des 3. Leibgardeschützen-Bataillon die Ordre erteilt hat, alles zu entfernen, was einer Verschmäkung der finnischen Schützenbataillone mit den übrigen Gardebataillonen hinderlich sein könnte. Besonders solle darauf Gewicht gelegt werden, daß die Mannschaft russisch lerne, und niemand könne zum Unteroffizier befördert werden, der hierin nicht die nötigen Kenntnisse besitze.

Deputationsherge. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde nunmehr den Studenten gestattet, Vereine und Disziplin zu gründen, Bibliotheken und Leshallen zu errichten, sowie Kuratorien zur Beschaffung von Arbeit für Studenten und Korporationen zum Zwecke der Förderung von

künstlerischen, literarischen und wissenschaftlichen Fragen zu organisieren.

Alles natürlich unter polizeilicher Ueberwachung! Vielleicht hofft man auf diese Weise auch eher auf die „unruhigen Geister“ aufmerksam werden zu können, denen man dann noch eine besondere Ueberwachung zu teil werden läßt. —

Revolte gegen die Steuerernehmer. In Miranda und Salamanca ist ein Aufstand ausgebrochen, der sich hauptsächlich gegen die Steuerernehmer richtet. Dieselben mühten in die Gendarmen-Kaserne flüchten, um geschützt zu werden.

Asien.

Die internationalen Handel in Ruisschwang. Einem Bericht des amerikanischen Konsuls in Ruisschwang zufolge hat der dortige russische Gouverneur eingeräumt, daß den kürzlich stattgefundenen Verhaftungen von Offizieren und Mannschaften des amerikanischen Kriegsschiffes „Vidaburg“ ein Irrtum zu Grunde gelegen habe.

Der amerikanische Konsul in Ruisschwang hatte nach einem früheren Telegramm bei dem russischen Vertreter wiederholt Beschwerde darüber geführt, daß die Russen in die Rechte der Ausländer eingriffen. Aus der obigen Meldung geht hervor, daß die Russen sogar soweit gingen, amerikanische Truppen gefangen zu nehmen! —

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde der vom Abg. Prinz v. Arnberg (C.) verfaßte Bericht betr. die Uebernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salam nach Mrogo festgestellt. Der Bericht umfaßt 17 Druckseiten, mit den Vorlagen und Beilagen 39 Seiten. Sodann werden die Referate verteilt. Die nächste Sitzung der Budgetkommission soll am Donnerstag 10 Uhr stattfinden. Am Sonnabend und Montag soll keine Sitzung stattfinden.

Nach einer Mitteilung, welche Graf Udo zu Stolberg-Bernigerode in der Budgetkommission des Reichstags machte, wird Abg. Dr. Lieber (Chr.) in den nächsten Tagen an den Arbeiten des Reichstags und der Budgetkommission wieder vollen Anteil nehmen.

Petitions-Kommission des Reichstages. In der Mittwoch-Sitzung der Petitions-Kommission wurde u. a. über folgende wichtige Petition beraten:

Die Einführung des Befähigungsnachweises im Bauhandwerk verlangt eine Petition der Handwerkskammer in Piesnitz. Der Regierungskommissar teilt mit, daß die Regierung bereits mit der Ausarbeitung eines Fragebogens beschäftigt sei, der den Handwerkskammern in dieser Frage vorgelegt werden soll. Abg. Jakobskötter beantragt, daß trotzdem die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen werde, damit die Vorarbeiten möglichst beschleunigt werden. Dies wird denn auch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen beschlossen. In der Debatte ist übrigens von dem Abg. Hoch verlangt worden, daß nicht nur die Meister-Organisationen sondern auch die beteiligten Arbeiter-Verbände zur Beantwortung der Fragebogen von der Regierung herangezogen werden.

Eine Petition, betreffend Rückzahlung von Beiträgen zur Pensions-Anstalt usw. „Kasse für die Arbeiter der Igl. Gewehr- und Munitionsfabrik zu Spandau“ wird von dem Regierungskommissar als ganz unbegründet hingestellt. Infolgedessen empfiehlt die Kommission dem Plenum Uebergang zur Tagesordnung. Jedoch wird bei der Beratung im Plenum durch das von den beteiligten Arbeitern beizubringende Material das von dem Regierungsvertreter entworfene Bild von der Sachlage wohl erheblich modifiziert werden.

Weniger Glück hat der Regierungsvertreter, der sich gegen die Forderung einer andern Petition auf Einziehung des Vorortes **Wilhelmshagen in den Postbezirk Berlin** wandte. Mit demselben Rechte, wie dieser eine Vorort, könnten viele andre das gleiche Verlangen stellen und hätten es bereits gestellt. Würde man dem einen Vorort sein Verlangen erfüllen, so mühte man daselbe auch den andern Vororten gegenüber thun. Dies aber würde für die Post eine Verminderung ihrer Einnahmen um bedeutend mehr als 100 000 M. pro Jahr zur Folge haben, was bei jetziger Finanzlage vermieden werden müsse. Die Kommission war jedoch einstimmig der Meinung, daß der jetzige Zustand sehr unerfreulich sei und die Einziehung der Vororte einer größeren Stadt in deren Postbezirk in allen derartigen Fällen erfolgen müsse, sobald es irgend möglich sei. Die Petition soll daher der Regierung als Material überwiesen werden. —

Der Boeren-Krieg.

Die durchbrochene Blochhaus-Linie.

Ans Ladbund wird gemeldet: Gestern um Mitternacht durchdrangen 25 Boeren zu Pferde die Blochhaus-Stationen in der Nähe von Tabanhu unter heftigem englischen Feuer. Diese Boeren zogen nach der Richtung von Dewetsdorp und gehörten dem Kommando Brand an.

Wenn es einem so kleinen Boerenkommando gelingen konnte, ohne Verluste die berühmte Blochhaus-Linie zu durchbrechen, dürfte der Wert der diesjährigen Einbegungslinie nicht allzu hoch anzuschlagen sein.

Die englischen Verluste der letzten Woche.

Die englischen Verluste seit dem 6. Januar belaufen sich auf **204 Tote, 145 Verwundete** und 4 Vermißte.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Militärsattler. Wie schon an dieser Stelle mitgeteilt wurde, haben die Berliner Militärsattler, nachdem der im Jahre 1900 vor dem Gewerbegericht vereinbarte Tarif am 31. Dezember abgelaufen war, das Gewerbegericht angerufen, um neue Tarifverhandlungen in die Wege zu leiten. Auf den Antrag der Arbeitnehmer hin hatte der Vorsitzende des Gewerbegerichts einige Fabrikanten zu einer Besprechung eingeladen, um deren Ansichten zu hören und die neuen Verhandlungen vorzubereiten. Welchen Erfolg diese Besprechung gehabt hat, geht aus folgendem Schreiben hervor, das der Vorsitzende des Gewerbegerichts an die Vertreter der Arbeitnehmer sandte:

Berlin, den 18. Januar 1902.

Der Vertreter der Firma Aug. Loh Söhne, sowie der Inhaber der Firma A. Wunderlich & Co. haben es abgelehnt, wegen einer etwaigen Verlängerung des zwischen den Militärsattlern und ihren Arbeitgebern geschlossenen Vergleichs vom 27. Sept. 1900 mit den Arbeitern zu verhandeln.

Der Inhaber der Firma G. Weder u. Comp. hat nicht gehört werden können, da er zur Zeit verreist ist.

Das Gewerbegericht ist daher nicht in der Lage, Ihrem Antrage vom 7. d. M. näher zu treten.

Der Vorsitzende,
v. Schulz.

Also nicht einmal zu einer Verhandlung sind die Herren bereit; sie zeigen hier, wie früher bei der durch die Fabrikanten veranstalteten Konferenz für ganz Deutschland, daß es ihnen an jedem guten Willen und vor allem an jedem sozialpolitischen Verständnis mangelt. Man weiß wirklich nicht, was man über das Verhalten dieser Herren, die doch ausschließlich für den Staat arbeiten, denken soll. Jedenfalls wird dafür gesorgt werden, daß sich der Reichstag bei Beratung des Militäretats mit dieser Frage beschäftigt, da der Staat zweifellos die Pflicht hat, sich darum zu kümmern, daß Leute, die für ihn arbeiten, wenigstens einigermaßen existieren können. Wie es heute mit der Existenz der Militärsattler aussieht, beweisen die Lohnaufstellungen verschiedener guter Arbeiter, nach denen sie im letzten Quartal des vorigen Jahres pro

Arbeitsstunde durchschnittlich 85 Pf. verdient haben, und zwar bei tarifmäßig festgelegten Preisen, auf die man jetzt noch Abzüge machen möchte.

Auch in der Militärwerkstätte zu Spandau sind in der letzten Zeit Zwischenmeister-System und Heimarbeit in erschreckender Weise gewachsen. So ist zum Beispiel ein größerer Posten Arbeit von der Artilleriewerkstätte an den Berliner Fabrikanten Pregel weitergegeben worden, dieser hat sie an einen andern Zwischenmeister weitergegeben und dieser läßt die Arbeit durch Sattler anfertigen. Es drängen sich also in den Produktionsprozess zwei vollständig überflüssige Mittelpersonen ein, die keine andre Aufgabe haben, als den für die Arbeit gezahlten Lohn zu beschneiden. Die Artilleriewerkstätte läßt auch bei Spandauer Sattlermeister Arbeit anfertigen und hier werden die Preise in unverantwortlicher Weise gedrückt. Es sind uns einzelne Gegenstände genannt worden, für die die Artilleriewerkstätte an ihre eigenen Arbeiter 1,30 M. Arbeitslohn zahlt, hierfür zahlen Zwischenmeister nur 95 Pf., für andre zahlt die Artilleriewerkstätte 45 Pf. und die Zwischenmeister nur 20 Pf. Auch hier wird jedenfalls der Reichstag ein Wortchen mitzusprechen.

Alle Vorkommnisse der letzten Zeit beweisen aufs neue, daß man von der Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer nichts erwarten darf, daß die Arbeiter vielmehr auf sich angewiesen sind und nur durch Verbesserung ihrer Lage herbeiführen können, wenn sie ihre Gewerkschaften nach jeder Richtung hin kräftigen.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. Die Kabibpyher nahmen in ihrer letzten Versammlung den Entwurf des Ordstatuts für Berlin mit einigen Abänderungen an. Für die Arbeitslosen-Zählung meldeten sich in der Versammlung 18 Mann. — Die **Kittensmacher** beschloßen, die Sperrung über die Firma **Götte** fortzusetzen zu lassen.

Deutsches Reich.

Ein Streik auf der Yacht „Hohenzollern“. Den gestern gemeldeten Differenzen der 17 Tapezierer mit der Firma W. Reben Dahl in Kiel liegt folgender Thatbestand zu Grunde: Die in den Ausstand eingetretenen Leute waren auf der Yacht „Hohenzollern“ beschäftigt. Da die Arbeiter wegen der Fahrt nach Amerika beschleunigt werden mußten, wurden von Herrn Reben Dahl vor etwa acht Tagen drei weitere Gehilfen zur Anstellung eingestellt. Bei der Lohnauszahlung am Sonnabend wurde jedoch den Neueingestellten nur 3,25 M. pro Tag ausbezahlt, während die übrigen auf dem Schiffe beschäftigten Gehilfen einen Tagelohn von 4 M. erhielten. Als die drei Mann denselben Lohn verlangten, den ihre Kollegen erhielten, erfolgte ihre Entlassung. Die übrigen Kollegen erklärten sich jedoch mit den Entlassenen solidarisch. Da am Sonntag eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht erzielt werden konnte, legten nachmittags die 14 Mann nebst ihrem Werkführer die Arbeit nieder. Am Montagmorgen traten danach die Ausständigen mit einem Schreiben an den Hoflieferanten heran. Sie verlangten für die drei Kollegen die Wiedereinstellung, sowie die Rückzahlung des zu wenig erhaltenen Lohnes. Ferner forderten sie die Festsetzung eines durchgängigen Lohnes von 45 Pf. pro Stunde für diese Arbeit bei einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden; des weiteren eine bessere Behandlung seitens des Chefs und seines Geschäftsführers und schließlich das Versprechen, daß keiner der Ausständigen gemahregelt werden solle. Zunächst erklärte der Hoflieferant, daß er bereit sei, die drei Mann wieder einzustellen und ihnen den Lohn nachzugeben. Auf weitere Versprechungen wollte der Herr sich jedoch nicht einlassen, da er aus Hamburg und Lübeck genügend Leute bekommen könne. Um nichts unverzagt zu lassen, damit der Streik in Güte wieder beigelegt werde, setzten sich die Arbeiter am Montagnachmittag nochmals mit Herrn Reben Dahl in Verbindung. Da die erwartete auswärtige Hilfe ausgeblieben war und die Arbeit fertiggestellt werden mußte, ließ der Arbeitgeber sich schließlich veranlassen, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Sämtliche 17 Tapezierer nahmen darauf nachmittags um 4 Uhr die Arbeit wieder auf. Die beteiligten Arbeitnehmer sind sämtlich organisiert. Der Nutzen einer guten Organisation hat sich hier also wieder einmal in überzeugender Weise gezeigt.

Die Suche nach Arbeitern für die Germania-Werft in Kiel artet geradezu in groben Unfug aus. Ein Agent Müller in Stettin, Heinrichstraße 17, annonciert in auswärtigen Blättern nach Schiffsbauarbeitern. Mehrere Arbeiter aus Magdeburg ließen sich dadurch verleiten, nach Stettin zu fahren, um die Arbeit anzutreten. Zu ihrem Leidwesen mußten sie erfahren, daß dort überhaupt keine Arbeit vorhanden sei, sondern daß sie nach Kiel sollten, daß aber weiter ihnen auch keine Garantie dafür gegeben werden könne, daß sie in Kiel Arbeit erhielten. Für diese Vermittlung verlangte Herr Agent Müller noch eine Provision von 3 M. Von zwei Leuten aus Magdeburg, die ihr ganzes Geld verreiselt hatten und nun mittellos in Stettin dastanden, mußte einer um das Geld zur Rückreise an seine Frau telegraphieren, der andre seine Uhr verpfänden. — Das ist ein freventliches Spiel, welches da mit Arbeitslosen getrieben wird.

Die Holzauer in Rehrenbach bei Wessungen (Hessen-Rassau) haben ca. 30 Mann stark die Arbeit niedergelegt. Den Leuten wurden für eine Arbeitszeit von 7 Wochen an Löhnen 22—36 M. gezahlt. Die Leute haben thatsächlich mehr verdient. Die Zahlung der mehrverdienten Gelder wurde jedoch von dem Herrn Forstmeister verweigert mit der Begründung, daß das Holz erst wieder umgelegt werden müsse. Daraufhin wurde die Arbeit niedergelegt. Mit 5 M. und weniger konnten selbst diese bescheidenen und zufriedenen Menschen ihre Familien nicht ernähren.

Ausland.

Der Arbeiterstreik in Barcelona soll sich nach Mitteilungen des Wolffschen Bureau nun plötzlich wieder verschlummert haben. In den Telegrammen heißt es: „Die Ausständigen, welche sich mit Waffen, Messern, Stöcken und Revolvern versehen hatten, machten einen Angriff auf verschiedene Fabriken, bemächtigten sich der Werkzeuge und zerstörten die Maschinen. Die Bürgergarde ging gegen die Ausständigen vor. In einer Versammlung der Metallarbeiter wurde beschlossen, den Streik fortzusetzen; man glaubt, daß die Ausständigen denselben 6 Monate hindurch werden aushalten können, da sie Unterstützung von Ausland erhalten.“ (?) — „Die Arbeitgeber der Metallfabriken richteten an die Senatoren, Deputierten und an die Behörden eine Denkschrift, in welcher sie ausführten, sie wendeten sich zum letztenmal an die Einsicht der Arbeiter; sie bemerkten weiter, die Werkstätten würden morgen auf Grundlage des 10stündigen Arbeitstages geöffnet sein, sie versprächen, gerechten Beschwerden Gehör zu geben; allein, wenn der Ausstand und die Akte der Einschüchterung andauerten, würden sie die Werkstätten schließen, indem sie die Freiheit, auszuwandern und sich unter den Schutz eines fremden Landes zu stellen, in Anspruch nehmen.“ Ueber die Auswanderung ihrer Bedrücker dürften die Arbeiter kaum in Trauer verfallen.

Versammlungen.

In einer imposanten Kundgebung gegen Lohnabzüge in der heutigen Krise gefasste sich die Versammlung der „Union“ Allien-Gesellschaft, die am Sonntag, den 12. d. Mts., in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit, stattfand. Vor überfülltem Hause referierte Diesenthal über die bei obiger Firma am 6. d. Mts. stattgefundenen Lohn- und Accordabzüge. Derselbe führte ungefähr folgendes aus: Gerade in der jetzigen Krise sind die Unternehmer besorgt, die Arbeitslöhne so billig als möglich zu gestalten. So sei auch die Direktion obiger Firma von Fall zu Fall dreifach geworden, ohne daß die Arbeiter Widerstand geleistet hätten. Als im Sommer die Formet mit Abzügen bedacht wurden, da äußerte die Mehrzahl der Kollegen kein Interesse an dieser Angelegenheit, als aber jetzt ein allgemeiner Deutzug seitens der Firma ausgeführt wurde, da erwachten die Arbeiter und

deshalb, weil sie erwacht sind, muß Stellung gegen diese Abzüge genommen werden. Obgleich die Fabrikation der Firma durch Aushaltung ihrer Spezialmaschinen nicht teuer ist als bei den Konkurrenzfirmen, ist doch ein Abzug von 3—20 Proz. des Lohnes erfolgt, um die Krisis gegen die Arbeiter auszunutzen. Leider sind eine große Anzahl der Kollegen noch nicht organisiert, so daß es unmöglich ist, sofort einen Kampf führen zu können. So ist es immer und immer wieder der Zwiespalt unter den Arbeitern, der vom Kapitalismus zur Unterdrückung der Arbeiter benützt wird. Nur durch das System, die Kolonnenführer durch einen Prozent Aufschlag zu fördern, war es in diesem Falle möglich, die Kollegen uneinig zu erhalten. Es ist wohl selbstverständlich, daß die Direktion genau weiß, wie schwach ihre Arbeiter in ihrer Uneinigkeit dastehen und daß sie dadurch die Abzüge von langer Hand vorbereiten konnte. Der Referent verlangte die Wahl einer Kommission, die bei der Firma direkt vorstellig werden soll zwecks Aufhebung der Abzüge. In der Diskussion, die sich sehr lebhaft gestaltete, wurden von mehreren Seiten die Uebelstände des Kolonnen-systems hervorgehoben und Beseitigung desselben gefordert. Es wurde eine Kommission von 15 Mann gewählt, die mit der Firma verhandeln soll. Charakteristisch für die Stimmung der Versammlungsteilnehmer war es, daß von den Vorgesetzten zur Kommission nicht einer abgelehnt. In seinem Schlusswort hob der Referent die Aufgaben der Arbeiter zusammen, betonte die Solidaritätspflicht jedes Einzelnen, und forderte auf, daß ein Jeder Agitator der Organisation, Agitator des deutschen Metallarbeiter-Verbandes werde. Eine weitere Versammlung, der die Kommission Bericht zu erstatten hat, soll am Freitag, den 17. d. M., in demselben Lokale stattfinden, um die weitere Stellungnahme der Arbeiter festzulegen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß die gewaltige Versammlung.

Lichterfelde. Eine stark besuchte Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins Groh-Lichterfelde fand am Sonntag, den 12. Januar statt. Eingeleitet wurde dieselbe mit einem lehrreichen beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Eduard Berns ein über „Parteilämpfe in früherer Zeit“. Den Vorstandsbericht gab Genosse Wenzel. Demselben ist zu entnehmen, daß der Verein 161 Mitglieder zählt, die auf folgende Verufe sich verteilen: Arbeiter 80, Barbier 1, Buchbinder 1, Gärtner 1, Maler 2, Plauer 88, Metallarbeiter 12, Poliermeister 1, Redakteure und Schriftsteller 4, Schmitt 1, Schriftsetzer 7, Schuhmacher 1, Steinseher 1, Stellmacher 6, Stereotypsetzer 1, Stuccoarbeiter 1, Tapezierer 1, Tischler 17, Holzbearbeitungsbranche 2, Tischler 6, Zeitungsgespedient 1, Zimmerer 6. — Vorstandsmitglied im verflochtenen Jahre 13, Vereinsversammlungen 12, öffentliche Versammlungen 3 statt. Die Petitionslisten gegen die Zollvorlage fanden 1916 Unterschriften. Dem Centralverband wurden abgeliefert in der Zeit vom 1. Januar 1901 bis 30. September 1901 327,67 M.

In den Vorstand wurden gewählt die Genossen Wenzel als erster, Hoff als zweiter Vorsitzender, Senst als Kassierer, Geisen-Kersting als Schriftführer. Revisoren wurden Kuchland und Lehmann, Bibliothekar Pints. In die Lokal-Kommission wählte man Marquardt und Lehmann, an Stelle des Bezirksführers Raubart wurde Hamann gewählt. Zum Punkt Kommunalwahlen sprach Wenzel, sich speziell zur Wohnungsfrage ändernd. Er sprach sich im Prinzip gegen die Errichtung von Mietshäusern aus und gestellte die Forderungen der Willenbesitzer, die den Arbeitern das Wohnen am Ort unter allen Umständen unmöglich zu machen suchen. Die Diskussion, an der sich Vorheimer, Marquardt, Schindler, Lehmann, Geisen-Kersting u. a. beteiligten, drehte sich hauptsächlich um die Wohnungsfrage. Den zu wählenden Kandidaten wurde in dieser Frage völlige Freiheit gelassen. Als Gemeindevertreter-Kandidaten wurden alsdann gewählt für den ersten Bezirk: Zeitungsgespedient Wenzel, für den zweiten Bezirk: Redakteur Heinrich Wegler und Buchdrucker Robert Lampe. — Ein Antrag, Mitglieder, die ohne zwingende Gründe der Wahl fernbleiben, aus dem Verein auszuschließen, fand einstimmige Annahme.

Rowawed. Die Generalversammlung des Wahlvereins für Rowawed-Rowendort fand unter rege Beteiligung der Parteigenossen statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 120 erreicht hatte, davon gingen durch Abmeldung und Ausschluss resp. Tod 18 Mitglieder verloren, so daß der Verein jetzt 102 Mitglieder zählt, gegen 98 im Vorjahre. Nach ihren Berufen setzen sich die Mitglieder wie folgt zusammen: 24 Textilarbeiter, 17 Plauer, 11 Tischler, 11 Arbeiter, 9 Zimmerer, 7 Cigarrenmacher, 6 Buchdrucker, 4 Metallarbeiter, 3 Maler, 3 Barbier, 3 Kupfer Schmiede und je ein Dachdecker, Wärfenmacher, Kaufmann, Kolporteur, Handelsmann. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Robert Lange 1. Vorsitzender, Karl Gruhl 2. Vorsitzender, Hermann Hähnen Kassierer, Leopold Arceminiedi Schriftführer, Otto Hoffmann Beisitzer. Zu Revisoren wurden gewählt: Döllner, Dummernitz und F. Hoffmann, zu Bibliothekaren Lüdike und Braunstein, in die Lokal-Kommission Eirneemann, Dummernitz und Werner. Sodann sprach Genosse Gruhl über die bevorstehende Kommunalwahl. Auch in dem reaktionären Rowendort werden wir uns zum erstenmal durch Aufstellung eines Kandidaten an der Wahl beteiligen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Wassereintrich im Jupiterschacht bei Brüg.
Brüg, 15. Januar. (W. Z.) Die Situation auf dem Jupiterschacht ist unverändert. Das Wasser ist zwar um 1,7 Meter gefallen, steht aber noch immer einen Meter über der Fallortsohle. Von den vermischten 44 Bergleuten fehlt noch jede Spur.

Königsberg i. Pr., 15. Januar. (W. Z. B.) Seit gestern nachmittag bis jetzt herrscht hier munterbrochener Schneefall.

Köln, 15. Januar. (W. Z. B.) Wie der „Köln Volksz.“ aus Solingen gemeldet wird, entdeckte die Polizei gestern dort eine falschmünzerwerkstätte, in welcher Zwanzigmarsche, Pfennigmarke, Dreimarckstücke und Einmarckstücke, sowie Zwanzig- und Fünfcentstücke angefertigt wurden, die in Solingen, Reinscheid und Elberfeld in Verkehr gebracht wurden.

Brüg, 14. Januar. (W. Z. B.) Infolge des hohen Wasserstandes sind Arbeiten zur Rettung der in dem Jupiterschacht eingeschlossenen 43 Arbeiter noch immer nicht durchzuführen. Die Verunglückten dürften infolge der Unmöglichkeit, ihnen Hilfe zu bringen, rettungslos verloren sein.

Brüg, 15. Januar, abends. (W. Z. B.) Man hegt jetzt keinen Zweifel mehr darüber, daß die im Jupiterschacht eingeschlossenen 43 Arbeiter noch immer nicht durchzuführen. Die Verunglückten dürften infolge der Unmöglichkeit, ihnen Hilfe zu bringen, rettungslos verloren sein.

Rom, 15. Januar. (W. Z. B.) Der Senat nahm mit 117 gegen 95 Stimmen die von der Deputiertenkammer bereits genehmigte Vorlage, betreffend **Schaffung eines Arbeitsamtes**, an.

Konstantinobel, 15. Januar. (W. Z. B.) Gestern hat die Post mit 350 000 türkischen Pfund die Rate der russischen Kriegsschadigung bezahlt, die am 1/14. Januar fällig war.

Reichstag.

118. Sitzung vom Mittwoch, 15. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Herr v. Thielmann.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dr. Stodmann (Np.), daß er sich aus dem Stenogramm überzeugen habe, daß Herr Dr. Müller-Sagan nur gewisse Sorten von Kriegervereinen „Kriegervereine“ genannt habe.

Auf der Tagesordnung steht die folgende Interpellation Dr. Arendt (Np.):

Es dem Reichskanzler bekannt, daß Kriegsteilnehmern, denen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1899 die jährliche Beihilfe von 120 M. bewilligt ist, auch gegenwärtig wieder „mangels finanzieller Mittel“ die Auszahlung verweigert wird.

Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um schließlich und endlich diesem Mißstand ein Ende zu machen.

Reichs-Schatzsekretär Herr v. Thielmann erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Dr. Arendt (Np.):

Wir hatten gehofft, daß diese Angelegenheit durch den vorjährigen Beschluß des Reichstags endlich erledigt wäre. Leider ist die Zahl der vorhandenen Bezugsberechtigten heute schon wieder eine viel größere als die Zahl der vorhandenen Mittel. In einem Fall ist ein Mann, der bereits im Februar 1898 bezugsberechtigt war, heute noch nicht im Besitz der Beihilfe. Die Zahl derjenigen, die im Jahre 1899 bereits bezugsberechtigt waren, ist viel größer. Der Unglückliche aus dem Jahre 1898 würde auch am 1. April 1902 noch nicht seine Beihilfe erhalten können, trotzdem der zu diesem Zwecke im Etat ausgeschaltete Fonds anerkannterwertweise um 1 Million erhöht worden ist.

Medner teilt eine Reihe von Fällen mit, um die traurige Lage derjenigen zu kennzeichnen, denen die Auszahlung der Beihilfe verweigert worden ist, trotzdem sie bezugsberechtigt sind. Die Leute fallen direkt der Armut anheim, während gerade dies durch das Gesetz von 1899 verhindert werden sollte.

Selbst in Fällen ganz besonderer Hilfsbedürftigkeit wird von der Reichsfolge nicht abgesehen. Die beteiligten Volksteile können es nicht begreifen, wie das große Deutsche Reich Mittel genug haben soll, um seine Veteranen vor Not und Elend zu schützen. Zur Voraussetzung der Beihilfegewährung wird außerdem die absolute Hilfsbedürftigkeit gemacht, besonders in Preußen wird damit rigoros verfahren, während der preussische Minister des Innern mir auf meine Anfrage hin zugegeben hat, daß dieses Vorgehen in der Fassung des Gesetzes absolut keine Begründung finde. Immerhin ist die Zahl der Bezugsberechtigten bis zum Jahre 1901 auf 53 000 gestiegen. Es fragt sich nun, wie dem gegenwärtigen Zustande abgeholfen ist. Ich habe das Wort des Herrn v. Thielmann „Der Reichs-Invalidenfonds ist bankrott“ sehr bedauert, da es unrichtige Bemerkung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen hat.

Der Invalidenfonds ist ein Aufschubfonds, dessen Verpflichtungen sobald er erschöpft ist, auf das Reich übergehen. Der Invalidenfonds wird vielleicht in 8 Jahren aufgebraucht sein und dann hätte das Reich ca. 40 Millionen auf einmal zu übernehmen. Daher wäre es besser, die Ausgaben für die Kriegsinvaliden jetzt auf die laufenden Etatsausgaben zu übernehmen. Natürlich müßten dann neue Einnahmequellen geschaffen werden. In erster Linie denke ich dabei an eine Wehrsteuer, die eine gerechte Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht darstellen würde. Das deutsche Volk wird eine solche Steuer gerne zahlen. — Zum Schluß noch eine Anfrage an den Herrn Reichs-Schatzsekretär. In einer anscheinend offiziellen Anklage der „Münchener Allg. Zeitung“ war von Kriegsteilnehmern die Rede, von denen ein großer Teil nie Pulver gerochen habe. Ich halte diese Bemerkung für sehr häßlich und mangelhaft und hoffe, daß sie nicht aus offizieller Feder stammt.

Wir haben in den letzten Tagen gewetteifert, um unsere Anerkennung für unser deutsches Heer zum Ausdruck zu bringen. Ich bitte Sie, lassen Sie es nicht bei den Worten, sondern fügen Sie die Thaten hinzu. (Bravo! rechts.)

Reichs-Schatzsekretär v. Thielmann:

Davon, daß Kriegsteilnehmern, denen die 120 M. jährliche Beihilfe bewilligt ist, die Auszahlung verweigert wird, ist mir nichts bekannt und der Herr Interpellant hat auch hierfür keine Beispiele angeführt. Er hat immer von Berechtigten gesprochen. Das Gesetz kennt aber Berechtigte erst, sobald die Beihilfe zur Bezahlung von einem bestimmten Termin an von den Verwaltungsbehörden bewilligt ist. Bis dahin kennt das Gesetz nur Anwärter. (Lachen links.) Darin liegt ein großer Unterschied. Das geltende Recht ist auch keineswegs hart für die Veteranen. Die Reihe der fortlaufend sich in jedem Jahre steigenden Bewilligungen aus dem Invalidenfonds haben gezeigt, daß die verbündeten Regierungen von dem größten Wohlwollen gegen die Veteranen getragen sind. Dies Wohlwollen hat aber seine natürliche Grenze an den verfügbaren Mitteln. Preußen hat noch im Jahre 1901 die Mittel für sämtliche von ihm angemeldeten 52 691 Veteranen und für noch einige hundert Mann darüber bewilligt erhalten. In den neuesten Etat sind Mittel eingestellt, die die von Preußen geltend gemachten Ansprüche noch übersteigen. Die den übrigen Staaten bewilligten Mittel sind im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ebenso groß. Wie hat es nun kommen können, daß in einem preussischen Kreise ein Veteran, der bereits 1898 die Bedingungen erfüllte, um zur Veteranen-Beihilfe zugelassen zu werden, seitdem nichts bekommen hat. Hier müssen besonders unglückliche Umstände zusammengetroffen sein. Vielleicht liegt der Grund an einer unrichtigen Verteilung der Beihilfe seitens der betreffenden Regierungspräsidenten. Da Herr Arendt nicht den Namen des Kreises genannt hat, kann ich den Fall nicht prüfen. Uebrigens muß die entsprechende Verteilung der Beihilfe natürlich Sache der Einzelstaaten sein.

Davon, daß der Zweck des Gesetzes von 1899 war, die Veteranen nicht der Armut anheimfallen zu lassen, kann keine Rede sein. Einen ganz mittellosen Mann können 120 M. auch nicht vor der Armut bewahren. Wie bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzen eine Uebernahme der Leistungen für die Veteranen auf das Reich ernstlich gefordert werden konnte, verheißt ich nicht. Herr Arendt erklärte, der Reichstag hätte sich mit Freunden bereit erklärt, für die Verlegung der Invaliden neue Steuern zu bewilligen. Ich würde nicht, wann das geschehen ist. Ich weiß nur, daß der Reichstag sich seit einer Reihe von Jahren neuen Steuerplänen der Regierung gegenüber ablehnend verhalten hat. Abgesehen von Bier- und Tabaksteuer und Erweiterung des Stempelabgabengesetzes ist das Steuerfeld ganz abgegrast. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Schrempf (L.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Graf v. Oriola (natl.):

Selbstverständlich wird einem Veteranen, dem bereits die Bewilligung der Beihilfe seitens der Behörde zugesagt ist, die Auszahlung niemals verweigert werden. Das hat auch der Abgeordnete Dr. Arendt natürlich nicht mit seiner Anfrage gemeint. Die diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs zeigten wirklich von recht wenig Wohlwollen für die Veteranen. Medner führt weitere Beispiele an, in denen sehr bedürftigen Invaliden die Beihilfe verweigert worden ist. So z. B. wurde ein alter invalider Wehrgehilfener abköpfig beschieden mit der Motivierung, er sei noch ein junger Veteran aus dem Kriege 1870/71, es gäbe noch viel ältere aus dem Kriege von 1866,

die auf die Beihilfe warteten. Sollte er in große Not geraten, so möge er die Armenverwaltung um eine Unterstützung anfragen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) — Der Reichstag hat wiederholt erklärt, daß er das Nötige in dieser Sache thun will, wenn also die Regierung ihr Wohlwollen zur That macht, wird sie den Reichstag hinter sich haben. — Anregen möchte ich noch, ob nicht beim Tode des Veteranen eine kleine Beihilfe zu den Begräbnis- kosten der Witwe gewährt werden könnte. Im Jahre 1895 ging der Staatsanwalt der Regierung dahin, daß es nicht der Würde des Deutschen Reiches entspräche, wenn Kriegsteilnehmer der öffentlichen Wohlfahrt anheimfielen. Auf diesen Boden stehen meine Freunde heute noch. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schrempf (L.):

Wir sind mit den Ausführungen des Herrn Interpellanten einverstanden. Der Reichstag hat einstimmig eine Resolution angenommen, die von der Regierung Erhebungen über die Zahl der zu unterstützenden Veteranen und die finanzielle Tragweite des Antrags Richter verlangte. Ich frage den Herrn Staatssekretär, welches Resultat diese Erhebungen gezeigt haben. Weiter frage ich den Herrn Schatzsekretär, ob er mit seinen Ausführungen hat sagen wollen, daß wirklich absolut keine Mittel für die Veteranen mehr vorhanden sind. Das einfachste wäre es, wenn die nötigen Mittel einfach in den Etat eingestellt werden. Dann wird die Regierung ja sehen, ob die Budgetkommission die Mittel bewilligt. (Sehr richtig! rechts.) Die Frage, ob neue Steuern möglich sind, will ich nicht weiter erörtern. Jedenfalls steht fest, daß mit einer Vorsteuer von 99 Prozent des deutschen Volkes einverstanden sind. (Sehr richtig! rechts.) — Hoffentlich wird die Budgetkommission den betreffenden Etatsteil erhöhen und wir werden ja dann sehen, ob die Regierung dem fortwährenden Schieben des Reichstags endlich nachkommt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär hat sich rein auf die finanzielle Seite der Frage beschränkt, ist aber gar nicht auf den tatsächlich bestehenden Zustand eingegangen, daß Veteranen, die dringend hilfsbedürftig sind, von den Verwaltungsbehörden die Zulassung der Beihilfe verweigert wird. Schuld an den Verhältnissen trägt vielfach eine gewisse Unkenntlichkeit der unteren Verwaltungsbehörden, die einfach mit dem Bescheide, es seien keine Mittel vorhanden, die Gesuche ablehnen zu können glauben. Ich will das Material der Herren Abgeordneten noch um einen Fall vermehren. Ein Veteran aus Weiningen schreibt an meinen Freund Müller-Reinigen, daß ihm die Beihilfe verweigert worden sei, weil sein Ohr, Augen- und Kopfleidern nicht nachweisbar mit den Strapazen des Krieges zusammenhängen. Das wird aber im Gesetz gar nicht verlangt. Es muß jeder Fall einzeln geprüft werden und wo auch nur die geringste Benützung eines solchen Zusammenhangs vorliegt, muß das Wohlwollen, von dem der Staatssekretär sprach, sich zeigen. Die Gewährung an bedürftige Veteranen ist neuerdings um so dringender, da die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen sind. Ich hoffe, im Namen meiner sämtlichen Freunde zu sprechen, wenn ich den Wunsch ausspreche, daß endlich einmal von den verbündeten Regierungen ernst gemacht wird mit den Wünschen, die der Reichstag wiederholt kundgegeben hat.

Herrn Stodmann bin ich dankbar dafür, daß er in so lothaler Weise seinen Irrtum zurückgenommen hat, aber auch dafür, daß er die öffentliche Aufmerksamkeit auf meine Bemerkung gelenkt hat. Auch in den Kreisen der Veteranen wird mein Urteil über einzelne Kriegervereine geteilt. Daß sich nämlich in ihnen vielfach Militärs vordrängen, die niemals in Feindesland gewesen sind, die sich nur mit Hurraschreien betätigen, und um die erste Rolle spielen wollen. Seitens des Verbandes deutscher Kriegervereine ist mir eine spezielle Widmung in dankbarer Ehrerbietung zugesandt worden. Ich habe von meiner damaligen Äußerung nichts zurückzunehmen, um so mehr wünsche ich aber, daß den ehrlichen Veteranen, die ihre Schuldigkeit gethan haben, ihr Ehrensold in vollem Maße zu teil wird. (Beifall links.)

Abg. Prinz Schönath-Carolath (natl.):

Der Invalidenfonds ist in wenigen Jahren erschöpft und wie sollen dann die bestimmten Verpflichtungen bei Gründung des Invalidenfonds gehalten werden. Die Mittel müssen also unbedingt auf andere Weise beschafft werden. Der Reichstag wird auf jeden Fall zum Zweck der Verjüngung der Kriegsinvaliden die Gelder bewilligen, Sache der Regierung ist es, neue Einnahmequellen zu suchen. Eine Wehrsteuer scheint auch mir durchaus angebracht, wenn man die infolge Krankheit nicht Wehrfähigen anspricht. — Der Antrag Richter, der die Beihilfe schon dann bewilligt wissen will, wenn die Erwerbsfähigkeit auf ein Drittel herabgemindert ist, ist mir auch heute noch durchaus sympathisch. — Ich plädiere dafür, daß wir für das laufende Jahr in einem Kreditgesetz das Nötige bewilligen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (L.):

Einstimmig wird den Veteranen erst dann geholfen werden können, wenn mein Antrag angenommen sein wird. Die Mittel für diesen Zweck müssen gefunden werden, das ist eine patriotische Pflicht. Vor allem möge die Regierung Erhebungen darüber pflegen, wieviel bedürftige Veteranen vorhanden sind.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Als wir seiner Zeit den Antrag stellten, daß die 120 M. als durchaus nicht genügend auf 160 M. zu erhöhen seien, wurden unsere Ausführungen von der Regierung und der Regierung aufs schärfste bekämpft. Graf Pofadowsky sagte 1895, daß, wenn die Empfänger der Alters- und Invalidenrente davon leben könnten, sich auch eine Möglichkeit finden müßte, für die vollkommen erwerbsunfähigen Veteranen mit den 120 Mark ein wenn auch bescheidenes und dürftiges, doch von der öffentlichen Wohlthätigkeit unabhängiges Leben zu führen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Medner von der Rechten schloß damals aus, daß Leute mit 120 Mark harem Gelde von den kleinen Leuten auf dem Lande gern in Kost genommen würden. Die Leute haben dann ihr Unterkommen und sind damit sehr zufrieden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Ausführungen stehen direkt im Widerspruch zu dem, was Herr v. Thielmann heute sagte, der mit vollkommenem Recht betonte, daß selbstverständlich ein Mann von 120 Mark nicht leben könne. Von dem Wohlwollen, von dem wir heute gehört haben, werden die Veteranen wirklich nicht satt werden. Den Veteranen wäre in Wirklichkeit nur geholfen, wenn Sie unsere Anträge 1895 angenommen hätten. Wir wollten damals, daß ihnen der Rechtsweg offen stände, damit sie nicht auf die Gnade der Verwaltung angewiesen seien, und daß die Beihilfe groß genug zum notwendigen Leben sei. Außerdem muß beantragt werden, daß der Begriff der Erwerbsunfähigkeit hergestellt wird. Wie jetzt von den Verwaltungsbehörden zum Teil direkt gegen das Gesetz verfahren wird, dafür ein Beispiel: Wir liegt ein lithographisches Formular vor, das von dem Regierungspräsidenten in Danzig am 30. Oktober 1901 ausgegangen ist. In diesem wird auf ein Gesuch eines Veteranen um Gewährung der Beihilfe erwidert: Ich eröffne Ihnen, daß die für diesen Zweck verfügbaren Mittel zur Zeit erschöpft sind und daß auch nicht abzusehen ist, wann die erforderlichen Mittel verfügbar werden. Vor Ihnen sind bereits vorgemerkt ältere Veteranen aus den Feldzügen von 1848, 1849 und 1864. — Nach dem Gesetz sind aber die Mittel nur zu bewilligen für die Teilnehmer an den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71. Es wird also notwendig sein zu ermitteln, ob der Regierungspräsident in Danzig

die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu Zwecken verwendet, zu denen er sie nicht verwenden darf. Für die Invaliden aus den sogenannten Feldzügen von 1848/1849 ist ja eine besondere Stiftung vorhanden, der Nationalbank. Aber der Dank des Vaterlandes für die Veteranen ist immer derselbe gewesen: Wohlwollen in Worten und nicht in Thaten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein Veteran aus jenen Schlachten, der 3 Medaillen aufzuweisen hatte, wurde in allen Instanzen abschlägig beschieden, weil aus dem Nationalbank die Veteranen versorgt werden, die ihr Geld in Preußen verzeihen, der Betreffende aber in Jülich in Bayern lebte. Die Bourgeoisie hat sich einfahe Krieger nur mit Medaillen und leeren Versprechungen abgepeist, aber davon sind die Veteranen noch niemals satt geworden. Es ist also durchaus unrichtig, wenn man es so hinstellt, als ob jetzt die große Mehrheit des Reichstags so außerordentlich bereit sei, für die Veteranen einzutreten. Hätten Sie damals meinen Antrag angenommen, dann wäre hinreichend für die Veteranen gesorgt.

Heute kommt es aber sogar vor, daß man einem Veteranen die schon bewilligte Beihilfe wieder wegnimmt, weil er inzwischen aus einer Invaliden-, Anknopfs- oder ähnlichen Klasse etwas bekommen haben. Aus Weichen in Oberhessen ist mir über eine Reihe solcher Fälle, bei denen zum großen Teil arme Vergleute betroffen wurden, berichtet. Das ist eine zweifellose Verfehlung gegen das Gesetz. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Rheinbaben erklärte seiner Zeit als preussischer Minister des Innern, er werde dafür sorgen, daß das Gesetz möglichst wohlwollend ausgelegt wird und daß nicht nur im Fall der völligen Erwerbsunfähigkeit die Beihilfe gewährt wird. Der Berliner Polizeipräsident hat aber z. B. ein Gesuch ablehnend beschieden, obgleich er die völlige Erwerbsunfähigkeit des Betreffenden nicht bestritt, nur aus dem Grunde, weil mit Rücksicht auf die Einnahmen des bei dem Betreffenden wohnenden Sohnes nicht anerkannt werden könne, daß er sich in unterstützungsbedürftiger Lage befinde. Da wird also sogar noch zu dem Begriff der Erwerbsunfähigkeit der Unterstützungsbedürftigkeit gefügt. Wenn Sie (nach rechts) Veteranen haben zu den Erklärungen derjenigen Minister, die so etwas wohlwollende Auslegung nennen, dann verhandeln Sie es, wenn für die Veteranen nichts geschieht. Ueberhaupt ist Ihre Vertrauensseligkeit gegenüber den Behörden der Hauptgrund, weshalb derartige Gräueltaten so wenig wohlwollend angewendet werden. So lange Sie es den einzelnen Verwaltungsbehörden überlassen, das Gesetz auszulegen, wird eine Verbesserung zu Gunsten der Veteranen nicht herbeigeführt werden.

Man hat von neuen Steuern gesprochen; heute vor einem Jahre hörte ich von Herrn Dr. Arendt etwas Schöneres. Damals erklärte Herr Dr. Arendt, er würde, falls den Veteranen nicht das Bewilligt würde, was ihnen gebührt, sogar die Kolonialforderungen ablehnen und verschiedene andre Forderungen der Regierung. Das sollten Sie (nach rechts) doch thun, warum halten Sie nicht Wort? Dann können Sie allerdings auch nicht verlangen, daß die Regierung auf Ihre Worte irgend etwas giebt. Die Wehrsteuer ist die denkbar ungerechteste Steuer, sie belastet die ärmsten Klassen und den Mittelstand am schwersten. Wir haben Geld im Ueberfluß, wenn Sie (nach rechts) nur die überflüssigen Ausgaben nicht bewilligen möchten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An Stelle einer Wehrsteuer möchte ich Ihnen eine Ordenssteuer empfehlen. Es giebt ja eine Menge Leute, die gerne 10 000 M. zahlen, um einen Orden im Anknopfs zu haben. Sie (nach rechts) haben kein Recht, sich hier als Freunde der Veteranen aufzuspielen, wenn Sie auf der andern Seite durch die Jollitorvorlage die Lebenshaltung dieser Armen noch verteuern wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Dankbarkeit der Bourgeoisie für die Veteranen zeigt sich darin, daß man ihnen versichert, sie seien besonders brave Leute, wenn sie bei den Wahlen für die bürgerlichen Parteien eintreten. Ich hoffe, daß bald die große Mehrheit der Veteranen zu der Ueberzeugung kommen wird: Wer nur auf die Regierung baut und hat nichts und wer immer nur auf die Reichstags-Mehrheit vertraut, der kriegt nichts von nun an bis in alle Ewigkeit. (Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Speck (L.):

Die Materie hat uns schon oft beschäftigt. Der Grund der diesen Beschwerden liegt an den gesetzlichen Bestimmungen. Eine Änderung der bestehenden Verhältnisse ist dringend notwendig. Wir werden in der Budgetkommission darauf zurückkommen müssen. Ich stehe im Prinzip der Wehrsteuer nicht ablehnend gegenüber. Natürlich müßten nicht die armen Kräfte besteuert werden, sondern es müßten die häuslichen Verhältnisse der zu Besteuernden bei der Bemessung der Höhe der Steuer berücksichtigt werden. Stadthagen hat eine Ordenssteuer vorgeschlagen. Sie hat den Reiz der Neuheit für sich. Dem Abg. Stadthagen gebührt der Ruhm, diese neue Steuer angeregt zu haben. Wäre der Antrag der Sozialdemokraten damals angenommen worden, so hätten die Veteranen gar nichts bekommen, denn die Regierung hätte nie 300 Mark bewilligt. Wir können nur das Erreichbare anstreben. In diesem Sinne sind unsere Beschlüsse anzufassen. Wir wünschen den Veteranen, daß sie zu ihrem Rechte kommen. (Beifall.)

Abg. Dr. Arendt (Np.):

Die Ausführungen des Abg. Stadthagen bewegen sich auf einem Niveau, auf das ich nicht herabsteigen will. Das Fach der Rede des Reichs-Schatzsekretärs ist: Wir sollen weiterwimmeln. Der Reichstag wird weiter drängen müssen, daß größere Mittel in Anspruch genommen werden müssen. Jetzt sind 6 Millionen zu beschaffen, hört der Reichs-Invalidenfonds auf, so werden 40-50 Millionen zu beschaffen sein und heute schon erlaubt der Reichs-Schatzsekretär, das Steuerfeld sei abgegrast. Der Schatzsekretär hat eine Aversion gegen neue Steuern und scheint die Initiative für neue Steuern dem Reichstage überlassen zu wollen. Die Wehrsteuer ist heute aber so wohlwollend beurteilt worden, daß er daraus vielleicht Anlaß nimmt, die Initiative für eine Wehrsteuervorlage zu ergreifen. Ich kann mir mein Bedauern ausdrücken, daß die Antwort des Reichs-Schatzsekretärs nicht den berechtigten Erwartungen entspricht, die wir gehegt haben. Immerhin hoffe ich noch immer auf eine Verständigung. (Beifall rechts.)

Hiermit schließt die Besprechung. Die Sitzung wird vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Oriola, betr. die Reform der Militärpensions-Gesetzgebung. 2. Interpellation Abrecht und Genossen, betr. die Arbeitslosigkeit.) Schluß 6 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Friedeberg, Arnswalde halten am 19. Januar ihre Kreisversammlung in Borsdorf (Prisen) ab. Die Verhandlungen begannen mittags 1 Uhr im Lokal des Herrn Kahlmann. Auf der Tagesordnung stehen:

- 1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes, Abrechnung.
2. Bericht der Bezirks-Vertrauensleute.
3. Diskussion.
4. Neuwahl des Kreis-Vertrauensmannes und der Bezirks-Vertrauensleute.
5. Presse.
6. Vortrag des Kandidaten E. O. B. Schöneberg.
7. Verschiedenes.
Weitere Auskünfte erteilt der Kreis-Vertrauensmann Paul Liebrandt in Friedeberg, Neumark.

Der badische Parteitag findet am 20. Februar in Offen- burg statt; eine Vorbesprechung ist für den Abend zuvor in Aussicht genommen. Zum Parteitag erhält der Abg. Wedel eine besondere Einladung, damit ihm Gelegenheit geboten wird, seine auf dem Parteitag in Lübeck geäußerte Kritik an badischen Parteiverhältnissen noch etwas direkter anzubringen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde am Dienstag von der Strafkammer in Pagan der verantwortliche Redacteur des „Armen Zeufel aus der Oberlausitz“, Genosse Ernst Schubert in Zittau, verurteilt, weil er die sächsischen Landtags- Abgeordneten Held (Wund der Landwirte), Richter und Kollfuß (nationalliberal) beleidigt haben sollte. Die Beleidigung hatte der Staatsanwalt gefunden in einem Artikel, der kurz nach der Landtagswahl erschien und über den Einzug der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten „Vertreter der Minorität“ in den Landtag einige allgemeine Bemerkungen über den Parteistandpunkt der Herren Held, Richter und Kollfuß enthielt. Der Staatsanwalt erhob deshalb im öffentlichen Interesse die Anklage, und das Landgericht schloß sich seiner Ansicht an, daß die allgemeinen Bemerkungen, wie: ein guter Ordnungsmann pfeife auf das Volk, eine schwere Beleidigung der betreffenden Landtags-Abgeordneten enthalte, da ihnen damit der Vorwurf der Gewissenlosigkeit gemacht werde. Besonders schwer beleidigend aber sei die Behauptung, die Dreiklassenwahlrechts-Männer seien der Verachtung des Volkes preisgegeben. Ob das Gericht auch die anderen inkriminierten Ausdrücke als beleidigend ansah, ging aus der Urteilsbegründung nicht hervor.

Aus Industrie und Handel.

Ein Verteidiger der Syndikatswirtschaft. Die Essener Handelskammer, die einen Bezirk vertritt, in dem das Syndikatswesen die kräftigste Entwicklung genommen hat, gehört zu den Unentwegten, die eifrig den Bestrebungen dieser Organisation Unterstützung angeheißelt. Auch in dem diesjährigen Bericht wird der Syndikatswirtschaft folgendes Loblied gewidmet:

„Diese Hoffnung hat sich, wie anerkannt werden muß, erfüllt; die Syndikats haben, unserer Anschauung nach, den auf sie gesetzten Erwartungen in weitem Umfange entsprochen; denn lediglich ihrem Eingreifen ist es zu danken, wenn uns ein maßloser Preissturz und ein vernichtender Konkurrenzkampf, Erscheinungen, die in früheren Zeiten mit einem wirtschaftlichen Rückschlag untrennbar verbunden schienen, bislang erspart geblieben sind. Darüber hinaus aber haben die Syndikats durch Anpassung der Güterherzeugung an den Bedarf mittels Produktionsbeschränkungen und dadurch, daß sie der Ausfuhr überschüssiger Erzeugnisse Vorschub geleistet haben und weiter leisten, den Weg gebahnt, der einzig und allein zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen kann und den sich zu durchsetzen lediglich das Bestehen der Syndikats die Möglichkeit giebt. Die Bittern, welche einerseits die Produktionsbeschränkungen in den verschiedenen Industriezweigen und andererseits das Anwachsen unserer Ausfuhr, namentlich in Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie, zur Darstellung bringen, geben für diese Seite der Thätigkeit der Syndikats ein anschauliches Beispiel.“

Daß diese Thätigkeit der Syndikats auch gewisse Schattenseiten hat, soll nicht in Abrede gestellt werden. Es ist aber unsere feste Ueberzeugung, daß die augenblicklichen Nachteile, welche mit einer derartigen Wirksamkeit der Syndikats für einzelne oder einzelne wirtschaftliche Gruppen verknüpft sind, weit überwogen werden durch die angezeigten Vorteile, die der überwiegenden Mehrzahl der Gewerbetreibenden wie der gesamten Volkswirtschaft aus der Wirksamkeit der Syndikats erwachsen.

Wir können hiernach nur wünschen, daß der Kartellierungs-gedanke in immer weiteren Kreisen Wurzel schlagen möge, und sind überzeugt, daß mit der weiteren und gleichmäßigeren Ausbildung des Syndikatswesens auch die Mängel, die ihm heute noch anhaften, mehr und mehr verschwinden, kurz, daß die Syndikats dahin wirken werden, daß im Rahmen unserer Volkswirtschaft an die Stelle regelloser Güterherzeugung und Konkurrenz in weitem Umfange eine dem Unternehmer wie dem Arbeiter zum Segen gereichende Ordnung und Stetigkeit tritt.“

Jede Ersparung der Syndikats führt, nach den bisherigen Erfahrungen, zu einem Mißbrauch der Macht; die Konsumenten werden gezwungen, jede Bedingung zu erfüllen, die von diesen wirtschaftlichen Interessengruppen ausgeht. Noch weniger kann die Arbeiterschaft von der Herrschaft der Syndikats gutes melden, weder sind Löhne noch sozialpolitische Forderungen zugestanden, die den bedürftigsten Ansprüchen nachstehen. Die Handelskammer mag recht haben, daß eifrigen Unternehmern großer Nutzen durch gute Preise während der Hochkonjunktur und das Festhalten der Preisliste bei dem wirtschaftlichen Niedergang zugeführt wurde, aber die Gesamtlage der Industrie ist durch diese Preispolitik nicht gefördert, im Gegenteil ist der Sturz nur um so heftiger erfolgt, der Inlandmarkt mehr erschüttert, als es bei einem Rückgang der Preise zu erwarten war. Die Auswüchse der Syndikatswirtschaft verschwinden nicht mit der größeren Entwicklung, sondern sie werden unentzerrlicher.

Die Oberächleische Kohlenkonvention hat eine Fördereinschränkung von 12 1/2 bis 15 Proz. beschlossen.

Die Harmonie der Interessen. Die Gewerkschaft „Dannenbaum“ hat durch Anschlag bekannt gegeben, daß auf sämtlichen Fabriken der Gewerkschaft eine Lohnkürzung von 10 bis 20 Proz. eintritt.

Vertracht ist die Winkelsche Kadelfabrik in Schwabach. Den Arbeitern wurde gekündigt. Ein Nürnberger Bankhaus soll mit 100 000 M. engagiert sein.

Ein Getreidebetrug an der Chicagoer Börse ist durch Zahlungsschwierigkeiten der Firma George D. Phillips u. Co. zum Vorschein gekommen. Die Firma war starkes Engagements eingegangen, man berichtet von 1 200 000 Bushel Roggen, 5 000 000 Bushel Weizen und 800 000 Bushel Mais und Hafer, ihre Spekulation schlug fehl und trieb damit die Firma zum Bankrott. Phillips ist als vager Spekulant an der Chicagoer Börse bekannt und ist bei einer ähnlichen Aktion im vorigen Jahre gleichfalls in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Daß es möglich ist, daß solche Leute immer wieder an der Börse austauschen können, große Kredite bekommen und durch ihre Manipulationen den Markt beherrschen, gehört nicht zu den eifrigsten Thaten der Börse. Der Preissturz an der Chicagoer Börse war kein so erheblicher als man erwarten konnte, da starke Käufe den Rückgang aufhielten.

Geschäftsberichte deutscher Konsumvereine. Der **Börliger** Konsumverein erzielte im Vorjahre 4 233 324 M. Umsatz. Die Mitgliederzahl betrug 15 419, die Verkaufsstellen sind auf 15 angewachsen. Reingewinn 497 314 M. Rückvergütung 12 Proz. — Der **Konsumverein in Glaucha** u. beziffert seinen Umsatz auf 279 972 M. Reingewinn 34 688 M. Rückvergütung 12 Proz. — Der **Konsumverein in Meerane** hatte einen Umsatz von 944 515 M. Reingewinn 135 755 M. Rückvergütung 14 Proz. — Der **Konsumverein in Markranstädt** gibt seinen Umsatz auf 177 940 M. Reingewinn 8933 M. — Die **Wainzer Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft** berichtet im zweiten Geschäftsjahre über einen Umsatz von 83 217 M. — Die **Konsumgenossenschaft „Vorwärts“** in Warmen erreichte einen Umsatz von 248 192 M. Reingewinn 14 313 M. Rückvergütung 5 Proz.

Sociales.

Ueber den Ausgang des Werftarbeiter-Prozesses in Hamburg meldet uns ein Privat-Telegramm, daß das Landgericht die Klage abgewiesen hat, ohne auf die Beweisanträge einzugehen. Die Kläger werden Berufung einlegen.

Ueber den Konsumverein Leipzig, Plagwitz macht Paul Göhre in der „Zukunft“ einige Angaben, wobei auch die nürstergütigen Einrichtungen der großen Bäckerei des Vereins geschildert werden. Dabei wird die für gewisse Scharfmacher schreckliche Thatsache mitgeteilt, daß im vorigen Jahre mehrere Bäckereimeister der königlich sächsischen Militärbäckereien die Einrichtungen dieser Bäckerei eingehend studiert haben, um deren Erfahrungen bei Remanagen zu verwerten. Ob Herrn Dertel und Genossen nicht ein gelindes Grausen erfaßt, daß der sächsische Militärkassas bei einem angeblich sozialdemokratischen Konsumverein in die Lehre geht?

Zur Auslegung des Gewerbegerichts-Gesetzes. Das Gewerbegericht in Quedlinburg fällt dieser Tage eine Entscheidung über die Vertretung der Parteien vor Gewerbegerichten, die sicher nicht den Absichten der Gesetzgeber entspricht. Das dortige Gewerbegerichtsamt hat vor kurzem eine Auskunftsstelle errichtet, in welcher in allen aus dem Arbeitsverhältnis, dem Unfallversicherungs- und dem Alters- und Invalidengesetz entfallenden Streitigkeiten unentgeltlich Auskunft erteilt wird.

Der Vorsitzende des Kartells, Genosse Schmidt, hatte die Auskunfterteilung übernommen. Zweck der Auskunfterteilung ist, zu verhindern, daß, wie es schon häufig geschehen, ansichtslose Klagen bei dem Gewerbegericht anhängig gemacht werden. In einer Streit-sache vor dem Gewerbegericht hatte Genosse Schmidt die Vertretung des Klägers übernommen. Der Vorsitzende beanstandete die Vertretung, da nach seiner Ansicht Schmidt zu denjenigen Personen zu rechnen sei, auf welche der § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes Anwendung finde. § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes lautet:

„Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen.“

Das Gericht entschied: Es sei öffentlich bekannt gegeben, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichtsamt, Tischler Johannes Schmidt, in Streitfragen, welche dem Gewerbegericht unterstehen, Rat und Auskunft erteile. Diese Thatsache und seine Thätigkeit als Prozeßbevollmächtigter oder Beistand lasse ihn als eine unter § 29 des Gewerbegerichts-Gesetzes bezeichnete Person erscheinen.

In dem zur Verhandlung stehenden Termin, in welchem er zum ersten Mal als Prozeßbevollmächtigter vor dem hiesigen Gewerbegericht fungierte, sei er zugelassen; für die Folge aber müsse das Gericht indes seine Zulassung als Prozeßbevollmächtigter ablehnen. Die Thatsache, daß S. für seine Thätigkeit kein Honorar beziehe, sei für die Entscheidung unerschütterlich.

Der Ausschluß der Rechtsanwälte ist erfolgt, um eine unnütze Vertenerung des Verfahrens zu verhindern, und derselbe Grund ist wohl auch maßgebend gewesen für den Ausschluß der andern „das Verhandeln geschäftsmäßig betreibenden Personen“. Dieser Grund fällt für die Vertretung durch Leiter gewerkschaftlicher Auskunftsstellen, Arbeitersekretäre u. dgl. weg; sie machen kein „Geschäft“ aus dem Verhandeln. Die Entscheidung des Gewerbegerichts ist sehr bedauerlich und sollte nicht unangefochten bleiben.

Bei den hamburgischen Staatsarbeitern sollten nach Zeitungs-meldungen alle italienischen Arbeiter entlassen worden sein. Der „Hamburgische Korrespondent“ stellt die Meldung dahin richtig, daß die mit Staatsarbeiten beschäftigten Unternehmer in Hamburg auf- gefordert worden sind, möglichst nur dortige Arbeiter zu beschäftigen, um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Die Bevölkerung der dänischen Antillen, deren Verlauf an die Vereinigten Staaten jetzt nahe bevorsteht, ist seit mehreren Jahren beständig im Rückgang begriffen. Nach Anzeiger des kürzlich erschienenen Jahrgangs des „Statistisk Årbog“ hatten die drei Inseln 1841: 40 055 Einwohner, 1880: 38 231, 1890: 32 786, 1901 nur noch 30 504 Einwohner. Niemals war aber die Abnahme der Bevölkerung so stark als in den letzten 11 Jahren. Das gilt für jede der drei Inseln und sowohl für die Städte als auch für die Landdistrikte. Die Ursache dieser Entvölkerung ist die entsetzliche Sterblichkeit, die auf den Inseln herrscht. Für je 100 Kinder, die zur Welt kommen, sterben 136 Menschen. Die hohe Sterblichkeit wird hauptsächlich durch die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse herbeigeführt, unter welchen die Bevölkerung lebt. Die Haupteinkommensquelle bildet die Zuckerproduktion. Von ihrem natürlichen Markt, von Nordamerika, sind die Inseln durch Zollschranken abgesperrt, und in Dänemark wird von ihrem Zucker so gut wie von allem ausländischen 3 Oere pro Pfund verlangt, während die inländischen Produzenten nur 2 1/2 Oere Abgabe zu zahlen haben. „Und dazu“, schreibt „Socialdemokraten“, „kommt die beispiellose Schlechtigkeit der dänischen Administration. Unter Amerikas Herrschaft zu kommen, das eröffnet die schönsten Aussichten für die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse auf den Inseln, für eine Besserung der materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung und damit für ein Aufhören des Entvölkerungsprozesses.“

Versammlungen.

Der Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis — Schönhauser Vorstadt — hielt am Dienstag eine Generalversammlung im „Berliner Frater“ ab. Dieselbe war sehr stark besucht, der Saal war vollständig gefüllt. — Zunächst hielt Genosse Rosenow einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: Wie die Junker den Bauern helfen. — Dann erlasstete der Vorsitzende Mars den Vorstandsbericht. Er bemerkte, die Statuten des Vereins seien bis auf einige unwesentliche Änderungen hiedes alten Vereins geblieben. Die Änderungen betreffen nur die Annahme der Bezeichnung „Schönhauser Vorstadt“, die Bestimmung, daß die Versammlungen monatlich einmal stattfinden, und in dem Fokus, der von der Zusammensetzung des Vorstandes handelt heißt es jetzt „Beisitzer bzw. Abteilungsleiter“. In allem andern ist das alte Statut beibehalten, wie auch die Organisation die alte geblieben ist. Wir wollen in dem alten Rahmen des Vertrauensmännersystems weiterarbeiten und abwarten, wie der Parteitag entscheiden wird. — Der Kassierer Ricket berichtete, daß vom alten Verein 1029 Mitglieder abgetreten sind, 91 haben sich neu angemeldet, so daß der Verein jetzt 1220 Mitglieder zählt. Früher hatte die Schönhauser Vorstadt 1500 Mitglieder, davon waren aber 300 Restanten oder verzogen, so daß dem neuen Verein nur noch 170 an der früheren Mitgliederzahl fehlen.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde hauptsächlich das Referat Freythalers in der Generalversammlung des alten Wahlkreises kritisiert. Seine Ausführungen wurden als teilweise unrichtig und entsetzt bezeichnet. — Philippsohn sprach seine Verdrigung über die Wahl Freythalers zum ersten Vorsitzenden des neuen Vereins aus, weil dieser im Organisationsreferat eine sehr sachliche Haltung bewahrt habe, dagegen lasse die Wahl des zweiten Vorsitzenden Krendsee nicht auf eine verständliche Stimmung gegen die Genossen der Schönhauser Vorstadt schließen. Eugen Ernst hätte auch besser getan, sich im Interesse des Friedens nicht in den Vorstand wählen zu lassen. Am meisten Anstoß mußte es erregen, daß Augustin als Beisitzer und Klose als Vertrauensmann für die Schönhauser Vorstadt gewählt seien. Diese beiden Genossen hätten seiner Zeit im Vorderstadium des Streites zurückgezogen. Sie hätten deshalb soviel Rücksicht auf die Genossen der Schönhauser Vorstadt nehmen müssen, daß sie kein Amt in der Neuorganisation angenommen hätten. Ganz besonders gelte das von Genossen Klose. Dieser habe das Vertrauen der Schönhauser Vorstadt nicht, auch wenn es, wie vorausgesehen, nach dem Parteitage zu einer Einigung des Kreises kommt.

Christiani führte unter andern aus, es sei das Gerücht ausgebreitet worden, die Genossen der Schönhauser Vorstadt wollten bei der nächsten Reichstagswahl einen eigenen Kandidaten aufstellen. (Gelächter.) Daran sei gar nicht zu denken. Sollte es noch vor der Einigung zu einer Auflösung des Reichstags kommen, so würden sich hoffentlich die Genossen auf der andern Seite mit

denen der Schönhauser Vorstadt über die Kandidatur verständigen. Ob nun der jetzige Vertreter des Kreises, gegen den Redner durchaus nichts einzuwenden hat, oder ein andrer aufgestellt wird, die Genossen der Schönhauser Vorstadt werden selbstverständlich für den von der Mehrheit des Kreises nominierten Kandidaten eintreten. (Zustimmung.) Im Kampf gegen unsere Gegner gehen wir geschlossen vor. Ein zweites Solingen giebt es bei uns nicht. (Beifall.)

Nachdem Lühbecke und Jänike ebenfalls die Darstellungen Freythalers als unzutreffend bezeichnet hatten, führte Genosse Wunsch aus: Freythaler habe es so hingestellt, als ob die Mehrheit der Bezirksführer von Anfang an mit der Neuorganisation einverstanden war. Das sei nicht richtig. Man habe den Bezirksführern wohl gesagt, daß eine Neuorganisation des Kreises wünschenswert sei, aber nicht, in welchem Sinne eine Änderung eintreten sollte. Aus diesem Grunde konnte auch in den ersten Sitzungen kein Protest gegen die Neuorganisation erhoben werden. Sobald dann aber bekannt wurde, welchen Sinn die Neuorganisation haben sollte, hätte sich die Schönhauser Vorstadt dagegen gewandt. — Wenn, wie Freythaler in seinem Referat sagte, eine Einigung der Bezirksführer über den Kommissionsentwurf nicht zu erzielen war und die Entscheidung deshalb den Mitgliedern überlassen werden sollte, so beweist doch dieser Umstand, daß man in den Reihen der Bezirksführer geteilter Meinung war. Die Gegner des Entwurfs waren der Ansicht, daß sich die geplante Neuorganisation im Hinblick auf die Gesetzgebung und die Verhältnisse in Preußen nicht empfehle. — Borgmann sei angegriffen worden, weil er in einer Versammlung sagte: Wir denken nicht an eine Sonderorganisation, und weil er diese später doch unterstüßte. Als Vorwand diese Äußerung machte, war noch kein Beschluß auf Gründung einer Organisation für die Schönhauser Vorstadt gefaßt worden. In unserer Versammlung, wo wir beschloßen, wir behalten uns im Fall der Annahme der neuen Organisation weitere Schritte vor, hat noch niemand an eine Sonderorganisation gedacht. Borgmann konnte also keine Äußerung mit vollem Recht machen. Erst durch die Behandlung, die wir in der Versammlung auf dem Gebirgsbrennen erfuhren, hat sich der Gedanke einer eignen Organisation Bahn gebrochen. — In der von Freythaler erwähnten Sitzung der Genossen, welche ein Amt im Kreise befehlen, beantragten wir, eine Einigung zwischen beiden Teilen zu versuchen. Wir wollten, daß die Sache dem Parteivorstand und den Berliner Vertrauensleuten zur Entscheidung vorgelegt werde, denn es handelt sich hier nicht um eine Angelegenheit, die nur den sechsten Kreis betrifft, sondern sie geht alle Berliner Kreise an. Diese haben doch gemeinsam zusammenarbeiten, die Vertreter der Kreise haben also auch ein Recht, in diesen Dingen mitzureden, und zwar um so mehr, als durch den Einfluß des sechsten Kreises auch in andern Kreisen Stimmung für die Einführung der Neuorganisation gemacht worden ist. Die Mehrheit in der Sitzung hielt die Vertrauensleute in dieser Angelegenheit für parteiisch, und deshalb schlug Ernst vor, außer dem Parteivorstand auch die Kontrolleure zur Entscheidung heranzuziehen, weil diese meistens aus solchen Kreisen sind, die schon die Neuorganisation eingeführt haben. Gegen diesen Vorschlag erhoben wir den Einwand, daß ja unter diesen Umständen die Kontrolleure gegen unseren Standpunkt voreingenommen sein könnten. — Die Entscheidung des Parteivorstandes giebt uns recht, und danach durfte der Kreis die Neuorganisation nicht einführen. — Und wird der Vorwurf gemacht, wir hätten unser Ehrenwort gebrochen. Diese Beschuldigung muß entschieden zurückgewiesen werden. Nach der Entscheidung des Parteivorstandes fand eine Sitzung im Wahlkreis statt, wo diese Entscheidung scharf kritisiert wurde. Es wurde die Ansicht ausgesprochen, daß wir uns nun an den Parteitag wenden müßten. Die Kontrolleure anzurufen hatten wir keine Veranlassung. Ich sprach dagegen, daß diese Sitzung, weil sie nur einen kleinen Teil der Parteigenossen umfaßte, einen Beschluß in der Angelegenheit fasse, dem ich wollte die Entscheidung einem größeren Kreise der Genossen überlassen. Trotzdem aber wurden die Kontrolleure angegriffen. Durch dies Verhalten der Mehrheit würden wir von unserem Ehrenwort entbunden sein, wenn wir ein solches gegeben hätten. Wir haben aber gar kein Ehrenwort gegeben. In der betreffenden Sitzung sagten wir nur in unserem eignen Namen, daß wir uns um des Friedens willen der Entscheidung fügen würden, und diese ist, wie gesagt, nicht gegen uns angefallen. — Wenn Freythaler in seinem Referat diese Umstände berichtigt hätte, dann wäre ein andres Bild zu stande gekommen. Wir haben den Eindruck, daß die Ausführungen des Genossen Freythaler nur eine Rechtfertigung der Neuorganisation sein sollten. Nach meinen Darlegungen werden hoffentlich die Genossen zu einer andern Meinung kommen.

Damit war die Diskussion beendet und es wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Wahlkreises des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Schönhauser Vorstadt) protestiert energisch gegen die einseitigen und teilweise unvollständigen Ausführungen des Genossen Freythaler in der am 9. Januar im „Eiseller“ stattgehabten Generalversammlung, da dieselben geeignet sind, bei nichtinformierten Parteigenossen falsche Auffassungen über die Entstehung und den Verlauf des Organisationsstreites im sechsten Kreise zu erwecken. Die Genossen der Schönhauser Vorstadt erblicken in einer derartigen einseitigen Darstellung eine Schädigung der Parteinteressen und verurteilen ein derartiges Vorgehen auf das schärfste.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde beschlossen, daß die Zahl- abende am zweiten Montag im Monat, und die regelmäßigen Vereinsversammlungen am ersten Dienstag des Monats stattfinden sollen. — Wunsch machte auf die bevorstehende Arbeitslosenzählung aufmerksam und ersuchte die Genossen um rege Beteiligung an derselben. — Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit den Worten: Ich werde nicht, wie es unsere Genossen auf der andern Seite thaten, mit der Aufforderung schließen, den Kampf gegen die eignen Parteigenossen aufzunehmen, sondern ich schließe mit der Aufforderung, zu agitieren und zu arbeiten für unsere gemeinsamen Interessen, und unsere politischen Gegner geschlossen zu bekämpfen. Die Aufforderung zum Kampf gegen die eignen Genossen ist unwürdig. Hierauf brachte der Vorsitzende ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie aus.

Humanitäre Gemeinde, Niederwallstr. 12, in der Kula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule. Am nächsten Sonntag, vorn. 10 1/2 Uhr, hält Herr Dr. Rudolf Benzig den dritten Vortrag des Cyklus: Bilder aus der Religionsgeschichte. 3. „Wohndienst früher und heute.“ Damen und Herren haben freien Zutritt.

Es werde Licht! Verein zur Unterhaltung und Belehrung. Heute abend 9 Uhr, Redenerstraße 45: Versammlung. Tagesordnung: 1. Vorlesung 2. Diskussion.

Schöneberg. Heute abend im großen Saale von E. O. H. Reiningerstraße 8: Öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen S. Schubert über die neue Gewerbegerichts-Novelle. Berichterstattung über die zweijährige Amtstätigkeit der Gewerbegerichts-Beisitzer und Auffstellung von Kandidaten für die Gewerbegerichtsämter.

Erwidlung.

Herr Heinrich Cunow hat in der Nummer des „Vorwärts“ vom 10. Januar sich gegen Angriffe verwehrt, die ich anlässlich einer Weisprechung der bekannten Calwerischen Broschüren in den „Socialistischen Monatsheften“ gegen ihn — angeblich zu Unrecht — erhoben haben soll.

Ich hätte gegen die Form seiner Antikritik eine Menge Einwendungen zu machen, so namentlich gegen die den journalistischen Gepflogenheiten völlig Hohn sprechende Methode, die volle Wisten-larte des literarischen Gegners an den Kopf der Polemik zu setzen. Aber ich lege diesen formellen Entgegnungen kein Gewicht bei.

Auf den Inhalt der „Mißbilligung“ des Herrn Cunow habe ich folgendes zu erwidern:

Daß es Herrn Cunow gleichgültig ist, ob ich seine Ansichten für falsch oder richtig halte, bedauere ich zwar, weil ich Herrn Cunows

*) Wegen Raumangels zurückgestellt. Red. d. „Vorw.“

literarischer Tätigkeit mehr Berechtigung widerfahren lasse, aber ich werde mich damit abfinden haben. Die Wichtigkeit oder Wichtigkeit seiner Ansichten haben mich jedoch keineswegs an sich zur Polemik bewegen, sondern vielmehr die Tatsache, daß infolge der maßgeblichen Stelle, an der seine Kritik veröffentlicht wurde, die absolut einseitige Wiedergabe des Inhalts der Calverischen Broschüren, der geradezu empörende Vergleich mit Rußland und schließlich auch die ansehnlich harmlose Ausführung einer Kritik der „Deutschen Tageszeitung“, geeignet sind, einen Parteigenossen, der uns offiziell im Reichstag vertritt, bei der Arbeiterkassen zu diskreditieren.

Nachdem die Calverischen Kritiken in Nr. 177 und 179 zur Hand, nachdem man die Calverischen Broschüren gelesen hat und man wird mir zugeben, daß Calvers Darstellungen völlig verkehrt wiedergegeben sind, obwohl seine Sätze — auch nach meiner Ansicht — klar und unmissverständlich sind.

Ich halte es nun für meine Pflicht, die früheren Beschuldigungen, die Herr Cunow mir zu machen für gut befindet, energisch zurückzuweisen.

I. Herr Cunow schreibt, nachdem er einen Teil meiner Kritik abgedruckt hat: „Danach muß jeder annehmen, daß ich geschrieben habe, nach Calvers Ansicht würde „fiets“ der Zoll vom Ausland getragen. Thatsächlich aber hat Bernhard dieses „fiets“ einfach erfunden; deutlich heißt es in meiner Kritik, Nr. 179, 1. Spalte, Zeile 58 von unten: „Calver versichert, daß der exportierende Staat — soll wohl heißen die exportierende Fabrik oder der Exporteur — in der Regel den Zoll trägt.“

Daß Herr Cunow das Wort „fiets“ geschrieben hat, habe ich nie behauptet, aber er baut einen großen Teil seiner Kritik auf dem ungeschriebenen Wort „fiets“ auf. Er findet es nämlich für gut, statt der von Calver gebrauchten Worte „in der Regel“ das etwas weniger harmlose Wortchen „regelmäßig“ zu verwenden. In Nr. 179 des „Vorwärts“ schreibt Herr Cunow folgende, auch formell beachtenswerte Zeilen:

„Von einer regelmäßigen Bezahlung des Zolles durch das Ausland kann gar keine Rede sein, das zeigt schon allein der Preisunterschied zwischen Waren derselben Art und Qualität auf zollfreien Märkten, besonders an den Grenzen, wo zwei Länder mit verschiedenen Tarifen zusammenstoßen.“

Noch lächerlicher ist es aber anzunehmen, daß eine Exportfirma andauernd mit Verlust arbeitet und doch den Export nicht einstellt, und zwar gar, wie Calver glaubt, mit regelmäßigen Verlusten von 50—60 Proz. Gewinns wird manches Exportgeschäft gemacht, an dem nichts verdient, sondern sogar direkt verloren wird; das eine Mal handelt es sich vielleicht um Abstoßung großer, nicht mehr recht gangbarer Artikel, das andre Mal um sogenannte Einfuhrungsgeschäfte, d. h. um Versuche, auf einem neuen Absatzmarkt festen Fuß zu fassen usw., ja nach einzelnen Gegenden, z. B. Südamerika, ist das Exportgeschäft überhaupt halbes Spekulationsgeschäft. ...

Ich möchte Calver bitten, sich einmal die großartigen Willen, Parks, Equipagen etc. der Hamburger und Bremer Exporteure, und der speziell für den Export arbeitenden Großfabrikanten anzusehen und mir dann zu sagen, ob er wirklich glaubt, daß jene Herren ihre ansehnlichen Ausgaben aus ihren fünfzigprozentigen Verlusten bestreiten. Seine ungewöhnliche Fähigkeit des Glaubens erinnert an den in manchen Ladengeschäften üblichen Brauch, jedem Käufer zu versichern, daß an der Ware nichts verdient wird, und dabei erweitert der alles zum Selbstkostenpreis abgebende Geschäftsinhaber alle paar Jahre sein Geschäft, kauft sich ein Haus usw. Nach Calverischer Logik alles von dem Geld, das der betreffende Geschäftsmann nicht verdient hat.“

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

II. Herr Cunow läßt sich weiter vernehmen: „Seite 20 erlaubt sich Bernhard den folgenden weiteren Angriff: „Dabei, daß nur mit Verlust exportiert wird und daß die Verluste gar die Höhe der Zölle, d. h. in manchen Fällen 50 bis 60 Proz. des Wertes erreichen, steht bei Calver kein Wort, das steht vielmehr nur in Cunows lebhafter Phantasie.“

Nach dem oben wiedergegebenen Ausführungen Cunows über die Willen und Verlustgeldern wird der Leser beurteilen können, wer das „nur mit Verlust“ erfunden hat.

Herr Cunow schreibt dann weiter: „Was aber die Verluste von 50—60 Proz. anbelangt, genügt der Hinweis auf nachstehende Calverische Sätze: ...“

„Mit welchen Verlusten der deutsche Export aber zum Teil zu arbeiten gezwungen ist, davon mache man sich eine Vorstellung, indem man erwäge, daß Länder, mit denen wir überaus reg. Handelsbeziehungen unterhalten, Zölle bis zu 50—60 Proz. des Warenwertes von unserem Export erheben.“

Und, jedes Mißverständnis ausschließend, heißt es S. 32: „Von den circa 800 Millionen Mark Zolleinnahmen, die in den Vereinigten Staaten im Jahre 1898 auf 1899 eingingen, wurden aus der deutschen Einfuhr circa 200—250 Millionen, also annähernd 25 Proz. derselben, aufgebracht. Wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, zahlt aber bei industriellen Waren den Zoll heutzutage das einführende Ausland.“

Nach der deutschen Statistik betrug die Einfuhr in die Union 1898 = 335, 1899 = 378 Millionen Mark. Ob der angeblich von deutscher Seite bezahlte Zoll von 200—250 Millionen Mark 50 bis 60 Proz. der obigen Einfuhrsummen ausmacht, kann ich ebenfalls der Beurteilung jedes Lesers überlassen.“

Ich muß noch dieser Erklärung annehmen, daß Herr Cunow zu den 50—60 prozentigen Verlusten wirklich durch jene unständliche Berechnung aus den statistischen Zahlen gekommen ist und nicht durch die bloße Ausführung der Zollprocente. Aber selbst dann ist die Kritik des Herrn Cunow absolut falsch. Denn auch Calver denkt gar nicht daran zu behaupten, daß wir nun auf alle industriellen Waren den Zoll in voller Höhe bezahlen. Er hat seine Stellung zu dieser Frage ganz genau in seiner Arbeit über die Weistbegünstigung ausgeführt. Daß 200—250 Millionen 50 bis 60 Prozent von 378 Millionen ausmachen, ist nicht zu bestreiten, daß dieser Zoll aber von deutscher Seite bezahlt wird, ist eine freie Erfindung des Herrn Cunow. Bei Calver steht nichts davon.

III. Was endlich die mitteleuropäische Zollunion anbelangt, so freue ich mich, aus der Erklärung des Herrn Cunow zu entnehmen, daß er darüber nicht hat spotten wollen. Ich habe seine Ausführungen als Spott empfunden. Denn es ist der Ton, der die Russe macht.

Die Feindseligkeit, die Herr Cunow hinsichtlich seiner Person meiner Kritik gegenüber an den Tag gelegt hat, verläßt ihn hoffentlich auch nicht, wenn er in Zukunft über die Publikationen von Parteigenossen in vernünftiger autoritativer Weise zu Gericht sitzt.

Georg Bernhard.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera
Im Hörsaal um 8 Uhr:
Dr. P. Spies über Magnetismus.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Theater.

Donnerstag, 16. Januar.
Opernhaus. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Gastspiel des Pariser Schauspielers Gensambles. Gringoire. Le Médecin malgré lui. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Weissager. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Al-Haidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Heuberg. Die japanische Base. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nenes. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien. Jar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Teiles Pilsener-Sankt Brettl. Anfang 8 Uhr.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer
Phänomenale Muskulatur!

Central-Theater.

Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.
Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. — Sonnabend, den 18. Januar, nachm. 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den Zwergen. Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr, bei halb. Preisen: Der Bienenbaron.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Gastspiel von Minna Wiggelt.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernst Gutnot. Musik von Jean Gilbert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Das Jungfernstift. — Sonnabendnachmittag: Klein Däumling und der Menschenknecht.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen über rali gestattet.
Sonnabend, den 18. Januar:
2. Metropol-Theater-Ball.
Brunnenstrasse 16.
Unser Liebling
oder: Mensch ärgere Dich nicht.
Feste mit Gesang in 4 Akten von Leon Trepnow. Musik von G. Steffens.
Heute: Tanzkränzchen.
Freitag:
Der Feiermann u. sein Pflegekind.
Trionon-Theater
am Bahnhof Friedrichstrasse zw. Charlotten- u. Universitätsstr.
Lebende Lieder.
Anfang abends 8 Uhr.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Revisor.
Lustspiel in 5 Akten von Nikolai Gogol. Deutsch von G. v. Schabetsky.
Freitagabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Einsame Menschen.

E. von Wolzogens

Buntes Theater (Vorbrettel)
Köpenickerstr. 68.
Täglich abwechselndes Programm.
Lina Abarbanell.
Nora-Parodie. — Neu: Malentanz, Tansduett von Bierbaum, Musik von Schindler. — Bahmsche Volkslieder. Anfang 8 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.
Zum letztenmal:
Die Badepuppe.
Freitag: Geschlossen.
Sonnabend: zum erstenmal:
Seine Kleine.
Große Berliner Kindertanzsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg:
Grant u. Maud
Willi Walden
Stack u. Milton
D' Loischthaler
Georg Kaiser u. Ilka Paulet
König Aqua.
Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.

Die neueste Sensation!
Damen-Luftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.
Michel Mayer,
der stärkste Mann der Welt, zahlt
1000 Mark
dem, der seine Hanteln nachholt.
Gifford. — Barsakow-Gruppe. — Jim u. Jam. 16 erstkl. Nummern.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
Schwank in Gesang u. Tanz in 3 Akten. Emil Sondermann u. G. Wigi Dirner, Herta Maxton, Ferd. Worms, Werner, Kettner.
Hierauf: **Er.** Pariser Lebensbild in einem Aufzuge.
Wilde Partys, Leopold Thurner als Wäpe. Anfang 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das mit kühnster Beifall aufgenommene erstklassige **Januar-Programm.**
Nur noch kurze Zeit!
Die ewig neue lustige **Kuchstabs-Gesangs-Burleske Großstadtzauber.**
Gugo Lustig: Dir. R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Sorverkauf von 11—1 Uhr.
Sonnabend, den 18. Januar:
Wegen Privat-Festlichkeit geschlossen.

Casino-Theater.

Vottingerstr. 37.
Debut der reizenden Schwebelinnen **Geschw. Livée.**
Nur noch kurze Zeit „Weihnachten“, Wänter etc.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.
Donnerstag, den 16. Januar 1902:
Zum 63. Male:
Vorstellung vor Serenissimus.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Charivari-Brett'l

Alte Jakobstr. 37.
Pepi Weiss
Helena Dyas
Stella Ruth
Albert Kühne
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sängler
Neu!
Die Zillerthaler.
Neu!
Die Volkstänzer.
Nach jeder Vorstellung: **TANZ.**
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Zum 102. Male:
Abendlich stürmischer Beifall!
Quer durch Paris.
Größtes und glänzendstes Manege-Schauspiel in 8 Akten. Vorher: Die großartigen Januar-Specialitäten. Jede Nummer ein Schlager. u. a.: Sensationelle Reizeit!

Mirza Golem-Truppe.

Reu! Ein Märchen aus 1001 Nacht.
Reu! Jeux courtois au Kamalo.
Reu! Parolach-kaukasische Karawane.
Reu! Das höchst spannende Wett- und Kunstfahren der **Original-Bicycle-Truppe.**
Reu! Tandem-Wettfahren.
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Treffuren.
Reu! Orig.-Bim-Bom, musikal. Clowns

Cirkus Busch

Donnerstag, 16. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung **Klondike Orig.**
Fantomine des Cirkus Busch. Die räthelhafte **Comtesse X.**

Cirkus Renc-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr.
Sonntags 5 Uhr.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Dankagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, meines guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers 20758
Gustav Wendt
sagen wir seinen Arbeitskollegen, dem Centralverein deutscher Böhmer, Filiale Berlin, sowie Freunden und Bekannten besten Dank.
Die trauernden Geschwister.
20810

Dankagung.

Sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Giesl und Kollegen der Firma Engel u. Comp., sowie dem Centralverein der Guttmacher für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank.
20810
Witwe Strauss.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Bräuerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12—2 Uhr.
Oekonom: Gustav Prellinger.

Wandel-Panorama

Orient-Reise auf der Luftschicht „Prinzessin Victoria“
Luisa: Borst.
täglich 12, 3, 5, 7, 9 Uhr.
Eintritt 50 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sängler.
Anfang Wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Indische Menagerie

im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Göttingerstraße 1—7.
Täglich 3 große Vorstellungen, 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie **Löwen-Ringkampf** und **Fütterung** um 4 u. 8 1/2 Uhr.
Entree: I. Platz 1 Mk., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf 1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direction: Froese.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer
Bismarckstr. 1.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, meines guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers 20758

August Trogisch

sagen wir allen, insbesondere dem Personal der Firma Emil Billig Nachf., dem Buchdrucker-Druckereibetrieb, Berlin (Zahlfle 2), sowie allen Freunden und Bekannten aufrichtigen Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands

Zahlflehe Charlottenburg.
Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege
Fritz Ross
am Montag, den 13. Januar, im Alter von 37 Jahren an einem Herzleiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Volkshauses auf Westend aus statt.
Um rege Beteiligung aller Kollegen bitten
136/12 Die Erbsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Heidenhauser
Carl Noack
am 13. Januar an der Proletarierkrankheit verstorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, am dem Charité-Friedhof in der Gauschstraße statt.
Zahlreichen Besuch erwartet
110/9 Die Erbsverwaltung.
Berlin, 15. Januar 1902.

Achtung! Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Albert Wolter
am 12. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 1 Uhr, vom Krankenhaus-Friedhof aus, statt.
Der Vorstand.

Emilie Staecker

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter u. Tochter
Emilie Staecker
geb. Braune, am 14. Januar, früh 8 Uhr, nach langem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Stieglitz Leichenhalle aus statt.
Dies zeigen tief betrübt an
Der trauernde Gatte
Reinhold Staecker nebst Kindern und Schwiegermutter.

Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer
Bismarckstr. 1.

Das beliebteste aller Hustenmittel
und infolge des angenehmen Geschmacks und Spitzwegerichs-Bonbons. Nur allein der durchaus sicheren Wirkung meine echten bei **Carl Scherz**, Bismarckstr. 32, und **Otto Schulz**, Gauschstraße 84, vis-a-vis der Leichenstraße.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Her 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt VII, 353.
Freitag, den 17. Januar 1902, abends 6 Uhr:
Versammlung
aller in der
„Union“ beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
in der „Kronen-Brauerei“, Alt-Moabit 47-49.
Tages-Ordnung:
1. Berichtserstattung der Prüfungskommission über die Unterhandlung mit der Betriebsleitung. 2. Diskussion. 110/10
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Frauen-Vortrag
morgen Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Stechert.
Herausgeber: 21. Frauenheimliche Grundmann über
„Schwangerschaft“. Eintritt 20 Pf., eine Broschüre gratis.
Berliner Naturheilverein. Geschäftsstelle und Kursusort: Köpenicker-
Straße 72. 11-2 und 6-8 Uhr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr,
im Carl Weiss-Theater, 2./3. Abteilung:
Dantons Tod.
Gleichzeitig nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lessing-
Theater, 10./11. Abteilung:
Die Medaille. Der eingebildete Kranke.
228/3 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Stecherts Festsäle, Andreas-Straße Nr. 21.
Sonabend, den 25. Januar 1902:

Großer Wiener Maskenball

veranstaltet vom [2074b]
Arbeiter-Badschneider-Verein „Berlin“
(Mitglied des Arbeiter-Badschneider-Bundes „Solidarität“).
Anfang 8 1/2 Uhr. - Entree 50 Pf.
Hierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**
Donnerstag, den 16. Januar, Kolbergerstr. 23: Versammlung.
Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. **Der Vorstand.**

Achtung! Meinen werten Freunden und Bekannten zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich
Neue Promenade 4 vis a vis Bahnhof Börse
eröffnet habe. - Um geneigten Zuspruch bitte ich ergebenst
Paul Rietz (früher Brunnenstr. 4, Schultheiss)
Angenehmer Familien-Aufenthalt. - Jeden Abend Frei-Konzert.

Chronisch Kranke,
besonders Haut-, Hals-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutarml, Blutsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in [3118L]
Remeles Naturheilanstalt „Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin.
Während der Wintermonate **sehr billige Preise.** Centralheizung. Arztl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
[3128E] **D. Wurzel & Co.** Ecke
jetzt: Köpnickersstrasse 160, Mantelstrasse.
Max Kliems Festsäle
Gartenstraße 13-15.
Umstände halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige Sonabende im März und der Palmsonntag frei geworden. [3203E]
Bühne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnstehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

Lese- und Diskutier-Klub „Süd-Ost“.

Am Sonntag, den 19. Januar 1902, in den Gesamtträumen des Gewerkschaftshauses:
XI. STIFTUNGS-FEST
bestehend in
Künstler-Konzert,
ausgef. v. Mitgl. des Berl. Sinfonie-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Herrn M. Fischer.
Mitwirkende:
Konzertsängerin Frau Weinberg-Götze. Opersänger Herr Hans Weinberg.
Cesangs-Abteilung „Fackel“. Berliner „Ulz-Trio“.
— Festrede — Paul Singer. —
In den unteren Sälen von 5 Uhr ab: **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.
Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pfennig.
Liedertexte an der Kasse gratis.
Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen, da während der einzelnen Piecen die Saalthüren geschlossen werden.

Unsre Bilanz vom 3. März 1901 wird dahin berichtigt, daß die Gesamt-Haftsumme nicht 16380 Mark, sondern nur 780 Mark beträgt.
Berlin, den 15. Januar 1902.
Möbelfabrik „Eiche“
G. m. b. H.
20765 Johann Neubaus,
Vorstand des Aufsichtsrats.

Künstliche Zähne
ohne Wurzel-Entfernung? **Garantiert schmerzlos!**
Zahn- u. Wurzel-Operat., Plomben etc. Langjährige Garantie.
Teilzahlung Woche 1 Mark.
Bruno Steffens, Neanderstr. 21

Waarschuwing.

DIENSTPFLICHT IN NEDERLAND.

Ingevolge het Koninklijk Besluit van 16 November 1901 (Staatsblad n°. 222) treedt de gewijzigde wet betrekkelijk de Nationale Militie in werking op 1 Januari 1902.
Krachtens de daarin vervatte nieuwe voorschriften zijn **Nederlanders**, uit hoofde van hun verblijf of dat van hunne ouders of voogden in Duitschland, **niet meer vrijgesteld van verplichtingen ten aanzien van de Nationale Militie in Nederland.**
Aan alle Nederlanders, in Duitschland verblijf houdende, en in het bijzonder aan hen die zijn geboren in het jaar 1883, alsmede aan alle in Duitschland gevestigde ouders of voogden van minderjarige Nederlanders van dien leeftijd, wordt dus **dringend** aangeraden zich ten spoedigste te vergewissen omtrent de verplichtingen, welke de wet hun mocht opleggen, en waaraan zij vóór 31 Januari zullen moeten voldaan hebben.
Niet naleving dier verplichtingen wordt gestraft en stelt den militieplichtige aan verdere nadeelige gevolgen bloot.
Aan het Nederlandsche Gezantschap te Berlijn en aan alle Nederlandsche consulaten zijn op aanvraag exemplaren van een uittreksel uit de Militiewet 1901, bevattende de ten deze in aanmerking komende wettelijke voorschriften, gratis verkrijgbaar.

Ziehung 6. Februar u. folgende Tage öffentlich im Rathause zu Danzig.

Genehmigt durch Allerh. Erlaß 300 000 Lose dem unter dem Protektorat Sr. Majestät des Kaisers u. Königs Wilhelm II. stehenden
Verein für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg
Lose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pf. extra.
8840 Geldgewinne zahlbar ohne Abzug
355 000 Mk.
Hauptgewinne: Mk.
60 000
50 000
40 000
30 000
20 000
10 000
4 à 2500 = 10 000
10 à 1000 = 10 000
20 à 500 = 10 000
100 à 100 = 10 000
200 à 50 = 10 000
1000 à 20 = 20 000
7500 à 10 = 75 000
Marienburger Lose versendet der General-Dablt Bank-Geschäft
Lud. Müller & Co., in Berlin, Breitestr. 5 und in Hamburg, Gr. Johannisstr. 21.
Telogr.-Adr. Glücksmüller.

Wachtung! Vereine!
Sonabend, den 1. März, ist noch zu vergeben. [3268E]
Establisement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.
Spezialarzt für 3/18
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Frauenleiden heilt mit gutem Erfolge
Frau Grundmann, prakt. Naturheilkundige, Leiterin der Frauen-Heilanstalt, Köpenickerstr. 72. Sprechst. Dienstags und Freitags, nachm. 4-8.
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**
Königsgrünerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

THE FINANCIAL AND COMMERCIAL BANK, LIMITED.
(FINANZ- & HANDELSBANK)
Capital, £ 300 000 Fully Paid. Aktienkapital RM. 6 000 000 Vollbezahlt.
28, Clemens Lane, Lombard Street, LONDON, E.C.
Telegraph-Adresse: AMIRALAT, LONDON.
AN- und VERKAUF von Wertpapieren zu der LONDONER Börse. BEIHALTUNG von sämtlichen in London und Berliner Börsen kursierenden Wertpapieren bis 95 % d. des Kurswertes. Lombardkredit von 4 % angez. Kontokorrentkredit. Wechselkontingente. Tägliche Kursergebnisse. Anfragen über alle an der Londoner Börse gehandelte Effekten werden ausführlich beantwortet.

German Deutsch, Liebenwalder-Strasse 5, und August Nische, Liebenwalderstrasse 285/9 werden hiermit aufgefordert, umgehend ihre Verpflichtungen bei uns zu regeln.
Lese- und Diskutierklub „Nordkante“.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.
Auskunft bis abends neun. [3234E]

Masken-Garderobe
von **Carl Ernst,** Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorzeiger dieser Annonce erh. 10 % Preisermäßigung

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant, gut gehend, umstände halber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Schornberg, Charlottenburg, Seidenheimerstraße 1. [114]
Gedekoration an der Markthalle, altes Geschäft, Großkette. Auskunst Seidenstraße 38, Restaurant. [180]
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. [137]
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 4-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. [974E]
Teppiche! (lederhaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Sackfischermarkt 4, Bahnhofs Börse. [111/7]
Spezialbilg. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Verkaufshaus Neanderstraße 6. [47]
Hobelbank, auch kleine, billig, Döwly, Magistrate 76. [180]
Teppiche mit Herdenbilden, Badzuberlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. [137]
Geldene Damenhüllen (von 10 Mark an), silberne Remontoiruhren (von 5 Mark an) Deutsches Verkaufshaus, Köpenickerstraße 11/12. [112]
Musikwerke mit auswechselbaren Rotenscheiben, geringe Teilzahlung. S. Kurzbier, Landbergerstraße 13.
Rahmaschine (H.B.), gut erhalten, spottbillig zu verkaufen, Markt-Heimstraße 1.

Rahmaschinen, sämtliche Systeme, auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erweiternd. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Turmstraße 39 und Bernauerstraße 47 B. [932E]
Malztrübier, Malztrübier, für Buntarme, Braunkraut, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 2,50. Keine Nachzahlung, Qualität entspricht. Fortsetzerei Ringler, Bernauerstraße 119. [111/6E]
Cigarrentouren (Schneider, Moser - Romanbantenstraße) wird jetzt spottbillig und verkauft Deutsches Verkaufshaus, Köpenickerstraße 11/12. [112]
Steppdecken billigst Hadrit Große Frankfurterstraße 9, parterre. [137]
Kanarienhähne, Suchselweiden, Hebräerhähne 6. [1907E]
Zwei Mark Bierbelagende Damenleiden, Herdenbilden 3. - Ausstattungen sowie elegante Heften, mehr spottbillig. Verkaufshaus Neanderstraße 6. [47]
Seit, produktiv, 17,00, Möbel, Köpenickerstraße 26. [2086E]
Kolonie Hausfelde, Döwly, Markt-Heimstraße 151. [2080E]
Tournebad, Adresse halber preiswert zu verkaufen. Vange, Firdorf, Köpenickerstraße 9. Beschäftigung Sonntag. [2083E]
Metallbetten, Kahlwerts, Rohr-Sportwagen, Vogelbauer mit Fänder, sehr preiswert. Kappold, Magistrate 17. [2077E]

Rahmaschinen, preiswerteste Besorgung, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort. Landbergerstraße 62, Köpenickerstraße 60/61. [78E]
Rehabilitation, nahe Viehhof, fränk. heilend, verlässlich, billige Miete. Zu erfragen Weidenweg 52. [2064E]
10 Mark elegante Abendmäntel, Kostümstoffe, sehr billig. Salomonstr. Weidenstraße 60. [2080E]
Schlafsaal, 20 Mark, wie neu, Nachstraße 40, Tapezier. [5/11]

Rechtsbureau Wulfow, Stalitzerstraße 141. [2051E]
Rechtsbureau Julius, Eiserstraße 55. [2063E]
Bibliothek! Wer sich über die russische Grenzschutz unter Zeit unterrichten will, verlange die Freigabblätter des Reichsbundes gegen Bibliothek, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichsbund Berlin, Königsgrünerstraße 108. Dasselbe können auch Referenten für Vorlesung in Arbeitervereinen über Bibliothek bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebittet. [161E]
Rechercheson, Brodhaus und alle andren Bücher kauft, beleibt Gannemann, Kochstraße 56, I. Kauf VI, 3367. [982E]
Viederkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Marktstraße 101. [130/2E]
Gold, Silber kauft Brunnenstraße 157 (Uhrmacherladen). [2068E]
Fahrrad kauft Brunnenstraße 157 (Uhrmacherladen). [2067E]
Cigarren, Brillanten, Bücher, Warenposten, sowie alles Brauchbare beleibt (sodahlst hoch Deutsches Verkaufshaus (Köpenickerstr.), Köpenickerstraße 11/12. [110/19E]
Rehabilitation habe eröffnet. Karl Schmidt, Bernauerstraße 37. [959E]
Rechtsbureau, Ehevermittlung, Interventions-, Unfallschaden, Anwaltsgehalte, Rotterteilungen. Vintenstraße 16/17. [136/4E]
Gangbare Geschäfte jeder Art habe zum Verkauf, in Berlin und billigen Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Wulfsstraße 27. [2072E]

Stroffachen, Stroffachschub, Anoden, geluche, Stellungsgeluche, Zahlungsbelege, Rotterteilung, Wulfow, Stalitzerstraße 141. Sprechstunden: Abends, Sonntag. [2050E]
Erkläre hiermit die Beleidigung gegen Frau Vange, Prinzenstraße 12, für erlunden. Otto Grenz. [2085E]
Erkläre Herrn Hugo Bauer und Frau für ehrenhaft. Bollner. [2082E]
Jubiläum. Verein soll gegründet werden Marktgrabenstraße 9. [2075E]
Auserkennung eleganter Herren-garderobe Teilzahlung gestaffelt. Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.

Suche Baldschellen, Ammerstr. 2, vorn 4 Treppen bei Böllner. [1296E]
Stellenangebote.
Tüchtiger Kaffeebar für Gind-dienstmädchen für einen Bau in der Schönhauser Allee verlangen Fischer u. Co., Koch-Viertelstraße 12, III, [2087E]
Belegenschreiber für Goldschmiedsucht G. Probst, Köpenickerstraße 37. [1907E]
Arbeitsbörse, 7 Mark Lohn, verlangt Wienerstraße 12, III, [2087E]
Musen Arbeiterin (bessere Boden) Sehe, Reichenderstraße 107, IV, [1907E]
Mamsell auf bessere Post-Paletts verlangt Schulze, Köpenickerstraße 41.
Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorzuheben Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Ein Meister
gesucht, welcher erfahren ist in der Herstellung von Gegenständen - Platten, Rahmen etc. - aus Steinholz resp. Folienstein oder Sodalstein Content. Stellung im Auslande. Offerten mit Gehaltsanprüchen an **Haasenstein & Vogler, A.-G.,** Köln a. Rh., unter H. 3564a. [109/4]

Parteilgenossen in den Vororten! Versäumt nicht, die bis zum 30. d. M. anliegenden Wählerlisten zu den Gemeindevahlen einzusehen oder durch die am Mittwoch bekanntgegebenen Parteilgenossen einsehen zu lassen!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

1. Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, im Feenpalast, Burgstr. 22, eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse August Bebel über: „Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Berücksichtigung des Boerenzuges“ referiert. Näheres siehe Inserat am Freitag.

Banow. Die Wählerlisten zu den bevorstehenden Gemeinderats-Wahlen sind an folgenden Stellen einzusehen: S. Klingenberg, Kaiser-Friedrichstraße 12; J. Mirke, Berliner- und Mühlentorstraße 25; C. Hoffmann, Mühlentorstraße 25; Clemen, Wollant- und Göttschstraße 25; Köhner, Eigarren-geschäft, Drehmstr. 60; Richter, Wollantstr. 92; Löse, Wollantstr. 59.

Köpenick. Zu den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen wird am Freitagabend ein Flugblatt verbreitet werden. Die Parteilgenossen werden ersucht, sich von 5 Uhr ab bei Stippelohl einzufinden; auch wollen die Bezirksführer pünktlich zur Stelle sein.

Ablerhof. Heute, Donnerstag, ist eine wichtige außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins bei Scheer.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in der Gambrinusbrauerei, Wallstr. 94, die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Der wichtigsten Tagesordnung wegen erlauben wir die Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Tokales.

Polizei und Publikum.

Von einer neuen Verkehrsregelung nach Pariser und Londoner Muster wuhlen die Zeitungen in den letzten Wochen allerhand zu berichten. Jetzt sendet auch der Polizeipräsident der Presse eine Mitteilung zu, worin auf die glückliche Verkehrsregelung in den ausländischen Weltstädten hingewiesen und besonders dargelegt wird, daß ein Erfolg in Berlin nur dann eintreten könne, wenn wie in London und Paris das Publikum und „sämtliche Verkehrsfaktoren“ es nicht an verständnisvollem Entgegenkommen fehlen lassen. Dieses Entgegenkommen, so heißt es.

„soll in dem widerspruchsfreien, verständnisvollen Eingehen auf die Anordnungen meiner Beamten bestehen. Die Anordnungen werden aber nicht nur durch bestimmte Zeichen erteilt werden, was oft mit Zeitverlust verbunden ist, sondern häufig lediglich durch den von den Schutzleuten auf dem Straßendam vorgegenommenen Platzwechsel zum Ausdruck gelangen. Es muß sich daher jeder Fahrer eines Fuhrwerks beim Passieren verkehrreicher Straßenkreuzungen zur Gewohnheit machen, lediglich aus der Stellung des den Verkehr regelnden Beamten ohne weiteres zu entnehmen, ob für seine Richtung die Fahrt freigegeben ist oder nicht. Bei einiger Übung wird dieses gegenseitige Verständnis sich bald einstellen.“

Zum Schluß erklärt der Polizeipräsident, er lege besonderen Wert darauf, daß das Publikum dieses verständnisvolle Entgegenkommen freiwillig leiste und er davon Abstand nehmen könne, durch die ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel dieses Verständnis zu erzwingen.

Jeder vernünftig denkende Mensch kann es nur billigen, wenn der Polizeipräsident auf diese Weise das Verständnis für die im Verkehrsinteresse notwendigen Maßnahmen und das Vertrauen in der Beamtenschaft zu heben sucht. Eine Frage ist es allerdings, ob Herr v. Windheim die Berliner Bevölkerung sobald wird davon überzeugen können, daß es das Interesse des Publikums ist, für welches die Polizei zu wirken hat und ob er sich nicht, auch den besten Willen bei der Einwohnerschaft und den Beamten vorausgesetzt, mit einer guten Portion Geduld wird wappnen müssen.

Denn bis jetzt hat die Bevölkerung, so fatal es ist, zuweilen sehr große Mühe gehabt, sich in den Gedanken hineinzuleben, daß die Schutzmannschaft ihre Helfer in und nicht ihre Gegnerin sei; und an dieser unangenehmen Tatsache trägt die Leitung dieser Institution leider auch ihr wohl gemessenes Teil Schuld.

In London fühlt sich jeder Einwohner von Aufwand und Sitte berufen, der Polizei helfend beizuspringen, wo er eben kann. In Deutschland und vor allen Dingen in Berlin geht man auch heute noch zumeist selbst in Fällen, wo Hilfe Menschenpflicht wäre, dem benötigten Schutzmann weitemweit aus dem Wege.

Woran das liegt, braucht kaum gesagt zu werden. Die unendlichen Placereien, denen das Publikum von Seiten der Polizei ausgesetzt ist, die halbe Million Strafbefehle, die es alljährlich im Deutschen Reich oft wegen der unbedeutendsten Uebertretungen regnet, das beständige Wüten der politischen Polizei und endlich die Ausschreitungen von Schutzleuten, die schlimmen Abenteuer auf Polizeiwachen wirken zusammen, um die Einwohnerschaft statt des notwendigen Vertrauens mit Mißtrauen und Uebelwillen gegen die Behörde zu erfüllen.

Wir wollen nicht verkennen, daß in den letzten Jahren Zeichen der Verbesserung zu bemerken gewesen sind. Fälle, wie die unter Herrn v. Richtigshofen vorgekommenen, daß der Polizeipräsident bei einer von einem Bürger erstatteten Anzeige wegen polizeilicher Ausschreitungen dem in Betracht kommenden Schutzmann, ohne auch nur eine Untersuchung anzustellen, einfach aufgab, wegen Verleumdung Anzeige bei der Staatsanwaltschaft einzureichen und so den Bürger in die Gefahr zu bringen, daß er von einem Brausewetter mit harter Gefängnisstrafe belegt wurde — Fälle dieser Art scheinen nimmerdings doch nicht mehr gut denkbar zu sein. Rausche Gerichtsverhandlungen gegen Polizeibeamte, von denen die Presse Kenntnis gab, sprechen dafür, daß bei der Behörde das ehrliche Streben vorhanden ist, Ausschreitungen von Schutzleuten rückwärts abzuwenden zu lassen und so das Vertrauen des Publikums in die Polizei zu stärken.

Aber da der Geist, von dem die Menschen sich leiten lassen, nicht ohne weiteres durch noch so gute gemeinte Befehle zu ändern ist, so wird noch viel Wasser den Berg hinablaufen und viel Geduld erforderlich sein, bis der deutsche Staatsbürger sich überwinden hat, die deutsche Polizei mit denselben Augen zu betrachten, wie der Engländer die seinige.

Ueber die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen vom November 1901 wird jetzt im „Gemeindeblatt“ auf Grund der amtlichen Feststellungen eine statistische Uebersicht veröffentlicht. Die offiziellen Zahlen weichen von den gleich nach den Wahlen im „Vorwärts“ mitgeteilten nur unwesentlich ab, so daß auf ihre Wiedergabe verzichtet werden kann. In der Hauptübersicht für die drei Abteilungen sind neben die Zahlen von 1901 diejenigen von 1899 gestellt, was allerdings für die dritte Abteilung nur bedingungsweise zulässig ist, da hier nicht alle zwei Jahre

in denselben Bezirken gewählt wird. Hinsichtlich der Stärke der Beteiligung ergibt diese Zusammenstellung, daß von 1899 bis 1901 der Prozentfuß der zur Wahl erschienenen Wähler in der 3. Abteilung von 35,16 auf 41,84, d. h. um 6,68 gestiegen ist, in der 2. Abteilung von 42,65 auf 49,57, d. h. nur um 0,92 gestiegen, also fast unverändert geblieben ist, in der 1. Abteilung von 56,73 auf 52,28, d. h. um 4,45 gesunken ist. Der bekannte Unterschied in der Beteiligungsfähigkeit, der zwischen den drei Abteilungen besteht, ist infolgedessen diesmal bei weitem nicht so stark als sonst. Es muß unentschieden bleiben, ob diese Erscheinung, die immerhin einige Beachtung verdient, eine Folge der Reuegestaltung der drei Abteilungen und der damit zusammenhängenden Veränderung der Zusammenlegung der Wählerschaft ist, oder ob das Interesse für die Kommunalwahlen bei der unbenutzten Bevölkerung zugenommen, bei der demittelten dagegen nachgelassen hat. Die Verschiebung der Beteiligungsfähigkeit ist um so auffälliger, da gerade diesmal in der 3. Abteilung die Gegner der Socialdemokratie in mehreren Bezirken von vornherein auf den für sie ja doch aussichtslosen Kampf fast gänzlich verzichtet hatten, während in einigen Bezirken der 2. und 1. Abteilung von den bürgerlichen Kandidaten mit einer für diese Abteilungen ungewöhnlichen Festigkeit gegen einander gekämpft worden war.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zur unentgeltlichen Benutzung für jedermann, Alexandrinenstraße 26, hat im neuen Jahr wiederum eine lebhafte Steigerung des Verkehrs zu verzeichnen. Nachdem, wie alljährlich, die Weihnachtszeit mit ihren erhöhten Anforderungen an die Verusfährigkeit aller Erwerbstheile sich durch etwas geringeren Besuch bemerkbar gemacht hatte, sind die sämtlichen Räume des Instituts allabendlich wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. In den behaglichen Lesesälen, deren Zeitschriftenbestand jeder Richtung und jedem Geschmack Rechnung trägt, ist die Zahl der ausliegenden Zeitungen und Fachblätter auf 440 gestiegen. Die Nachschlage-Bibliothek ist durch eine Anzahl hervorragender Geschichtswerke bereichert worden, unter denen sich auch die belannte 46 Bände umfassende Deutsche Weltgeschichte befindet. In der Ausleihbibliothek werden noch im Laufe dieses Monats die zahlreichen Renaissanceschriften der schönwissenschaftlichen Abteilung zur Ausgabe gelangen, welche die bemerkenswertesten Erscheinungen der deutschen und ausländischen Litteratur bis in die jüngsten Wochen herüberschließen. Die stetig wachsende Zahl der ständigen Leser der Bibliothek betrug am 31. Dezbr. v. J. 1686. Von diesen sind 2470 gewerbliche Arbeiter; dem Kaufmannstande inkl. der weiblichen Handelsangestellten gehören 1239 an. Ferner wird die Bibliothek ständig benutzt von 111 Ärzten und Juristen, 187 Staats- und Privatbeamten, 163 Lehrern und Lehrkräften, 53 Studenten, 167 Seminaristen, Schülern usw.; 296 Lehrer und Lehrerinnen haben keinen Beruf. Das so schnell vollständig gewordene Institut bietet bildungsbesessenen Männern und Frauen einen Wissensquell, dessen Benutzung mit den denkbar geringsten Mühsaligkeiten verknüpft ist und jedem dringend empfohlen werden kann. Bibliothek und Lesehalle sind an Wochentagen von 10 bis 10 Uhr abends und Sonntags von 9—1 und 3—5 Uhr geöffnet.

Die Neubauten der städtischen Irenanstalt zu Buch sind, soweit es sich um angefangene Rohbauten handelt, schon seit Wochen, wahrscheinlich schon seit dem Herbst, abgedeckt, das heißt, sie sind für vollständige Unterbrechung der Arbeiten während des Winters eingerichtet. Nun ist bis jetzt das Weiter so milde gewesen, daß Bauarbeiten jeder Art ohne irgendwelche Schwierigkeit angefaßt werden konnten. Im Hinblick auf die zur Zeit herrschende allgemeine Arbeitslosigkeit erscheint es durchaus nicht als ein Zeichen sozialer Fürsorge, wenn die städtische Bauverwaltung die Winterruhe schon viel früher eintreten ließ, als es durch die Witterungsverhältnisse geboten war. Bei einer Fortführung der betreffenden Bauten hätten etwa 300—400 Maurer und Bauarbeiter Beschäftigung gefunden, und die Zahl der Arbeitslosen wäre in demselben Maße verringert worden.

Was einer anständigen Dame passieren kann. Fräulein Clara S., eine Angestellte bei einer bekannten hiesigen Firma, wurde in der Nacht zum 20. November v. J., als sie von einem Besuch heimkehrend am Kottbuser Thor einen Straßenbahnwagen erwartete, von einem Kriminalbeamten angesprochen und gefragt, wer sie sei, woher sie komme und wohin sie wolle. Fräulein S. war sich nicht bewußt, dem Beamten Anlaß zum Einschreiten gegeben zu haben, sie war begreiflicherweise über dessen Fragen sehr betroffen, und da sie nicht sicher war, ob sie wirklich einen Beamten vor sich habe, so verweigerte sie die Auskunft und mußte deshalb dem Kriminalschutzmann zur Polizeiwache folgen. Bevor hier ihre Persönlichkeit festgestellt wurde, richtete der Beamte einige Fragen an die Dame, die ihr Ehrgefühl auf das tiefste verletzte, denn aus der Fragestellung ging hervor, daß der Beamte gegen Fräulein S. einen für sie sehr schimpflichen Verdacht hatte. Er fragte die Dame, ob sie unter Sittenkontrolle stehe, ob sie schon öfter angehalten worden sei und dergleichen. Als Fräulein S. nach Feststellung ihrer Persönlichkeit das Polizeibureau verließ, sagte der Beamte zu ihr, er habe sie schon öfter nachts in der Brunnenstraße gesehen, sie solle sich nur vorziehen, daß sie nicht wieder dafselbst betroffen werde.

So stellt Fräulein S. den Sachverhalt dar in einer Beschwerde, die sie gegen den betreffenden Beamten an das Polizeipräsidentium richtete. Als Antwort erhielt die Beschwerdeführerin den Bescheid, daß das Polizeipräsidentium keinen Anlaß habe, gegen den Kriminalschutzmann einzuschreiten, denn dieser sei berechtigt gewesen, gegen die Beschwerdeführerin vorzugehen, da sie — wie durch das Zeugnis des beteiligten und eines anderen Kriminalschutzmannes erwiesen sei — ein auffälliges und anstößiges Verhalten zur Schau getragen habe, und auch schon früher wiederholt in später Abendstunde in der Brunnenstraße durch ihr auffälliges Benehmen die Aufmerksamkeit der Beamten der Sittenpolizei auf sich gelenkt habe.

Dieser Bescheid war eine neue peinliche Ueberraschung für Fräulein S., denn es wurde ihr ja durch die Aussagen zweier Beamten ein Mal angenommen, zu dem sie ihrer Ueberzeugung nach keinen Grund gegeben hat. Fräulein S. behauptet auf das Bestimmteste, daß ihr angeblich „auffälliges und anstößiges Verhalten“ an jenem Abend, wo sie festgenommen wurde, nur darin bestanden habe, daß sie, nachdem sie in einem vollbesetzten Straßenbahnwagen keinen Platz mehr fand, sich auf dem Wege zur nächsten Haltestelle öfter nach dem erwarteten folgenden Wagen umblinnte. Daß sie aber gar schon an früheren Abenden durch auffälliges Benehmen die Aufmerksamkeit der Sittenpolizeibeamten erregt haben könnte, stellt die Dame entschieden in Abrede. Sie ist bereit, den Beweis dafür anzutreten, daß sie in der Regel um 9 Uhr abends aus dem Geschäft nach Hause kommt und dann auch nicht mehr ausgeht.

In einer zweiten Beschwerde, welche Fräulein S. an das Polizeipräsidentium richtete, forderte sie insbesondere die Wahrung des Rechts, daß der Beamte, welcher sie festhielt, Fragen an sie richtete, die sie schwer verletzen mußten, obgleich doch schon die Feststellung ihrer Persönlichkeit allein genügt hätte, um jeden Verdacht gegen sie hinfällig zu machen.

Die Antwort, welche Fräulein S. hierauf am 4. d. Mts. erhielt, geht auf vorstehenden Beschwerdepunkt gar nicht ein, sondern sagt im wesentlichen nur, daß zur Abänderung des ersten Bescheides keine Veranlassung vorliege. Somit hat sich also der Beschwerdebeweg für die in ihrer Ehre gekränkte Dame als erfolglos erwiesen. Zwei Schutzleute behaupten, Bel. S. habe sich ungebührlich betragen, und diese Aus-

sage ist für das Polizeipräsidentium maßgebend, mag auch die betreffende Dame noch so bestimmt das Gegenteil behaupten. Doch hier ein Irrtum vorliegen kann, daß sich die beiden Beamten zur Rechtfertigung und bei ungenügender Strafenbeleuchtung in der Person geirrt haben könnten, dieser Gedanke scheint dem Beantworter der Beschwerden gar nicht gekommen zu sein. Ein Mißgriff muß hier aber in der That begangen worden sein. Schon die äußerste Einfachheit, durch nichts auf fallende Erscheinung des Fräulein S. läßt auf den ersten Blick — auch wenn man hierin nicht die Erfahrung hat, die man bei einem Sittenpolizeibeamten erwarten sollte — erkennen, daß sie nicht zu jenen Damen gehört, auf welche die Sittenpolizei ihr Augenmerk zu richten hat. Fräulein S. ist seit vier Jahren bei einer angesehenen Handelsfirma angestellt. Nach alledem erscheint es uns zweifellos, daß ihr in diesem Fall zu Unrecht eine Kränkung zugefügt worden ist. Unter solchen Umständen würde sich kein Beamter, der ja doch auch wie jeder andre Mensch irren kann, etwas vergeben, wenn er sich wegen eines gewiß unbeabsichtigten Mißgriffs bei der ohne Grund Verdächtigen entschuldigen würde.

Stadtrat Häbner feierte gestern das 25jährige Jubiläum der Mitgliedschaft im Stadtausschuß.

Breisherabsetzung für Coals. Die städtische Gasdeputation hat beschloffen, vom 17. Januar d. J. den Preis für Coals von 1,20 M. auf 1,10 M. für den Hektoliter zu ermäßigen.

Die Milchkonferenz. Man berichtet: Eine Audienz beim Handelsminister hatten gestern in Sachen der geplanten neuen Polizeiverordnung über den Berliner Milchhandel die Herren Dalay und Dieck vom Verband deutscher Milchhändler-Vereine. Wie in einer gestern stattgehabten Milchhändler-Versammlung mitgeteilt wurde, legten sie ihre Bedenken gegen die Beschlüsse der Milchkonferenz vom 6. d. M. dar und ersuchten um Einberufung einer neuen Konferenz unter Hinzuziehung bewährter Sachverständiger, wie z. B. des Gerichtsrathen Dr. Bischoff u. a. Der Minister versicherte die Petenten seines Wohlwollens, ließ ihnen aber andererseits keinen Zweifel, daß er nicht beabsichtige, in der Frage der Milchversorgung seinen Einfluß zu Gunsten der Milchhändler geltend zu machen. Es besteht mithin wenig Aussicht auf Abänderung des bei der Milchkonferenz im Landwirtschafts-Ministerium vorgelegten Entwurfs zur neuen Polizeiverordnung.

Die Versammlung beschloß ferner, an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung eine Petition zu richten, mit dem Ersuchen, auf sämtlichen städtischen Rieselgütern mit möglicher Beschleunigung zur Einführung der Milchproduktion zu schreiten.

Der geführte Schneefall hat vielen beschäftigungslosen Personen Arbeitsgelegenheit gegeben. Die Straßenreinigungs-Bureau, die Große Berliner Straßenbahn und die übrigen Straßenbahnen haben, wie mitgeteilt wird, fast alle Personen eingestellt, die sich mittags meldeten. Infolge der großen Kälte sind gestern eine Menge Personen und Pferde geflüzt. Die Feuerwehr hatte in mehreren Fällen aufzurufen, u. a. in der Trebbowitzer Str., Bremerstr. 4 und Friedrichstraße. Vor dem Hause Wilkenstr. 8 war ein Mann von der elektrischen Straßenbahn überfahren worden, weshalb die Feuerwehr gerufen wurde.

Das leidige Spielen mit einer Schießwaffe hat wieder einmal ein furchtbares Unglück verursacht. Es wird darüber aus Charlottenburg berichtet: Gestern abend hat sich hier ein furchtbares Unglück infolge der Spielerei eines Knaben mit einer Taschenpistole ereignet. Der 13jährige Schulknabe Robert Jastkowski hatte sich in einem Geschäft der Leibnizstraße eine Leihpistole gekauft. Der Knabe hatte bereits mehrere Schüsse damit auf einem Spielplatze abgegeben und begab sich sodann nach Hause. Auf dem Wege dahin begegnete ihm der 12jährige Alj Ahrens aus der Pestalozzistr. 78. Er rief ihn heran und zeigte ihm die Pistole, wobei sich das Geschöß entlud. Die Kugel drang dem Ahrens ins rechte Auge und so dem linken ins Gehirn. Ein schleunigst herbeigeholter Arzt ordnete den Transport des lebensgefährlich Verletzten ins Krankenhaus an, wo er bereits gestern abend um 8 Uhr verstorben ist.

Durch heißen Teer verbrannt und durch einen Straßenbahnwagen verlegt wurde gestern mittag gegen 1/2 Uhr vor dem Hause Potsdamerstr. 119 der Arbeiter August Spieckel, Wilhelmshavenerstr. 3 wohnhaft. Der Arbeiter war dort mit dem Ausbessern des Kopolyplasters zwischen den Geleisen beschäftigt, als ein Straßenbahnwagen in der Richtung nach Schöneberg herannah. Um diesem aus dem Wege zu gehen, betrat Sp. das Nachbargelände, ohne zu bemerken, daß er sich in unmittelbarer Nähe des aus der entgegengesetzten Richtung herankommenden Rotorwagens 2212 der Linie Victoria-Platz-Görlitzer Bahnhof befand. Der Arbeiter wurde umgestoßen, geriet unter die Vorderplattform, während das rechte Bein in den eben angetragenen glühend heißen Teer zu liegen kam. Er erlitt schwere Brandwunden an der rechten Wade, eine Wunde am Hinterkopf und Handwundschürfungen im Gesicht und mußte nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft werden.

Eine merkwürdige Geschichte. Die Untersuchung wegen Ermordung des Arbeiters Gabriel, der am 8. Oktober auf dem Laubengelände an der Grenze von Schöneberg und Wilmersdorf mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden wurde, ist durch einen „sonderbaren Traum“ einen Schritt weiter gekommen. Die Ermittlungen in dieser schwierigen Vordersache führten dahin, daß von den Verdächtigen der Milchhändler Jung als unbeteiligt entlassen, der Gärtner Nikolans, der Arbeiter Scholten und der Wächter Keigel in Untersuchungshaft behalten wurden. Vor acht Tagen wurde auch Keigel in Freiheit gesetzt. Während er früher nichts gehört und gesehen haben wollte, machte er in der Untersuchungshaft Aussagen, die Nikolans und Scholten belasteten. Er sagte, daß er Hileruse gehört und am anderen Morgen gesehen habe, wie Nikolans an der Laube grub. Nach seiner Entlassung aber erzählte Keigel seinem Bekannten, er habe im Traum die Stelle gesehen, an der die Uhr Gabriel's vergraben liegt. Von diesem Traum hörte auch Frau Gabriel, und da Keigel die Stelle genau bezeichnet hatte, ließ sie dort gestern nachmittag nachgraben und fand in der That die Uhr ihres Mannes, die mit der Kette in einen Rappen eingewickelt war. Frau Gabriel suchte nun zunächst Keigel auf, um ihm wegen einer üblen Kadrede Vorhaltungen zu machen, und ging dann mit ihrem Rande zur Kriminalpolizei. Kriminalkommissar Ruds begann heute früh sofort mit erneuten Nachforschungen.

In der Nachbude wurde gestern, Mittwochnachmittag, die Stelle, an der man die Uhr des Ermordeten ausgrub, von der Schöneberger Kriminalpolizei unter der Leitung des Kommissars Ruds noch einmal genau besichtigt und dann der Wächter Keigel eingehend verhört. Keigel will am Abend vor der That in der Laube des Milchhändlers Jung Stimmengewirr und ein verdächtiges Geräusch wahrgenommen haben. Als Jung den Keigel am nächsten Morgen in seiner Keigels, Laube geweckt hatte, verließ er die Laube, um sich zu waschen. Hierbei sah er an der 30 Schritte von der Jungischen entfernt liegenden Laube Gabriel's einen Mann, der ihm den Rücken zuwandte und in gebückter Stellung mit den Händen in der Erde herumkayte. Jetzt machte Jung ihn darauf aufmerksam, daß auf der Laube an der Kreuzung der Barbarossa- und Vamburgerstraße jemand liege. Beide gingen hin und erkannten den toten Gabriel. Auch Nikolans und Scholten kamen hinzu. Jung ging alsbald weg, um sein Milchgeschäft zu versehen, die übrigen weilten noch etwas bei der Laube und gingen dann alle drei nach der Jungischen Laube. Hier fragten Nikolans und Scholten den Wächter, ob er am Abend vorher etwas gehört habe, und als er diese Frage bejahte, gestanden sie gleich, den Gabriel umgedrückt zu haben, fügten aber drohend hinzu: „Wenn Du etwas sagst, so machen wir Dich

ebenfalls wie Gabriel. Das es ihnen mit dieser Drohung ernst war, bezweifelte Keigel keinen Augenblick. Hiernach richtete er auch seine Ansage ein, als er zum Verhör kam, nachdem auch Frau Gabriel die Leiche ihres Mannes gefunden hatte. Jung, Keigel, Nicolans und Schollen wurden verhaftet. Jung mußte bald wieder freigelassen werden, da er kein Alibi nachweisen konnte, hatte aber Gelegenheit, mit Keigel zu sprechen. Hierbei sagte er ihm auf den Kopf zu, er müsse etwas von der Sache wissen. Er habe ihm große Ungelegenheiten bereitet und solle nun die Wahrheit sagen. Keigel versprach ihm das auch, ließ sich beim Untersuchungsrichter melden und bekannte diesem, daß er aus Furcht vor der Gewalttätigkeit des Nicolans und Schollen falsche Aussagen gemacht habe. Dazu kam dann der Traum und die Angabe Keigels, die Uhr müsse da liegen, wo er den Mann in gebückter Stellung gesehen habe. Hier fanden sie denn auch Jung, der an der vollständigen Auffklärung des Mordes ein erhebliches Interesse hatte, weil er unschuldig in Veracht geraten war, der Wörner Feigler und Frau Gabriel. Sie lag noch nicht einen Spatenstich tief unter der Erde und war, ebenso wie die Leiche, auf der Kapfel mit Blut besetzt. Rost und Oxydierung bewiesen, daß sie schon längere Zeit unter der Erde gelegen hat. Die Aussagen Keigels wurden als Grundlage für die weiteren Ermittlungen genau aufgezeichnet.

Eine der Leichen der seit dem 1. d. M. vermischten vier Mitglieder des Charlottenburger Ruderklubs ist jetzt am südlichen Ende von Fichelsdorf angefangen worden. Die Angehörigen der Vermischten sind benachrichtigt, um die Leiche zu rekonoscieren.

Ein raffinierter Dieb und Bettler ist in der Person des stellunglosen Kaufmanns, auch Kellers Handt festgenommen worden. Derselbe pflegte unter dem Namen eines Studenten der Chemie Wölter, auch Schröder, Studierende aufzusuchen und diese unter der Angabe, daß seine Eltern gestorben seien und er sein Studium deswegen nicht habe fortsetzen können, um Geldbeträge zu beschuldern. Trotz der Studenten nicht zu Hause, so erbat er sich von den Wirtinnen Papier, Tinte und Feder, um etwas für seinen „Freund“ aufschreiben zu können. Er benutzte dann unbewachte Augenblicke, um Diebstähle auszuführen.

Verzweiflungsthat einer Mutter. Einen Kindesmord und Selbstmordveruch beging gestern Abend das 24 Jahre alte Dienstmädchen Emma Gedamke, welches mit seinem dreimonatigen Kinde auf dem Arm in einem Anfall von Verzweiflung in den Schloßteich zu Weissenhof ging, um sich und das Kind zu ertränken. Als die Gedamke bereits bis zum Hals im Wasser war, wurde ihr die That wieder leid, und sie ging, von niemand bemerkt, ans Ufer zurück. Erst hier merkte sie, daß ihr Kind bereits den Erstickungstod erlitten habe. Nimmend begab sie sich mit der kleinen Leiche nach der nächsten Polizeibehörde, um sich selbst zu stellen. Nach den Angaben des Wächters hatte sie vor einem Jahre einen Tischlergehilfen kennen gelernt, der ihr die Ehe versprach. Als sich Folgen des Verhältnisses einstellten, habe sie ihn brüchig gemacht und sich der Alimentierung des Kindes zu entziehen gewünscht. Aller Hilfenmittel bar, außer stände, die Pflegekosten für das Kind zu tragen, ohne Stellung und fröhlich, sah sie sich die Unglückliche den Entschluß, ihrem und des Kindes Leben ein Ende zu machen. Sie wurde der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II vorgeführt.

Feuerbericht. Dienstagabend kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr nach der Kreuzbergstr. 29 gerufen, wo durch Einfuhr eines Strohens in einer Wohnung ein kleiner Brand entstanden war. Es brannten Möbel, der Fußboden und die Balkenlage. Gegen 9 Uhr gingen in der Bergmannstr. 11 Garben und Kleidungsstücke in Flammen auf. Ein größeres Lösungsgebot wurde Dienstagmorgen nach der Jannamellstr. 20 gerufen, wo aus nicht ermittelter Ursache das Dachgebälk in Brand geraten war. Die Gefahr konnte in kurzer Zeit beseitigt werden. Außerdem waren noch Alarmierungen von Kiststr. 5, Bülkerstr. 13 und Eberstr. 20 zu verzeichnen. In allen drei Fällen handelte es sich um kleine Wohnungsbrände, die noch in Acme erstickt werden konnten.

Theater u. Casino-Theater. Gestern debütierten die Schwestern Gschw. Kirse mit dem Tanzdivertissement „Vergangenheit — Gegenwart und Zukunft“ mit gutem Erfolg. Das Gastspiel soll nur 14 Tage dauern. Auch sonst weist das Theater eine Reihe tüchtiger Künstler auf. — Die leuchtende Metzerin, so heißt die Darbietung des Circus Schumann, welche in der Person des jüngsten Mitgliedes der Familie Schumann, Fel. Dora Schumann, in den nächsten Tagen zum erstenmal auf das Programm gestellt wird. Die junge Amazone erscheint bei dieser Produktion vollständig in Weiß gekleidet auf einem Araberschimmel und führt auf einem kleinen, runden Wobium, umgibt von elektrischen Lichtern, die atemischen Leuchten der hohen Schule aus. Der Circus wird während dieser Produktion verdundelt. — Die Eröffnung der Vorstellungen durch die Direktion des „Arbeiter-Vereins“ im Theater der „Freien Bühne“, Friedenau im Rheinischloß, findet heute, Donnerstagabend, statt.

Die 9. Fortbildungsschule für Jünglinge und Männer, Fruchtstraße 38 (früher Kronenstraße), veranstaltet zur Feier des fünf und zwanzigjährigen Bestehens am 14. Februar, Abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 20, einen Festabend, an welchem außer den 53 Lehrern und 1700 Schülern der Anstalt auch die Eltern und Lehrerinnen der Höllinge sowie alle früheren Schüler, Freunde und Gönner der Anstalt teilzunehmen berechtigt sein sollen.

Im Zoologischen Garten sind zum erstenmal zwei merkwürdige Gattungen von Flughunden aus dem Bismarck-Archipel ausgeführt, die noch niemals lebend in Europa gezeigt worden sind. Dr. Steinroth ist es gelungen, diese sonderbaren Tiere hierher zu bringen. Sie gehören zu den kräftigsten und fleischmächtigsten, von denen bisher nur einige der frühesten Arten, der fliegende Fuchs von Madagaskar und der Flughund der Bonin-Inseln, in früheren Jahren zu sehen waren. Die beiden interessanten Flughunde leben von den Früchten der Feigen und den Luftwurzeln und Früchten der Bananen. Der größere, welcher in Gesellschaften von vielen Tausenden auftritt, ist durch den englischen Zoologen Thomas vor einiger Zeit als *Spectum admirabile* von den Admiralsinseln beschrieben worden; er ist gewissermaßen eine verkleinerte Ausgabe des fliegenden Fuchses. Sehr sonderbar sieht sein kleinerer Nahrungsnachbar aus, weil seine Kehlenlöcher zu kurzen Röhren verlängert sind. Er wurde von Matschie Bodelyngma papuanum, am Teufel ein kleines Schafel aus Papuastien genannt. Beide Tiere klettern auch am Tage lustig an dem Gitter ihrer Käfige herum.

Aus den Nachbarorten.

Zu den bevorstehenden Gemeinderats-Wahlen schreibt man aus Lichtenberg: Bei den in der Provinz bevorstehenden Wahlen zur Gemeindevertretung dürfte auch der § 45 Abs. 1 der Landgemeinde-Ordnung wieder eine gewisse Bedeutung gewinnen. Dieser Paragraph besagt: „Wer, ohne in der Gemeinde einen Wohnsitz zu haben, in derselben ein Grundstück besitzt, welches wenigstens den Anfang einer, die Haltung von Jungvieh zur Bewirtschaftung erfordernden Ackermaßung hat, oder auf welchem sich ein Wohnhaus, eine Fabrik oder sonstige gewerbliche Anlage befindet, die dem Werte einer Ackermaßung gleichkommt usw., hat ebenfalls das Stimmrecht.“

In den Vororten Berlins und zahlreicher Provinzstädte macht sich die „Vollmachtsmischwirtschaft“, die dieser Forensen-Paragraph im Gefolge hat, bei den Kommunalwahlen recht bedenklich geltend. Man hat die Gemeinde Lichtenberg den Versuch gemacht, den Wert einer Ackermaßung zu deklarieren, und zu diesem Zwecke in der Gemeindevorstanders-Sitzung vom 6. Dezember 1900 durch namentliche Abstimmung folgenden aus von der Aufsichtsbekörde nicht beanstandeten Beschluß gefaßt: 1. Dem Gemeindevorstand ist zu empfehlen, bei der bevorstehenden Aufstellung der Wählerlisten die Bestimmungen des § 45

Absatz 1 der Landgemeinde-Ordnung dahin aufzufassen, daß der Umfang einer, die Haltung von Jungvieh erfordernden Ackermaßung auf mindestens 4 Morgen zu bemessen ist;

II. Ferner beschließt die Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand zu empfehlen, den Wert einer solchen Ackermaßung einschließend der dazu gehörigen Gebäude auf 40 000 M. zu bemessen. Erreicht ist dadurch allerdings nicht die Abschaffung der Vollmachtsmischwirtschaft, auch ist dies kein Schritt zur Verallgemeinerung des Wahlrechts. Aber die Zahl der Wähler ist verringert; in Lichtenberg wählen in Zukunft als solche nur die, deren Grundstücke, ob bebaut oder unbebaut, auf 40 000 M. im Werte stehen.

Beginn der Arbeiten am Rigdorfer Stichkanal. Ein Rigdorfer Lokalblatt schreibt: Nachdem am Ende der vorigen Woche seitens der stromförmlichen Behörde die vorläufige Genehmigung zum Beginn der Arbeiten für den Stichkanal beim hiesigen Magistrat eingegangen ist, und nachdem es auch gelungen ist, den größten Teil der Grundbesitzer an den Uferstreifen zur Bestätigung der Benutzung ihrer anliegenden Grundstücke zu bestimmen, hat die Baudeputation den Beginn der Erdarbeiten für Montag, den 20. Januar, festgesetzt. Bis dahin werden die sonstigen Vorbereitungen von der Bauverwaltung beendet und voraussichtlich auch die noch fehlenden Gestaltungen der Grundbesitzer eingegangen sein. Da der Beginn der Arbeiten nur deshalb so beschleunigt wird, um arbeitslosen Einwohnern von Rigdorf Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, so werden nur solche Arbeiter eingestellt, welche sich als in Rigdorf wohnhaft legitimieren können. Zu diesem Zwecke ist das städtische Wahlbureau im Rathaus, Eingang Erdstraße, 1 Treppe hoch, mit Anweisung versehen, den Arbeitssuchenden entsprechende Bescheinigungen unentgeltlich zu erteilen. Ohne Vorweisung dieser Bescheinigung und der Invalidentät-Quittungskarte wird niemand eingestellt. Die zu den Erdarbeiten erforderlichen Spaten haben die Arbeitnehmer selbst vorzuführen.

Aus Nowawes schreibt man uns: Daß es fortwährenden Drängens von Seiten der Arbeiterchaft bedarf, um soziale und hygienische Missetaten zu beseitigen, dafür nachfolgend ein Beispiel: Ein Teil des Teltower Kanalsbaues bei Strohhasenbrück wird von der Firma für Tiefbau Wittkop ausgeführt. Die für ihre Arbeiter nicht genügenden Unterkunfts- und Abortanlagen beschaffte die Kommission für Arbeiterchaft wandte sich nimmermehr beschwerend an den Amtsvorsteher Pech in Wannsee, der zwar Abhilfe versprach, jedoch erst auf wiederholtes Drängen eine dauernde Kontrolle zusagte. Besonders die Abortanlagen forderten zur Kritik heraus, da die Wände niedrig und der ganze Raum ohne Dach war, auch nicht angemessen werden, daß dieser Raum auch von weiblichen Personen benutzt wurde. Eine weitere Beschwerde, wegen nicht genügender Verdrängung einheimischer Arbeiter, war auch an unsern Amtsvorsteher und den Landrat gelangt. Die Antwort gelangte in der letzten Gemeindevorstanders-Sitzung zur Verlesung; sie ging dahin, daß der Unternehmer kontraktlich verpflichtet sei, einheimische Arbeiter in erster Reihe zu beschäftigen. Zu dieser Sitzung wurde auch von der Majorität der bisher abgelehnte Kirchenausbau beschlossen. Die Gesamtsumme der Kosten beträgt 57 000 M., davon sind Patronatsbeiträge 17 000 M. Aus dem Annuitäten Kirchenämterfonds für 1901 sind 12 000 M., aus dem für 1902 weitere 12 000 M. gegeben. Die Gemeinde bewilligte 8000 M. für Hand- und Spanndienste, wozu sie nach dem märkischen Provinzialrecht verpflichtet ist. Der Rest von 8000 M. wird aus dem Dispositionsfonds des Kaisers erbeten werden. Die von Nowawes beschlossene und nur mit Zustimmung Neundorfs mögliche Errichtung eines Gewerbegerichts scheiterte an dem abermals ablehnenden Beschluß der Neundorfer Vertretung.

Beim Bau der Lungenheilstätten bei Bahnhof Veelitz entstand am Dienstagmorgen ein größerer Schadenfeuer. Eine der umfangreichen Balkonten geriet plötzlich in Brand, der mit solcher Geschwindigkeit um sich griff, daß die Arbeiter nur zum Teil ihre in der Kantine aufbewahrten Sachen retten konnten.

Herr Mellin. Wir erhalten folgende, vom Rechtsanwalt Herrn W. Schulze, Invalidenstr. 113 abgegebene Zuschrift: Namens des Eigentümers Herrn Wilhelm Mellin in Hohen-Neundorf ersuche ich Sie auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Verächtigung in Bezug auf den ihn betreffenden Artikel in der 2. Beilage Ihrer Zeitung vom 11. dieses Monats. Frau Higel ist zur Zeit ihrer Entfernung aus der Wohnung nicht krank gewesen, sondern dies erst später geworden, sie ist auch von den Eheleuten Mellin nicht gewalttätig aus dem Bette gezerrt worden. Die Familie Higel hat ihre sämtlichen Habsgüter, auch die Nahrungsmittel mitnehmen dürfen. Frau Higel hat dabei erklärt, bereits eine anderweitige Wohnung zu besitzen. Ebenso unwirksam ist es, daß der Ortsvorsteher geogt hat, Mellin dürfe die Leute nicht zur Räumung veranlassen, dergleichen hat im Gegenteil gegen das Vorgehen des Mellin nichts eingewandt gehabt. Wenn Herr Mellin vor 2 Jahren bereits einen Mieter erteilt hat, so geschah dies erst, nachdem derselbe 3 Monate lang die Miete schuldig geblieben war. Obgleich dieser Mieter nicht unbemittelt war, hat Mellin infolge Intervention von dritter Seite weder die rückständige Miete, noch die Erstattung der erheblichen Gerichtskosten erlangt können.

Wer den Wert dieser Verächtigung würdigen will, möge die Mittelungen nachlesen, die wir in Nr. 4, 7 und 9 unres Vattes über Herrn Mellin gebracht haben.

Gerichts-Zeitung.

Unter der Auflage der Beleidigung durch die Presse haben gestern der Herausgeber der „Kolonia- und Delikatwaren-Zeitung“, Leo Korach, sowie der gerichtliche Sachverständige für Spirituosen, Kaufmann Louis Le Bret, vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Im Anschluß an einen Prozeß, der gegen einen hiesigen Großhändler wegen Nahrungsmittel-Verfälschung stattgefunden und auf Grund des Gutachtens des Polizeichefmeisters Dr. Judenack mit der Verurteilung des Angeklagten geendet hatte, verurteilte der Angeklagte Le Bret einen Artikel, der am 21. August v. J. in der vorerwähnten Zeitung veröffentlicht wurde. Das Gutachten des Dr. Judenack wurde darin einer herben Kritik unterzogen, es wurden ihm darin „unbillige Ansehensverluste“, Inkenntnis und Mangel an Erfahrung vorgeworfen und das Bedauern darüber ausgesprochen, daß von seinem Gutachten so viel für die Bürger abhängt, die berechtigt seien, nach Sach vor der Polizei zu rufen. Diese verlegenden Ausdrücke veranlaßten den Polizei-Präsidenten v. Windheim, für seinen Beamten Dr. Judenack Strafantrag zu stellen. Im Termine gaben beide Angeklagten zu, daß die beanstandeten Ausdrücke beleidigender Natur seien, Le Bret führte zu seiner Entschuldigung an, daß das Gutachten des neuen Polizeichefmeisters thätiglich den bisherigen Erfahrungen und Geschäftsgebräuchen widersprochen habe und unter diesem Eindruck habe er den Artikel verfaßt und einzelne Ausdrücke darin unglücklich gewählt. Er sei übrigens vom Polizei-Präsidenten empfangen worden und dieser habe ihm auf seine Bitte versprochen, den Strafantrag zurückzunehmen, wenn beide Angeklagte im Termine eine Erklärungs- und in richtiger Weise für Judenack abgeben würden. Hierzu seien beide bereit, sie wollen zu Protokoll geben, daß es ihnen vollständig fern gelegen habe, den Dr. Judenack in seiner Ehre herabzusetzen zu wollen. Der Staatsanwalt hielt die Thatfache, daß der Polizei-Präsident bisher den Strafantrag nicht zurückgezogen habe, für ausschlaggebend. Er beantragte gegen die Angeklagten eine Geldstrafe von je 100 M. Der Gerichtshof war der Meinung, daß man den Angeklagten die ihrer Verteidigung den möglich weitesten Spielraum lassen solle. Diefelben gaben die gewünschte Erklärungen zu Protokoll und man sollen die Akten gegen den Polizei-Präsidenten eingestellt werden mit der Anfrage, ob er den Strafantrag zurückziehen will.

Der kürzlich wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz verurteilte Großhändler Max Schulz hat gegen das Urteil der Berufungskammer Revision eingelegt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines, von andern Sachverständigen angefertigten

Gutachtens des neuen Polizei-Chemikers Dr. Judenack. Da es sich um eine Prinzipienfrage handelt, soll das Kammergericht als höchste Instanz entscheiden.

Das Schicksal der beiden arabischen Teppicharbeiter, welche hier auf mehreren Spitzbädereien ertrast und in Untersuchungshaft genommen wurden, ist in geistiger Verhandlung vor dem IX. Strafkammer des Landgerichts I entschieden worden, nachdem zwei frühere Termine der Verurteilung verfallen. Die Angeklagten, der 14-jährige Mohammed Ben Salit und dessen 24-jährige Schwester, Semfan Salit, wozu zu der Arabertuppe gehören, die sich während der Weltausstellung in Paris aufhielt. Nach dem Schluß der Ausstellung sollen die Araber sich in verschiedene Gruppen geteilt und nach den anfranzösischen Ländern begeben haben, wie man annimmt, um Gewandereien zu betreiben, wo sich solche ansüßten ließen. Eine der Gruppen ist in Wien festgenommen worden. Die beiden Angeklagten trafen im Oktober vorigen Jahres in Berlin ein. Bei ihren Einkäufen hatten sie es verstanden, die Ladeninhaber in höchst verächtlicher Weise und unter Anwendung ungläublicher Fingerringe hinter List zu führen. Sie gaben zunächst einen Hundertmarktschein in Zahlung, verlangten dann Herausgabe des überschüssigen Geldes in Gold, änderten darauf ihre Ansicht und zeigten durch Gebarden und Gesten an, daß sie Silber wünschten. Schließlich verlangten sie den Hundertmarktschein zurück und bezahlten mit keinem Gelde, das sie noch bei sich führten. Wenn der Ladeninhaber nach Entfernung der Fremden seine Kasse nachzählte, entdeckte er, daß ihm mehrere Goldstücke fehlten. Die Angeklagten, welche mit Hilfe des als Dolmetscher fungierenden Leitors Seid Gilawi Schidawi vom orientalischen Seminar vernommen wurden, bestritten mit indischer Selbstlosigkeit ihre Schuld. Sie wollten Geld genug mit nach Berlin gebracht haben, so daß sie daraus die bedeutende Summe, sowie eine Anzahl Juwelen und Goldschmied, die außerdem bei ihnen gefunden wurden, erklären lasse. Nun bekundete aber der Gastwirt, der sie aufgenommen, daß die Mittel der Angeklagten schon nach den ersten vier Tagen zu Ende gewesen seien. Auch wurde ein Brief des jungen Ben Salit aufgefangen, den er an einen Bekannten in Paris gerichtet und worin er der Bestätigung Ausdruck gegeben hatte, daß er diesmal wohl verurteilt werden würde. Aber auch sonst bedurfte die Beweisnahme jeden Zweifel an der Schuld der Angeklagten. Ben Salit wurde zu 1 Jahre 6 Monaten, seine Schwester zu 1 Jahre 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein höchst gefährlicher internationaler Hochstapler scheint der Kaufmann Noel Laterner aus London zu sein, der sich seit August v. J. im Untersuchungs-Gefängnis befindet. Der Verhaftete, der auf eine reich bewehrte Vergangenheit zurückblickt, weil 1835 in Warschau geboren und demzufolge russischer Unterthan sein. Er hat später seinen Wohnsitz nach London verlegt und sich dort mit dem Kauf von Wertpapieren beschäftigt, die er bei Reisen aus dem Festlande wieder gegen bar umzuweihen suchte. Sein Geschäft hat ihn vielfach mit den anfranzösischen Behörden in Konflikt gebracht und — soweit sich hat feststellen lassen — ihm folgende Verurteilungen eingetragen: In Wien wurde Laterner im Jahre 1891 wegen Verkaufes gefälschter Wertpapiere zu 2 Jahren schweren Kerkers, in Maidstone (England) im Jahre 1894 wegen unrechtmäßigen Besitzes gefälschter russischer Lotterie-Obligationen zu drei Jahren Gefängnis, in Hannover im Jahre 1898 wegen Betrugs und Betrugsversuchs zu 9 Monaten Gefängnis und in Marseille im Jahre 1899 wegen Teilnahme am Diebstahl von Wertpapieren zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Von dieser Strafe hat er 14 Monate verbüßt, dann gelang es ihm, zu entfliehen. Im August v. J. landete Laterner wieder in Bremen auf, wo er bei einer Bank einige Chefs umriete, die sich nachher als geflohen erwiesen. Dann wandte Laterner sich nach Berlin, wo er, unter falschem Namen auftretend, dasselbe Manöver bei einer Bank versuchte, dabei aber verhaftet wurde. Die Papiere sollen von einem Diebstahl herrühren, der im April v. J. im Bureau der American Express Company in Paris begangen wurde. Die Einbrecher inebelten den Wächter und sprengten den Geldschrank vermittelst Dynamit. Den Dieben fiel dabei reiche Beute zu.

Laterner, der voraussichtlich später nach Frankreich ausgeliefert werden wird, hat dem Rechtsanwalt Dr. Schmidt seine Verteidigung übertragen. Die Verhandlung wird demnächst vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I stattfinden.

Zu neun Monaten Gefängnis ist von der 2. Strafkammer am Landgericht II der Gemeindevorsteher Altenburger in Lichtenberg gestern verurteilt worden, weil er in der Nacht zum 3. Juni v. J. ohne Ursache den Kaufmann Wolf mit dem Säbel geschlagen hatte. Die Auslieferung wurde verweigert, nachdem Wolf, der am Orte wohnt, von dem betrauten Beamten vergeblich verlangt hatte, daß er ihm die Thür öffnen solle.

Marktpreise von Berlin am 14. Januar 1902

nach Ermittlungen des tgl. Polizeipräsidiums.

Wegeln, gut D. Gr.	17,40	17,36	Rostfleisch, neue, D. Gr.	6 —	4 —
mittel	17,32	17,28	Rindfleisch, feine 1 kg	1,60	1,20
gering	17,24	17,20	do. Bant	1,40	1 —
Woggen, gut	14,50	14,48	Schweinefleisch	1,70	1,30
mittel	14,46	14,44	Rattfleisch	1,80	1 —
gering	14,42	14,40	Hammelfleisch	1,60	1 —
Weste, gut	14,80	13,90	Butter	2,80	2 —
mittel	13,80	13,30	Eier	60 Stk.	5,60 2,80
gering	13,20	12,70	Rapsen	1 kg	2,20 1,20
Waser, gut	17 —	16,50	Kale		2,80 1,40
mittel	16,40	15,90	Haber		2,60 1,20
gering	15,80	15,30	Gerste		2,40 1,20
Wischstroh	7,66	6,82	Barische		1,80 0,80
Wen	8,50	6,30	Schwie		3,00 1,40
Wesfen	40 —	25 —	Biele		1,40 0,80
Wesfenrohren	30 —	25 —	Riedle	per Schof	15 — 3 —
Winen	65 —	20 —			

† ab Bahn.
* frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 15. Januar. Der Getreidemarkt lag sehr trotz schwacher Meldungen aus Nordamerika. Das härtere Prokurren und die damit zusammenhängende Verfestigung des Schiffsahrtsschlusses veranlaßten Konsumante. Weizen notierte 1/2, Roggen 1/2, R. höher als gestern. Auch Wehl war gefestigt. Die ganze Haltung der amerikanischen Börsen hing mit dem Fallimente des großen Wallstreetanten Philipps in New York zusammen, doch wurde dort eine Deute dadurch vermieden, daß bedeutende Baife-Engagements bestanden. — Am Futtermarkte notierten Hafer 1/2, bis 1/2, R. höher. Mais wie gestern. — Rüböl war still und unverändert.

Spiritus. Am Spiritusmarkt wurde 70 er loco bei nachfolgendem Angebote zum gestrigen Preise von 31,60 M. gehandelt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 15. Januar 1902. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 403 Rinder, 1801 Kalber, 2980 Schafe, 9293 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht im Markt (beziehungswiese für 1 Pfund in Pfennigen): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00; b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig gemästete lutzige und gut gemästete ältere 00—00; d) gering gemästete jeden Alters 00—00.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

W. J. Wenden Sie sich an die Teltow-Kanal-Bauverwaltung, Wilmersdorf, Berlinstr. 157.
Z. R. Beschränkt und unerschämmt.
G. G. In der Krausenstraße, Ecke Markgrafenstraße.
H. H., Breslauerstraße. Den Vorfall der Bundesverträge sowie die Zollfrage finden Sie im Reichs-Gesetzblatt und in den Druckausgaben des Reichstages, die Sie sich im Lesesaal der k. k. Bibliothek vorlesen lassen können.
H. S. Es ist nicht festzustellen, daß ein Brief von Ihnen an uns eingegangen ist.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Januar 1902. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; später aufklarend und etwas kälter. Berliner Wetterbureau.